

72/J
vom 20.12.2017 (XXVI.GP)
Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Greiner, Dr. Wittmann
 Genossinnen und Genossen
 an den Bundesminister Josef Moser, in Zukunft BM für Verfassung, Reformen,
 Deregulierung und Justiz
 betreffend „Umsetzung der „Positionen für eine nachhaltige Entwicklung Österreichs““**

Schon vor dem ersten Ministerrat hat Dr. Josef Moser laut APA angekündigt, dass dieser nun in Sachen Staatsreform umgehend tätig werden wolle, nämlich hinsichtlich jener Angelegenheiten, die er als RH-Präsident aufgezeigt hat.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2016 hat der ehemalige RH-Präsident Dr. Josef Moser einen äußerst umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, dem die seines damaligen Erachtens nach erstrebenswerten Entwicklungen der Republik zu entnehmen sind. Wortwörtlich führt er im Vorwort aus:

„Liebe Leserinnen und Leser,

ein Blick auf die Bundesrechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre zeigt deutlich, dass die budgetären Rahmenbedingungen zunehmend prekärer werden. Die gesamtstaatliche Verschuldung ist von 2011 bis 2015 von 253,7 Mrd. EUR auf 290,7 Mrd. EUR gestiegen. Die bereinigten Finanzschulden des Bundes nahmen im selben Zeitraum von 183,18 Mrd. EUR auf 199,11 Mrd. EUR zu. Die Abgabenquote betrug 2011 41,1% und erhöhte sich bis 2015 auf 43,9%. Der öffentliche Schuldenstand stieg im Jahr 2015 auf 86,2% des BIP und lag damit, wie bereits in den Vorjahren, über der Referenzmarke („Maastricht-Kriterium“) von 60%.

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt auch der Bundesfinanzrahmen 2017–2020. Daraus geht hervor, dass in wesentlichen Aufgabenbereichen, z.B. Bildung, Soziales, Umwelt, Wissenschaft und Forschung, die prozentuelle Steigerung im Zeitraum 2015 bis 2020 um einiges geringer sein soll als noch im Zeitraum 2011 bis 2015. So stiegen z.B. die Ausgaben 2011 bis 2015 für die Bereiche Bildung, Forschung, Kunst und Kultur durchschnittlich jährlich um 2,8% — im Zeitraum 2015 bis 2020 um 1,3%. Im Bereich Soziales betrug die Steigerungsrate 5,5% — 2015 bis 2020 sollen es 2,0% sein. Im Pensionsbereich verhält es sich umgekehrt: Diese nahmen von 2011 bis 2015 um 2,9% zu und werden laut Finanzplanung 2015 bis 2020 wesentlich stärker — um durchschnittlich jährlich 4,3% — steigen.

Vor diesem Hintergrund sowie angesichts weiterer Faktoren — wie der Inflation sowie abzufedernder Gehaltssteigerungen — ist es unabdingbar, Doppelgleisigkeiten in den Strukturen zu beseitigen und Effizienzpotenziale zu erhöhen, um den künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein und zu verhindern, dass Leistungen bei den Bürgerinnen und Bürgern gekürzt werden.

Dies hat den Rechnungshof veranlasst, das Positionspapier zur Verwaltungsreform aus dem Jahr 2011 zu aktualisieren. Die Aktualisierung berücksichtigt insbesondere die seit der Voraufgabe veröffentlichten Berichtsbeiträge (in Summe 373) mit zahlreichen weiteren Empfehlungen.

Ziel des Positionspapiers ist es, einen Beitrag zur Weiterentwicklung Österreichs in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu leisten, um die Nachhaltigkeit der Aufgabenerfüllung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dieses Ziel ist titelgebend für das neue Positionspapier: „Positionen für eine nachhaltige Entwicklung Österreichs“.

Reformen sind notwendig. Dies hat nicht nur der Rechnungshof im Rahmen seiner Prüfungen festgestellt, auch viele andere Organisationen, wie die Europäische Kommission, der IWF, das WIFO und das IHS haben darauf wiederholt hingewiesen. Österreich benötigt eine Straffung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie insbesondere eine Verschlankeung der Strukturen in den Schlüsselbereichen wie Bildung, Pensionen, Gesundheit, Soziales, Forschung oder Förderungen. Es gilt, Maßnahmen zu setzen, damit die öffentlichen Mittel bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen und nicht — wie es derzeit der Fall ist — in den veralteten Strukturen versickern.

Positiv ist, dass die Verantwortlichen schon in der Vergangenheit auf Empfehlungen des Rechnungshofes reagiert und eine Vielzahl davon — z.B. im Bereich des Pflegegelds, bei den Pensionen, im Förderungswesen oder im öffentlichen Rechnungswesen — umgesetzt haben.

Dieses Zusammenwirken zwischen dem Rechnungshof, den überprüften Stellen und den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern — unter Mitwirkung der Vertreterinnen und Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften — hat die Aufgabenerfüllung massiv verbessert. Die Zusammenarbeit ist allerdings ausbaufähig insbesondere in jenen Bereichen, in denen das Zusammenwirken mehrerer Gebietskörperschaften, Systemumstellungen oder Kompetenzänderungen notwendig sind.

Es besteht dringende Notwendigkeit, Kompetenzzersplitterungen zu beseitigen, Entscheidungsstrukturen zu vereinfachen und damit Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken. Der Rechnungshof sieht es als seine Aufgabe, zu prüfen und zu beraten und damit mitzuwirken, dass Österreich seine Verpflichtung zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auch erfüllt. Dieses Positionspapier mit seinen 1.007 Vorschlägen des Rechnungshofes soll einen Beitrag dazu leisten.

Dr. Josef Moser
Präsident des Rechnungshofes"

Für die Abgeordneten ist es daher von hohem Interesse, welche der 1.007 vorgeschlagenen Maßnahmen der in Bälde für Staatsreform zuständige Minister dem Nationalrat vorlegen wird, da damit eine Reihe von legislativen Aktivitäten ausgelöst wird.

Auch für die Vorbereitung der notwendigen Ausschusssitzungen sind diese Informationen von höchster Relevanz.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher in diesem Zusammenhang nachstehende

Anfrage

1. Welche der 1.007 in der Anlage aufgezählten und dargestellten Maßnahmen (bitte nach Ziffern aufgelistet) betreffen die Eigenlegistik Ihres Ressorts nach Beschlussfassung des neuen Bundesministeriengesetzes?
2. Wann werden Sie daher diese Maßnahmen – nach Monaten dargestellt – in Begutachtung schicken?
3. Welche Maßnahmen haben für Sie eine hohe Priorität, obwohl sie nicht Ihre Eigenlegistik betreffen, bitte auch nach Ziffern aufgezählt und mit Bekanntgabe des jeweils zuständigen Legistikressorts?
4. Wann werden Sie mit diesen zuständigen Bundesministern Gespräche führen, welche Zeitpläne geben Sie sich dafür?
5. Welchen budgetären Niederschlag (also welches Einsparungspotenzial) ergibt sich, aufgegliedert nach Ziffern sowie Budgetjahren?
6. In wie vielen Maßnahmen werden auch Länderkompetenzen angesprochen, bitte aufgegliedert nach Ziffern?
7. Werden Sie dafür eine Bund-Länder Arbeitsgruppe einrichten und werden dabei auch die parlamentarischen Fraktionen berücksichtigt?

6 VORSCHLÄGE DES RECHNUNGSHOFES

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
1 Aufgabenreform und Finanzausgleich				
1.1 Aufgabenkritik				
1	Aufgabenkritik	Aufgabenkritik und sachgerechte Aufgabenverteilung als Voraussetzung für einen aufgabenorientierten Finanzausgleich	EF, N, Q	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 21
2	Analyse der öffentlichen Aufgaben	Kritische Analyse und Evaluierung bestehender öffentlicher Aufgaben zur Sichtbarmachung von öffentlichen Aufgaben – die kaum oder gar nicht koordiniert von mehreren Ressorts oder Gebietskörperschaften wahrgenommen werden, – deren Aufgabenziele durch privatwirtschaftliche Leistungserbringer effizienter erreicht werden können – oder die keiner öffentlichen Aufgabenerfüllung mehr bedürfen	EF, Q, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Kärnten, Niederösterreich und Tirol, Kärnten 2012/2, TZ 126
3	Kernfunktionen; Mehrfachzuständigkeiten	Konzentration der Tätigkeiten auf Kernfunktionen; Bereinigung allfälliger Mehrfachzuständigkeiten	EF, Q, N	Maßnahmen zur Begrenzung des Aktivitätsaufwands in den Ländern Salzburg, Steiermark und Wien, Salzburg 2012/3, TZ 16
4	Aufgabenkritik; Einsparungen	Intensivierung der Aufgabenkritik bei Verfehlung der Einsparungsziele	EF, ES, N	Maßnahmen zur Begrenzung des Aktivitätsaufwands in den Ländern Salzburg, Steiermark und Wien, Salzburg 2012/3, TZ 16

EF = Effizienzsteigerung; ES = Einsparungspotenzial; N = Nachhaltigkeit; Q = Qualitätsverbesserung

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
5	Aufgabenpriorisierung	Aufgabenanalyse und Priorisierung von Aufgaben als Schritt zur Konsolidierung	EF, Q, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Oberösterreich, Salzburg und Steiermark, Oberösterreich 2014/3, TZ 201 Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Burgenland 2015/5, TZ 24 Stadtgemeinde Stockerau, Niederösterreich 2013/4, TZ 16
6	Nicht prioritäre Aufgaben	Übertragung von nicht prioritären Aufgaben an andere Institutionen oder gänzliche Unterlassung der Aufgabe	EF, ES, N	Stadtgemeinde Stockerau, Niederösterreich 2013/4, TZ 16
1.2 Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung				
7	Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung in einer Hand	Sachgerechte Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften durch Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung	EF, Q, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Niederösterreich, Kärnten und Tirol, Niederösterreich 2012/3, TZ 2, 19 Modellversuche Neue Mittelschule, Bund 2013/12, TZ 32, 43, 47 und Follow-up dazu Bund 2016/5, TZ 5, 9, 10 Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen, Bund 2014/12, TZ 13 Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 2 (auch OÖ, T)
8	Finanzierung von Länderaufgaben durch Gemeinden	Finanzierung der Übernahme von Länderaufgaben durch Gemeinden aus Mitteln des Landes und nicht aus Gemeindemitteln	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 22
9	Schulwesen	Reformierung der österreichischen Schulverwaltung zur Konzentration von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung bezüglich Pflichtschulen in einer Hand	EF, Q, N	Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen, Bund 2014/15, TZ 4, 13
10	Gesundheit	Konzentration der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung im Krankenanstaltenwesen in einer Hand	EF, ES, Q, N	Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung, Bund 2015/17, TZ 30

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
11	Finanzierung und Mitbestimmung	Evaluierung der Mitbestimmungsrechte der finanzierenden Rechtsträger in Bezug auf ihre Finanzierungsverantwortung	EF, Q, N	Zahlungsflüsse zwischen Ländern und Gemeinden am Beispiel der Sozialhilfe im engeren Sinn Niederösterreich 2011/4, TZ 9 ff., 13
1.3 Kompetenzbereinigung				
12	Schulwesen	Bereinigung der Kompetenzrechtslage und Reformierung des komplexen Finanzierungssystems im Schulwesen auch in den Bereichen der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der allgemein bildenden Pflichtschulen	EF, Q, N	Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen, Bund 2014/12, TZ 28 Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Vorarlberg 2012/2, TZ 4, 8
13	Naturschutz	Beseitigung von Katastrophenschäden: Bereinigung der Kompetenzzersplitterung und der auf alle Gebietskörperschaften aufgeteilten Finanzierung; dies sowohl im Bereich der Vorbeugung künftiger als auch bei der Beseitigung eingetretener Katastrophenschäden	EF, Q, N	Maßnahmen zur Verhinderung katastrophengebinder Schäden, Bund 2014/13, TZ 3
14	Naturschutz	Kompetenzbereinigung im Bereich des Schutzes vor Naturgefahren (BMLFUW, BMVIT und Bundeswasserbauverwaltung durch die Länder) und Nutzung von Synergieeffekten durch die Zusammenführung der personellen Ressourcen von Bund und Ländern	EF, Q, N	Schutz vor Naturgefahren; Verwendung der Mittel aus dem Katastrophenfonds, Bund 2008/8 Gewährung von Landesbeiträgen zur Verhinderung und Beseitigung katastrophengebinder Schäden, Bund 2014/13, TZ 3
15	Gesundheit	Neuordnung der Kompetenzen im Gesundheitsbereich und Zuordnung des Heil-, Pflege- und Kuranstaltenwesens in den Art. 11 B-VG	EF, Q, N	Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung, Bund 2015/17, TZ 30
16	Gesundheit	Vereinfachung der Organisation des Mutter-Kind-Passes unter Konzentration der bisher zwischen BMG, Sozialversicherung und Familienlastenausgleichsfonds aufgeteilten Zuständigkeiten	EF, Q, N	System der Gesundheitsvorsorge, Bund 2014/14, TZ 11
1.4 Finanzausgleich				
17	Aufgabenorientierung	Sachgerechte Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften durch die Zusammenführung der Finanzierungs-, Ausgaben- und Aufgabenverantwortung sowie durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich	EF, Q, N	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 12

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
18	Transferströme	Reduktion der vielfältigen und intransparenten Transferströme	EF, Q, N	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 12
19	Aufhebung Bedarfszuweisungsgesetz	Einbeziehung der Zahlungen auf der Grundlage des Bedarfszuweisungsgesetzes in das Finanzausgleichsgesetz (FAG) und Aufhebung des Bedarfszuweisungsgesetzes 1982	EF, ES, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 21
20	Vereinfachung	Vereinfachung des Finanzausgleichs, Verbesserung der Transparenz und Planungssicherheit durch: – Reduktion der vielfältigen und intransparenten Transferströme zwischen den Gebietskörperschaften – Vereinfachung der komplexen Berechnungsgrundlagen	EF, Q, N	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 12 Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 19 (auch alle Bundesländer)
21	Historische Aufkommenswerte	Vereinfachung des vertikalen Finanzausgleichs unter Verzicht auf die Bezugnahme auf historische Aufkommenswerte	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 9
22	Umsatzsteuer	Vereinfachung des horizontalen Finanzausgleichs, insbesondere die Aufteilung der Umsatzsteuer	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 12, 14
23	Werbeabgabe	Aufhebung von Sonderregelungen mit geringem Abgabeaufkommen (z.B. Werbeabgabe, Spielbankabgabe) bzw. Einbeziehung derselben zu einem einheitlichen Aufteilungsschlüssel	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 9
24	Transfers Gesundheit, Pflege	Neugestaltung des Finanzausgleichs unter Berücksichtigung des Umstands, dass derzeit Gemeinden die Transferausgaben – insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege – weder der Höhe noch der Verwendung nach maßgebend mitgestalten können	EF, Q, N	Landeshauptstadt Eisenstadt, Burgenland 2013/3, TZ 23
25	Fixschlüssel, Vorausanteile	Evaluierung der im FAG geregelten Fixschlüssel und Vorausanteile; ggf. Ersatz durch Aufteilungsschlüssel und Mittelzuweisungen, die auf die aktuelle Situation der Gemeinden anstatt auf historische Werte Bezug nehmen (z.B. bei Getränkesteuer- und Werbesteuerausgleich)	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 4, 6, 12 (auch alle Bundesländer)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
26	Getränkesteuerausgleich	Vereinfachung des Getränkesteuerausgleichs	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 7, 8 (auch alle Bundesländer)
27	Keine Mitfinanzierungen	Einbeziehung der steuerlichen Gebarung der Gebietskörperschaften in den Finanzausgleich zur Verhinderung ungewollter Mitfinanzierungen	EF, Q, N	Umsatzsteuerüberwachung Bund 2002/1, TZ 13 Besteuerung der Gemeinden in Bezug auf den Finanzausgleich, Bund 2004/7, TZ 4
28	Abgangsgemeinden	Berücksichtigung des steigenden Anteils der Abgangsgemeinden bei der Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Ländern und Gemeinden	EF, Q, N	Zahlungsflüsse zwischen Ländern und Gemeinden am Beispiel der Sozialhilfe im engeren Sinn, Niederösterreich 2011/4, TZ 9 ff., 13
29	Ausgangswerte von Einsparungszielen	Kennzahlenbezogene Evaluierung von Ausgangswerten vor Vereinbarung von Einsparungszielen im Zuge von Finanzausgleichsverhandlungen	EF, ES, Q, N	Maßnahmen zur Begrenzung des Aktivitätsaufwands in den Ländern Salzburg, Steiermark und Wien, Salzburg 2012/3, TZ 3 (auch St, W)
30	Evaluierungen	Durchführung von im Finanzausgleich vereinbarten Evaluierungen insbesondere bei mittelfristigen bzw. mehrjährigen Vorhaben	EF, Q, N	Maßnahmen zur Begrenzung des Aktivitätsaufwands in den Ländern Salzburg, Steiermark und Wien, Salzburg 2012/3, TZ 7 (auch St, W)
31	Monitoring und Koordination	Stärkung der Monitoring- und Koordinationsfunktion des BMF im gesamten Vollzug des Finanzausgleichs	EF, Q	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 30
32	Gemeindeertragsanteile; Strategie und Ziele	Strategisches Konzept für die Verteilung der Gemeindeertragsanteile samt Verteilungszielen; Festlegung der Kriterien für die Berechnung der Gemeindeertragsanteile nach diesen Zielen	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 23
33	Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	Klare Formulierung der Zielsetzungen des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und Evaluierung seiner Effektivität	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 17
34	Gemeindeertragsanteile	Überprüfung der die Höhe der Gemeindeertragsanteile bestimmenden Teilaggregate auf ihre Zweckmäßigkeit und Konsistenz	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 16

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
35	Berechnung Ertragsanteile	Abgleichung der Berechnung der Ertragsanteile spätestens zum Zeitpunkt der jährlichen Zwischenabrechnung mit dem BMF, um Berechnungsfehler zu vermeiden	EF, Q	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 30
36	Berechnung Gemeindeertragsanteile	Vereinfachung der Berechnung der Gemeindeertragsanteile durch Verringerung der Verteilungskriterien und Verringerung der für ihre Berechnung erforderlichen Daten	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 40
37	Veröffentlichung der Daten	Veröffentlichung sämtlicher Daten zur Berechnung der Gemeindeertragsanteile auf den Websites des BMF und der Länder	EF, Q	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 30
38	Bedarfszuweisungen; Evaluierung	Evaluierung der allgemeinen Zielsetzungen für Bedarfszuweisungen gem. § 12 F-VG 1948 und ob die im F-VG vorgesehenen Ziele mit den bestehenden Bedarfszuweisungen tatsächlich erreicht wurden	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 18, 19
39	Bedarfszuweisungen; Ziele und Wirkungen	Festlegung von Zielsetzungen und Verteilungswirkungen der Bedarfszuweisungsmittel in Abstimmung mit den Gemeinden; Ausrichtung der einzelnen Fördertöpfe (Förderhöhe und -umfang) nach diesen Zielen und Wirkungen für eine möglichst einheitliche und transparente Aufteilung der Mittel	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 41, 48, 51, 54
40	Bedarfszuweisungen; Steuerungs-, Verteilungswirkungen	Festlegung der Steuerungs- und Verteilungswirkungen von Bedarfszuweisungen; daran anknüpfend Festlegung der Parameter für eine möglichst einheitliche und transparente Aufteilung der Mittel	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 51, 54
41	Bedarfszuweisungen; Finanzkraft	Einheitliche Vorgaben und Ermittlungsmethoden für die Berechnung der Finanzkraft von Gemeinden und der Finanzkraft-Kopfquote	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 51
42	Bedarfszuweisungen; Finanzkraftausgleich	Aufhebung von bundeslandbezogenen Einschränkungen im Rahmen eines Finanzkraftausgleichs, die lediglich die Finanzkraftunterschiede innerhalb eines Bundeslandes berücksichtigen	EF, Q, N	Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich, Bund 2016/4, TZ 19
43	Bedarfszuweisungen; Vereinheitlichung der Vorgaben	Vereinheitlichung der länderweise höchst unterschiedlichen Vorgaben für Bedarfszuweisungen und der daraus resultierenden unterschiedlichen Verteilungswirkungen	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 32

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
44	Bedarfszuweisungen; Gemeindeunterschiede	Entwicklung bundesweit akzeptierter Lösungen für die unterschiedlichen Anforderungen der Gemeinden; dies unter Berücksichtigung der Angemessenheit des Verwaltungsaufwands der Länder für die Abwicklung der Bedarfszuweisungen	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 32
45	Bedarfszuweisungen; Typisierung von Gemeinden	Weiterentwicklung des (in der Steiermark festgestellten) Modells zur Typisierung von Gemeinden im Hinblick auf die Beurteilung der finanziellen Lage, um eine bedarfsorientierte Mittelzuweisung sicherzustellen	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 56
46	Bedarfszuweisungen; keine pauschalen Finanzierungen	Keine Vereinbarung pauschaler Finanzierungen unter Heranziehung von Bedarfszuweisungsmitteln	EF, ES, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 2
47	Bedarfszuweisungen; konkrete Vorgaben zur Gewährung	Festlegung konkreter Regelungen für die Ermittlung der Höhe jenes Haushaltsabgangs, der für die Gewährung von Bedarfszuweisungen maßgebend ist	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 35, 37
48	Bedarfszuweisungen; Richtlinien	Regelung aller Förderungen aus Bedarfszuweisungsmitteln in Richtlinien	EF, Q, N	Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen, Bund 2016/4, TZ 33, 39, 40
49	Pensionen Landeslehrer	Abgeltung der mit den Pensionszahlungen für die überplanmäßigen Lehrer verbundenen Belastung des Bundes im Finanzausgleich	EF, Q, N	Zahlungsströme im Zusammenhang mit bundesfinanzierten Pensionen, Bund 2014/5, TZ 24, 27
50	Ausgleichszulage	Schaffung einer dauerhaften Finanzierungslösung für die Kosten der Ausgleichszulage	EF, Q, N	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 2, 9
51	Soziales	Aufgabenorientierte Transferentflechtung bei den von den Sozialhilfeverbänden finanzierten Maßnahmen im Bereich "Soziales", der Behindertenhilfe und der Jugendwohlfahrt	EF, Q, N	Sozialhilfeverband Bruck a.d. Mur, Steiermark 2011/8, TZ 3 und Follow-up dazu, Steiermark 2013/3, TZ 2
52	Interkommunaler Finanzausgleich	Nutzung der Möglichkeit des interkommunalen Finanzausgleichs zur Erleichterung der Kooperation bei Betriebsansiedlungen (z.B. bei der Erschließung und Entwicklung von Einkaufszentren zwischen den Gemeinden)	EF, Q, N	Einkaufszentren, Kärnten 2007/1, TZ 10

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
1.5 Strukturreform, Abstimmung und Kooperation				
53	Familienbezogene Leistungen	Familienbezogene Leistungen: gebietskörperschaftenübergreifende Abstimmung und Überprüfung auf Parallelitäten und Überschneidungen sowie auf Möglichkeiten zur Konzentration und Straffung; Beseitigung und soweit möglich Bündelung sachlich nicht begründbarer Aufteilungen der Vollzugskompetenzen	EF, Q, N	Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder, Bund 2011/6, TZ 15 f. und Follow-up dazu, Bund 2014/3, TZ 8, 10
54	Raumordnung	Raumordnung: Neuordnung und Harmonisierung des Raumordnungsrechts; Festlegung von Planungsgrundsätzen und -instrumenten sowie Planungs- und Koordinationspflichten in einem Bundesraumordnungsgesetz	EF, Q, N	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 22 und Follow-up dazu, Bund 2014/9, TZ 2
55	Infrastruktur	Infrastrukturprojekte: Schaffung von Fachplanungsinstrumenten, präventiven Nutzungsbeschränkungen, Änderungssperren, bundesweit einheitlichen Abstandsregelungen für Starkstromfreileitungen, Einschränkungen für die Bebaubarkeit von Trassen	EF, Q	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 35 ff. und Follow-up dazu, Bund 2014/9, TZ 5, 17, 18, 19, 22
56	Kartellgesetz	Zusammenführung von Wettbewerbsrecht und Kartellgesetz in einer Rechtsmaterie	EF, Q	Wettbewerbsrechtliche Strukturreform, Bund 2005/9, TZ 2
57	Objektmanagement	Objektmanagement: Nutzung von Synergieeffekten (z.B. gemeinsame Betreuung von Amtsgebäuden) durch Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften bzw. öffentlichen Stellen	EF, Q	Bundesimmobiliengesellschaft mbH, Bund 2012/6, TZ 30 und Follow-up dazu, Bund 2015/4, TZ 19
58	Aufgabenentflechtung	Entflechtung und Aufgabentrennung bei gebietskörperschaftenübergreifenden Aufgabenausführungen als eine Möglichkeit von Einsparungen	EF, ES, Q, N	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 97
59	Abwasserentsorgung	Abwasserentsorgung: Vereinfachung der Zuständigkeitsregelungen und des Vollzugs in Sachbereichen, in denen sowohl Bundes- als auch Landesrecht anzuwenden ist (Wasserrecht, Kanalgesetz, Baurecht) und von verschiedenen Behörden zu vollziehen ist	EF, Q	Kanalsanierung in Gemeinden und Gemeindeverbänden, Kärnten 2013/5, TZ 3
60	Bundesanstalten für Agrarwirtschaft	Zusammenlegung der Bundesanstalten für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen; Evaluierung sämtlicher nachgeordneter Dienststellen auf Zweckmäßigkeit, Aufgabenerfüllung und allfällige Doppelgleisigkeiten	EF, ES	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, Bund 2013/4, TZ 2 bis 4
61	Vermessungsämter	Vermessungsämter: Zusammenlegung von Vermessungssprengeln, Kooperation von Vermessungsämtern; Flexibilisierung von Arbeitsprozessen	EF, ES, Q	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, Bund 2013/5, TZ 15

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
2 Finanzen, Beteiligungen, Konsolidierung				
2.1 Finanzen: Organisation und IT				
62	Datenbank	Aufbau einer Datenbank zur Erfassung und Kontrolle aller Geschäftsfälle im Finanzmanagement; Abbildung der Zahlungsflüsse, Dokumentation der Vergleichsangebote; Einsatz der Datenbank zur Planung, Analyse und Bewertung des Portfolios und zur Umsetzung der jeweiligen strategischen Vorgaben	N, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 20, 27, 36
63	Funktionstrennung	Organisatorische Trennung im Finanzmanagement zwischen: – Frontoffice (Handel) und Backoffice (Abwicklung) – Buchhaltung und Finanzabteilung – Entscheidung über Vermögensveranlagung und laufendem Risikomanagement	EF, N, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 18, 30 Vermögensmanagement ausgewählter Kranken- und Unfallversicherungsträger, Bund 2014/15, TZ 28
64	Vertretungsregelung	Vertretungsregelung im Finanzmanagement auf Grundlage der Funktionstrennung zwischen Handel und Abwicklung	EF, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 21
65	IKS	Einbau von Kontrollschritten im IKS zur Einbeziehung des Leiters der Finanzabteilung in den Abschluss von Finanzgeschäften; Gesamtübersicht beim Abteilungsleiter über alle Finanzgeschäfte	N, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 22
66	Vollmachten	Einschränkung der Vollmachten im Finanzmanagement auf risikovermeidende Finanzgeschäfte; keine Vollmacht für risikoreiche Finanzgeschäfte wie Range Accrual Swaps, Cross Currency Swaps etc.	ES, N	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 15 Prüfung des Finanzierungsprozesses des Bundes, BRA 2013, TZ 8
67	Vollmachten	Ausschließlich schriftliche, zeitlich befristete und betragsmäßig beschränkte Vollmachten im Finanzmanagement; keine Untervollmachten	ES, N	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 15 Prüfung des Finanzierungsprozesses des Bundes, BRA 2013, TZ 8
68	Vollmachten	Verfügung über Konten und Depots nur durch eine gemeinsame Zeichnungsberechtigung bzw. Vertretungsbefugnis	ES, N	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 16
69	Controllingbeirat	Einrichtung eines Controllingbeirats für das Controlling der Finanzgeschäfte, der Finanzschuldengedarung und der vom Finanzdienstleister gesetzten Handlungen	N, Q	Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften in den Ländern Burgenland und Salzburg; Follow-up-Überprüfung, Salzburg 2012/9, TZ 12 (auch B)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
70	Debitoren-, Kreditorenverwaltung	Einführung eines Geschäftspartner-Systems im Debitoren- und Kreditorenmanagement	EF, ES, Q	Internes Kontrollsystem in der Haushaltsverrechnung des Bundes, Bund 2012/10, TZ 11 BRA 2013, Textteil B.2 TZ 8 BRA 2014, Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung 2014, TZ 5
71	Aufrechnungsverfahren	Elektronische Abfragemöglichkeit zum Abgabenrückstand zwecks Aufrechnung mit Abgabenschulden	EF, ES	Internes Kontrollsystem in der Haushaltsverrechnung des Bundes, Bund 2012/10, TZ 13
72	Treasury-Applikation	Rascher Abschluss der Implementierung der Treasury-Applikation (der IT-Anwendung für Geldmarktveranlagungen durch die OeBFA)	EF, ES, Q	Prüfung des Finanzierungsprozesses des Bundes, BRA 2013, TZ 4
73	Treasury; Schnittstellen	Vollautomatische Ausführung der Schnittstellen der Treasury-Applikation zu anderen Programmen	EF, ES, Q	Prüfung des Finanzierungsprozesses des Bundes, BRA 2013, TZ 4, 12
74	Treasury; automatisierte Abstimmung	Routinen in der Treasury-Applikation zur automatisierten Abstimmung zwischen OeBFA und Buchhaltungsagentur und für Berichtspflichten OeBFA an BMF	EF, ES, Q	Prüfung des Finanzierungsprozesses des Bundes, BRA 2013, TZ 11
75	Freigabe in Treasury	Freigabe von Geldmarktveranlagungen durch das Backoffice (nicht durch den Händler)	N, Q	Prüfung des Finanzierungsprozesses des Bundes, BRA 2013, TZ 9
2.2 Finanzierungsinstrumente				
76	Spekulationsverbot	Verbot von - Spekulationsgeschäften - Finanzgeschäften mit komplexen, schwer bewertbaren, schwer vorhersagbaren Zahlungsstrukturen - Finanzgeschäften mit offenen Fremdwährungsrisiken - derivativen Finanzinstrumenten ohne Grundgeschäft - Kreditaufnahmen für Veranlagungen	N, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 61 Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 25, 27, 29 Gemeinde Fohnsdorf; Steiermark 2011/3, TZ 72 Vermögensmanagement ausgewählter Kranken- und Unfallversicherungsträger, Bund 2014/15, TZ 41, 42

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
77	Kein Risiko ohne Begrenzung	Keine Derivate, die zu einer starken Erhöhung des Risikos ohne Begrenzung führen	N, Q	Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz u.a.; Oberösterreich 2013/2, TZ 33 Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 27
78	Fremdwährungskredite	Keine Fremdwährungskredite	N	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 14
79	Verwaltungskosten	Keine Veranlagungen in Finanzprodukte mit hohen Verwaltungskosten	N	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 14
80	Liquider Markt	Keine Finanzinstrumente, für die kein ausreichend liquider Markt besteht	N	Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz u.a., Oberösterreich 2013/5, TZ 33
81	Zusammensetzung Portfolio	Optimierung des Verhältnisses Zinsaufwand zu Risiko durch Zusammensetzung des Portfolios mit fix und variabel verzinsten Finanzierungen etwa im gleichen Ausmaß	N, Q	Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz u.a., Oberösterreich 2013/1, TZ 9 bis 11
82	Exportfinanzierung	Reduktion des Fremdwährungsanteils im Exportfinanzierungsverfahren	ES, N	Haftungen des Bundes für Exportförderungen, Bund 2013/1, TZ 49
83	Bankenrettung	Direkte Partizipation des Bundes an einer Erholung der von ihm unterstützten Kreditinstitute bei Banken(rettungs)paketen	ES, N	Bankenpaket; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/8, TZ 11
84	Goldleihegeschäft	Wiederaufnahme des Goldleihegeschäfts durch die OeNB nur nach eingehender Analyse der aktuellen Risiko- und Ertragssituation	N	Oesterreichische Nationalbank – Gold- und Pensionsreserven, Jubiläumsfonds sowie Sozialleistungen; Bund 2015/3, TZ 6, 14
2.3 Finanzmanagement				
85	Strategie und Richtlinien	Strategie zum Finanzmanagement mit insbesondere folgenden Elementen: strategische Ziele, Entwicklung von (Krisen-)Szenarien, Maßnahmen zur Adressierung der wesentlichen Risiken	N, Q	Oesterreichische Nationalbank – Gold- und Pensionsreserven, Jubiläumsfonds sowie Sozialleistungen, Bund 2015/3, TZ 7

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
86	Strategie und Richtlinien	Schriftliche Vorgaben für das Finanzmanagement (inkl. Bankeinlagen) zu: <ul style="list-style-type: none"> - Art und Umfang der einsetzbaren Finanzinstrumente - Laufzeiten - Verzinsungen - Währungen - finanzierenden Institutionen - derivativen Instrumenten - Limiten - Entscheidungs- und Unterschriftenbefugnissen - Informations- und Dokumentationspflichten 	EF, ES, N, Q	Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz u.a., Oberösterreich 2013/1, TZ 6 Vermögensmanagement ausgewählter Kranken- und Unfallversicherungsträger, Bund 2014/15, TZ 54, 55
87	Strategie und Richtlinien	In den Veranlagungsbestimmungen Vorschreibung der Stabilität der Anlage, der Werterhaltung des Vermögens, der Risikominimierung, der Berücksichtigung sowohl von Ertragsmöglichkeiten als auch von Risikokomponenten	ES, N	Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften, Bund 2009/8, TZ 9, 17 (auch B, K, OÖ, S, T, V) Veranlagungsmanagement des Landes Niederösterreich hinsichtlich der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf von Beteiligungen, Niederösterreich 2010/5, TZ 7 bis 9
88	Finanzgeschäfte durch OeBFA	Besorgung von Treasury-Geschäften (Kredite, Währungstauschverträge, Zinsswaps) für (ausgegliederte) Rechtsträger durch die OeBFA	EF, Q	Bundesimmobiliengesellschaft mbH, Bund 2012/6, TZ 16
89	Qualifikation der Mitarbeiter	Konkrete Anforderungsprofile für die im Veranlagungsprozess beteiligten Rollen; Evaluierung der Qualifikation der Mitarbeiter und Sicherstellung notwendiger Weiterbildungsmaßnahmen; nach Begründung und Kosten-Nutzen-Abwägung etwaiger Zukauf von externem Fachwissen	Q	Vermögensmanagement ausgewählter Kranken- und Unfallversicherungsträger, Bund 2014/15, TZ 34
90	Risikoanalyse	Durchführung von Risikoanalysen als Voraussetzung für die Einrichtung eines effektiven IKS	ES, Q	Prüfung des Prozesses Arbeitsmarkt, BRA 2013, TZ 11

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
91	Dokumentation Risikoabwägung	Begründung und Dokumentation der Abwägung zwischen höheren Renditen und höheren Risiken	ES, N, Q	Vermögensmanagement ausgewählter Kranken- und Unfallversicherungsträger, Bund 2014/15, TZ 54, 55
92	Kaufentscheidung	Bei jedem Wertpapierkauf Definition des konkreten Bedarfs, Analyse des entstehenden Risikos, Einholung mehrerer Angebote und nachweislich klare Begründung für die Auswahl des konkreten Papiers	ES, N	Vermögensmanagement ausgewählter Kranken- und Unfallversicherungsträger, Bund 2014/12, TZ 31 Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz u.a., Oberösterreich 2013/2, TZ 33
93	Derivate; Genehmigung in Gemeinden	Bei Abschluss von Derivatengeschäften durch eine Gemeinde Befassung des Gemeinderats	ES, Q	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 27
94	Risikoüberwachung	Ständige Beobachtung des Kapitalmarkts; regelmäßige Überprüfung der Zielvorgaben für Veranlagungen sowie der Gesamtperformance anhand von Benchmarks und Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	N, Q	Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften, Bund 2009/8, TZ 4 f., 8 (auch B, K, OÖ, S, T, V)
95	Risikoüberwachung	Laufende Messung, strenge Limitierung und gezielte Überwachung (z.B. anhand von Value at Risk-Modellen und Cashflow at Risk-Modellen) von mit Finanzinstrumenten verbundenen Risiken	ES, N, Q	Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz u.a., Oberösterreich 2013/6, TZ 9 Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 6, 55
96	Risikoüberwachung	Definition aussagekräftiger Risikokennzahlen zum Portfolio	N	Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz u.a., Oberösterreich 2013/2, TZ 6
97	Berichtswesen/ Information	Regelmäßige Berichterstattung über das Finanzmanagement an Regierung und gesetzliche Vertretungskörper	ES, Q	Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften in den Ländern Burgenland und Salzburg; Follow-up-Überprüfung, Salzburg 2012/9, TZ 11 (auch B) Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 28

Vorschläge des Rechnungshofes 6 RH

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
98	Berichtswesen/ Information	Regelmäßige standardisierte Berichte zum Finanzmanagement durch das Controlling	ES, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 28
99	Berichtswesen/ Information	Im Falle eines externen Finanzdienstleisters: klare und nachvollziehbare Dokumentation zu allen Inhalten und Berechnungsmodalitäten	EF, ES, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 26
100	Limitsystem	Senkung des Limits bei negativen Entwicklungen von Veranlagungs-Vertragspartnern; Erhöhung des Limits nur auf Grundlage geprüfter und testierter Jahresabschlüsse	ES, N	Prüfung des Finanzierungsprozesses, BRA 2013, TZ 6
101	Manipulationsrisiko	Minimierung des Risikos von Manipulationen bei Geldmarktveranlagungen, z.B. durch: – Marktgerechtigkeitsanalyse – monatlichen analytischen Vergleich der Veranlagungsbedingungen – Stichprobenprüfungen – Rotationsprinzip	ES, N	Prüfung des Finanzierungsprozesses, BRA 2013, TZ 7
102	Dokumentation aller Händlertätigkeiten	Bei Geldmarktveranlagungen des Bundes: Dokumentation der Tätigkeiten des Händlers und Durchführung seiner Kalkulationen zur Gänze in der Treasury-Applikation	EF	Prüfung des Finanzierungsprozesses, BRA 2013, TZ 10
103	Portfolioabbau	Bei Portfolioabbau: Ausarbeitung einer detaillierten Abbaustrategie mit Ausstiegsszenarien; Vorlage der Ergebnisse an die Entscheidungsträger	EF, ES	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 48
104	Veranlagung Sozialversicherungsträger	Neuregelung der gesetzlich zulässigen Anlageinstrumente für Sozialversicherungsträger, insbesondere betreffend: – Konsequenzen eines Verstoßes gegen die Vorgaben – jährliche Berichtspflicht an den Vorstand – ausreichendes Berichtssystem – Einbindung der Kontrollversammlung in die Anlageentscheidungen – Vorgaben für das Risikomanagement – Einführung eines systematischen IKS	ES, N, Q	Vermögensmanagement ausgewählter Kranken- und Unfallversicherungsträger, Bund 2014/15, TZ 8, 22, 26, 38, 56
2.4 Haftungen				
105	Haftungsobergrenze	Festlegung einer gesamtstaatlichen Haftungsobergrenze und – davon abgeleitet – von Haftungsobergrenzen für Bund, Länder und Gemeinden	ES, N	Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Burgenland 2015/4, TZ 11, 12 (auch andere Länder)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
106	Haftungsobergrenze; Festlegung	Festlegung der Haftungsobergrenzen nach einer einheitlichen Methodik (betr. Bezugsgröße, Bezugszeitraum, fix oder variabel)	ES, N	Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Burgenland 2015/4, TZ 11, 12 (auch andere Länder)
107	Haftungsobergrenze; Anrechnung	Anrechnung der Haftungen mit dem Nominalwert auf die Haftungsobergrenzen	ES, N	Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Burgenland 2015/4, TZ 14, 17, 20, 21 (auch andere Länder)
108	Haftungsobergrenze; Anrechnung	Einbeziehung sämtlicher Haftungen in die Haftungsobergrenzen	ES, N	Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Burgenland 2015/4, TZ 18 (auch andere Länder)
109	Haftungsobergrenze; Anrechnung	Einbeziehung aller ausgegliederten Einheiten nach ESVG (Sektor Staat) in die Haftungsobergrenzen	ES, N	Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Burgenland 2015/4, TZ 26 (auch andere Länder)
110	Haftungsobergrenze; Überschreitung	Regelung der Vorgehensweise bei Überschreiten der Haftungsobergrenzen	ES, N	Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Burgenland 2015/4, TZ 6 (auch andere Länder)
111	Untersagung von Haftungsübernahmen	Rechtliche Untersagung der Übernahme von Haftungen, die die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Gebietskörperschaften übersteigen	N	HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG: Verstaatlichung, Bund 2015/5, TZ 8
112	Risikoerhebung und -vorsorge	Laufende Erhebung des aus Haftungen resultierenden Risikos; auf Grundlage von Risikoprüfungen Bilden von Risikovorsorgen	N	Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden, Burgenland 2015/4, TZ 26 (auch andere Länder) Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 89
113	Verzugszinsen	Aufnahme der Verzugszinsenregelung in Haftungsvereinbarungen	ES, N	Bankenpaket, Bund 2012/9, TZ 24
114	Haftung für Exportförderungen; Limit	Laufende Überwachung des maximal vom Bund zu tragenden Risikos inkl. Limits der übernommenen Haftungen für Ausfuhrfinanzierungen; verbindliche Instrumente zur Risikominimierung bei Erreichen/Überschreiten des Limits	ES, N	Haftungen des Bundes für Exportförderungen, Bund 2013/1, TZ 26, 51

RH
 6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
115	Haftungsübernahmen für private Unternehmen	Haftungsübernahmen für private Unternehmen nur unter Sicherstellung insbesondere von: – Begrenzung des Risikos durch Vorgabe einer Rating-Untergrenze – verpflichtende Offenlegung des bereits bestehenden Gesamthaftungsobligos des Bundes durch den Kreditnehmer – Definition der mit der Haftungsübernahme verbundenen Auflagen – Vorgaben für Prolongationen – Überprüfung des Unternehmens anhand eines vorläufigen, statt eines testierten Jahresabschlusses nur in Ausnahmefällen	ES, N	Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz – Vergabe von Haftungen, Bund 2016/1, TZ 6, 12, 18, 20, 24, 30, 32, 34
116	Haftungen; Rechnungswesen	Vollständige Darstellung von Haftungen eines Rechtsträgers für Kredite der Tochtergesellschaften im Bundesrechnungsabschluss	ES, N	Schieneinfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) – Aufgabenübertragung durch das BMVIT, Bund 2015/15, TZ 21
2.5 Beteiligungen				
117	Ausgliederungskonzept/-entscheidung	Detailliertes Ausgliederungskonzept vor jeder Ausgliederung, mit Kosten-Nutzen-Analyse, Alternativszenarien und fundierten Entscheidungsgrundlagen zu allen wirtschaftlichen Aspekten	ES, N, Q	Stadtgemeinde Tulln, Niederösterreich 2015/1, TZ 59, 61
118	Ausgliederungskonzept/-entscheidung	Vorrangige Nutzung von internem Know-how statt einer Aufgabenauslagerung	EF, ES	Schieneinfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) – Aufgabenübertragung durch das BMVIT, Bund 2015/15, TZ 3
119	Öffentliches Interesse an Ausgliederung	Prüfung des weiterbestehenden öffentlichen Interesses an Ausgliederungen und der Geeignetheit der gewählten Rechtsform in periodischen Abständen	EF, ES, Q	Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen, Bund 2013/7, TZ 9 (auch B, S, T, V)
120	Rückführung von Ausgliederungen	Kritisches Hinterfragen der Beteiligungen/Ausgliederungen und Prüfung der Rückführung von ausgegliederten Kern-Aufgaben	EF, ES	Stadt Wiener Neustadt, Niederösterreich 2015/9, TZ 48 Schieneinfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) – Aufgabenübertragung durch das BMVIT, Bund 2015/15, TZ 3 Stadtgemeinde St. Veit/Glan, Kärnten 2013/7, TZ 53

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
121	Beteiligungsrichtlinien	Richtlinien zum Beteiligungsmanagement mit den vier Komponenten Beteiligungsstrategie, Beteiligungsverwaltung, Beteiligungscontrolling sowie Mandatsbetreuung	EF, Q	Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen, Bund 2013/7, TZ 6 (auch B, S, T, V)
122	Erwerb von Beteiligungen in Richtlinien	Festlegung der Voraussetzungen zum Beteiligungserwerb in Beteiligungsrichtlinien	ES, N, Q	Stadt Bludenz, Vorarlberg 2013/6, TZ 64
123	Steuerungshoheit öffentliche Hand	Sicherstellung der Steuerungshoheit der öffentlichen Hand bei Kooperationsmodellen mit Privaten	ES	Erschließung Seestadt Aspern, Wien 2015/2, TZ 10
124	Information über Beteiligungen	Regelmäßige Berichterstattung an Gemeinderat und Landtag (allg. Vertretungskörper) über die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen; entsprechende Regelung z.B. auch in den Gemeindeordnungen	ES, N, Q	Landeshauptstadt Eisenstadt, Burgenland 2013/3, TZ 39 Stadt Bludenz, Vorarlberg 2013/6, TZ 30 Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen, Bund 2013/7, TZ 8 (auch B, S, T, V)
125	Beteiligungsbericht	Jährlicher Beteiligungsbericht über alle Beteiligungen (Beteiligungsspiegel) samt wirtschaftlichen Kennzahlen	ES, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Oberösterreich, Salzburg und Steiermark, Oberösterreich 2014/3, TZ 19, 62, 117, 118, 171 (auch S, St) Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 77
126	Beteiligungsnachweise	Darstellung aller wesentlichen Beteiligungen des Landes in den Beteiligungsnachweisen	ES, N	Haushaltsstruktur der Länder, Burgenland 2009/4, TZ 12 (auch K, NÖ, OÖ, S, St, T, V) Haushaltsstruktur der Stadt Wien, Wien 2010/6, TZ 12 f.
127	Beteiligungscontrolling	Systematisches Beteiligungs-, Finanz- und Risikocontrolling – analog den Controlling-Richtlinien des Bundes – über sämtliche direkte und indirekte Beteiligungen	EF, ES, Q	ÖBB-Unternehmensgruppe: Unternehmensstruktur und Beteiligungsmanagement, Bund 2013/11, TZ 23 Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen, Bund 2013/7, TZ 15 (auch S)

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
128	Beteiligungscontrolling	Regelmäßige Behandlung der Ergebnisse des Beteiligungscontrollings in den gesetzlichen Vertretungskörpern	ES, N	Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen, Bund 2013/7, TZ 15 (auch V)
129	Vertretung Eigentümerinteressen	Betrauung ausschließlich der Gemeindevertretung mit der Vertretung der Eigentümerinteressen der im Alleineigentum der Gemeinde stehenden Gesellschaften	ES, N	Stadt Bludenz, Vorarlberg 2013/6, TZ 34
130	Finanzierungsvereinbarungen	Finanzierungsvereinbarungen mit Beteiligungen betr. Ausgabendeckung	ES	Stadt Bludenz, Vorarlberg 2013/6, TZ 59
2.6 Konsolidierung öffentlicher Haushalte				
131	Strategie	Integration der Konsolidierungsmaßnahmen in eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie	ES, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Burgenland 2015/5 (auch andere Länder), TZ 23
132	Strategie	Auswahl der Konsolidierungsmaßnahmen nach ihren gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen und der Eignung für die Strategieziele, nicht aufgrund ihrer einfachen Durchsetzbarkeit (z.B. keine gleichmäßigen Ausgabenkürzungen über alle Politikbereiche hinweg)	ES, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Burgenland 2015/5 (auch andere Länder), TZ 23
133	Priorisierung von Aufgaben	Aufgabenkritik und Priorisierung der Aufgaben als Grundlage der Konsolidierung; wenig prioritäre Aufgaben als ersten Konsolidierungsbereich; bei gebietskörperschaftenübergreifenden Aufgabenausführungen Einsparungen durch eine Entflechtung und Aufgabentrennung	ES, N	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 97

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
134	Nachhaltige Konsolidierungsschritte	Nachhaltige Konsolidierung durch folgende Schritte: – Aufgabenkritik – Unterlassung nicht prioritärer Aufgaben – verursachergerechte Kostentragung durch Leistungsempfänger – Priorisierung von strukturellen, nachhaltigen Maßnahmen	ES, N	Stadtgemeinde Stockerau, Niederösterreich 2013/4, TZ 16 Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim, Oberösterreich 2015/4, TZ 12, 14 Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg, Burgenland 2015/4 (auch V), TZ 11, 15, 23, 25, 49, 77, 79, 81, 95, 135, 141 Konsolidierungsmaßnahmen der Bundeshauptstadt Wien, Wien 2015/2, TZ 5, 6, 8, 30
135	Nachhaltige Konsolidierungsschritte	Bei Konsolidierung Augenmerk auch auf Bereiche mit überdurchschnittlichen Steigerungsraten, mit großem Gebarungsvolumen (z.B. Förderungen, Soziales, Pensionen) sowie auf Ermessensausgaben	ES, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Oberösterreich, Salzburg und Steiermark, Oberösterreich 2014/3, TZ 14, 17, 29, 79, 135 (auch S, St) Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg, Burgenland 2015/4, TZ 13, 27, 81 (auch V) Konsolidierungsmaßnahmen der Bundeshauptstadt Wien, Wien 2015/2, TZ 5, 6, 8, 30 Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Burgenland 2015/5, TZ 14, 25 (auch andere Länder)
136	Nachhaltige Konsolidierungsschritte	Reduktion der Schuldenquote über mehrere Jahre, nicht überwiegend durch reine Einmalmaßnahmen	ES, N	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 96 Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg, Burgenland 2015/4, TZ 23 (auch V)

Vorschläge des Rechnungshofes 6 **RH**

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
137	Nachhaltige Konsolidierungsschritte	Lückenlose Erhebung der Transferströme zwischen dem Land und den Beteiligungen des Landes; Einbeziehung in die Konsolidierung des Landeshaushalts	ES, N	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Salzburg 2013/7, TZ 83 Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Burgenland und Vorarlberg, Burgenland 2015/4, TZ 18, 69, 115 (auch V) Konsolidierungsmaßnahmen der Bundeshauptstadt Wien, Wien 2015/2, TZ 50
138	Mittelfristige Finanzplanung	Erstellung realistischer mittelfristiger Finanzpläne für sämtliche Ausgabenbereiche	ES, N	Sozialhilfverband Bruck an der Mur, Steiermark 2011/8, TZ 8 Stadt Wiener Neustadt, Niederösterreich 2015/9, TZ 21
139	Mittelfristige Finanzplanung	Prüfung der Finanzierbarkeit von Investitionsvorhaben bereits in der Planungsphase; Aufnahme der Vorhaben in den mittelfristigen Finanzplan erst nach gesicherter Finanzierung	ES, N	Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim, Oberösterreich 2015/4, TZ 20
140	Außerordentliche Vorhaben	Umsetzung außerordentlicher Vorhaben nur nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der Folgewirkung für künftige Budgets	ES, N	Stadtgemeinde Tulln, Niederösterreich 2015/1, TZ 4, 9
141	Erfolgsmessung	Gebietskörperschaftenübergreifend einheitliche Darstellung des Vermögens zur Wirkungsmessung von Konsolidierungsmaßnahmen	N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Burgenland 2015/5, TZ 18 (auch andere Länder)
3 Moderne Verwaltung				
3.1 Good Governance				
142	Konkretisierung politischer Vorgaben	Konkretisierung von politischen Vorgaben durch Definition konkreter, quantifizierbarer und nachvollziehbarer Ziele	EF, Q	Verwendung der Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuererhöhung, Bund 2010/7, TZ 4
143	Strategien	Formulierung von Strategien als Basis für zukünftige Schwerpunktbildungen und zur späteren Evaluierung der Tätigkeiten	EF, Q, N	Bundesmobilienvverwaltung, Bund 2009/3, TZ 2 Aufgabenerfüllung und Organisation der Forstdienste in den Ländern, Bund 2009/5, TZ 16 (auch B, K, NÖ, S, W)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
144	Zielvorgaben	Vorgabe konkreter (Wirkungs)Ziele für Leistungen und regelmäßige Evaluierung der Zielerreichung	EF, ES, Q, N	Diplomatische Akademie Wien, Bund 2013/3, TZ 9 Tourismus in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, OÖ 2013/3, TZ 5 (auch St)
145	Führungskräfte-Verantwortung	Stärkung der Verantwortung der Führungskräfte für die Erreichung inhaltlicher Zielvorgaben im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltung	EF	LEADER 2007 bis 2013, Bund 2012/7, TZ 34
146	Qualitätsstandards; Betriebsanlagenverfahren	Festlegung von Qualitätsstandards für Betriebsanlagenverfahren (z.B. betreffend Optimierung der Prozesse, Servicequalität gegenüber den Bürgern, Dauer der Verfahren)	Q	Ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan, Kärnten 2012/2, TZ 3 (auch NÖ, S)
147	Controlling; Bezirkshauptmannschaften	Weiterentwicklung des Controllings der Bezirkshauptmannschaften, u.a. durch: - Erarbeitung einheitlicher Produkt- und Leistungsdefinitionen - Datenaufbereitung zum unmittelbaren Vergleich der Bezirkshauptmannschaften - regelmäßige Analyse der Daten zur Ableitung von Best-practice-Modellen und zum Aufzeigen von Handlungsnotwendigkeiten und Optimierungspotenzialen - einheitliche Zurechnung der Arbeitszeit zu den definierten Leistungsarten	EF, ES, Q	Bezirkshauptmannschaften – Sprengelgrößen und Effizienz, Bund 2014/8, TZ 13 (auch NÖ, St) Ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan, Niederösterreich 2012/3, TZ 46 (auch K, S)
148	Steuerung mit Kosten- und Leistungsrechnung	Kosten- und Leistungsrechnung mit aussagefähigen Auswertungen als Steuerungsinstrument	EF, ES	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 8
149	Reportingsysteme	Erarbeitung von Steuerungs- und Kontrollinstrumenten (z.B. Projektfortschrittsberichte) und aussagekräftigen Reportingsystemen	EF, ES, Q, N	Marchfeldschlösser Revitalisierungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Bund 2008/10, TZ 8 ff. Universitätscontrolling, Bund 2009/2, TZ 4

Vorschläge des Rechnungshofes 6 RH

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
150	Risikomanagement und IKS	Identifikation und Bewertung von Risiken und Festlegung des Umgangs mit Risiken; Erarbeitung von Prozessbeschreibungen mit Kontrollelementen für alle wesentlichen Abläufe	EF, Q, N	Ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan, Niederösterreich 2012/3, TZ 41 ff. (auch K, S)
151	Risikoanalyse bei Beschaffungen	Verstärkte Durchführung von Risikoanalysen bei Beschaffungen und verstärkte Überprüfung der Beschaffungen durch die Interne Revision	EF, ES	Vergabep Praxis im BMI mit Schwerpunkt Digitalfunk, Bund 2013/2, TZ 13
152	Krisenmanagement IT	Einrichtung eines Krisenmanagements – Risikoanalysen, Kontinuitätspläne, Krisenübungen – zur Bewältigung etwaiger Angriffe auf wichtige IT-Strukturen	EF, Q	Register im Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger, Bund 2014/8, TZ 16
153	Risikomanagement und IKS	Ziffernmäßige Risikobewertung wesentlicher Prozesse bei der Einführung eines IKS; systematische Integration der Ergebnisse des Risikomanagementsystems in den Planungsprozess	EF, Q	Österreichischer Rundfunk, Bund 2009/2, TZ 42 Bundesbeschaffung GmbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2011/8, TZ 4
154	Risikomanagement und IKS	Einrichtung eines umfassenden und entsprechend dokumentierten IKS mit Risikoidentifikation, –bewertung und –managementstrategie auch in ausgegliederten Unternehmen; Überprüfung in periodischen Abständen und gegebenenfalls Aktualisierung	EF, Q	Marchfeldschlösser Revitalisierungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H, Bund 2008/10, TZ 16 (auch B, V, W)
155	IKS und Vertretungsregelungen	Schriftliche Dokumentation des IKS; Festlegung schriftlicher Vertretungsregelungen	EF, Q	Stiftung Österreichisches Freilichtmuseum, Steiermark 2016/2, TZ 22
156	Verrechnung von Leistungen	Entwicklung transparenter und nachvollziehbarer Berechnungsgrundlagen für die Verrechnung von Leistungen bzw. die Kostentragung auf Basis von Vollkostenrechnungen; periodische Ermittlung der Leistungszeiten sowie Ermittlung und Ausschöpfung bestehender Potenziale für Produktivitätssteigerungen	EF	Bundesanstalt Statistik Austria – Evaluierung der Ausgliederung, Bund 2007/10, TZ 6 Heeresbild- und Filmstelle, Bund 2007/15, TZ 10 f. Elektronisches Datenmanagement in der Abfallwirtschaft, Bund 2008/8, TZ 13 Buchhaltungsagentur des Bundes, Bund 2008/11, TZ 2, 10

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
157	Verwaltungs- und Aufsichtsfunktionen; personelle Trennung	Personelle Trennung von Leitungs-, Verwaltungsfunktionen auf der einen Seite und Aufsichtsfunktionen auf der anderen Seite	Q	Diplomatische Akademie Wien, Bund 2013/3, TZ 25
158	Verfahrenseffizienz	Verbesserung der Verfahrenseffizienz und Gebarungssicherheit durch standardisierte elektronische Antragsformulare	EF, Q	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 13
159	Automationsunterstützte Aktenführung	Nach Kosten-Nutzen-Abwägung Anstreben einer vollständig automationsunterstützten Aktenführung und Verfügbarkeit aller verfahrensrelevanten Dokumente in elektronischer Form	EF, Q	Effektivität der behördlichen Ermittlungsmaßnahmen, Bund 2011/5, TZ 14, 23
160	Europäischer Sozialfonds; Systemvereinfachung	Grundlegende Vereinfachung des Systems der Umsetzung des Europäischen Sozialfonds	EF	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 4
3.2 Bürgerorientierung				
161	Qualitätsstandards für Verwaltungsleistungen	Einführung, laufende Evaluierung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards für Verwaltungsleistungen, u.a.: – Dauer der Erledigung – Erreichbarkeit – Wartezeiten – Gesprächsführung und Auskunftsfähigkeit der Mitarbeiter – Überprüfungsfrequenzen	Q	Ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan, Niederösterreich 2012/3, TZ 39 (auch K, S)
162	Verfahren; Prioritätenfestlegung	Festlegung von Prioritäten nach nachvollziehbaren Kriterien zur Abwicklung einer großen Zahl von Verfahren	EF, Q	Agrarbehörde Tirol; Aufsicht über Agrargemeinschaften, Tirol 2010/3, TZ 20
163	Datenverfügbarkeit	Effizienz und stärkere Bürgerorientierung durch Zugriff auf bereits vielfach elektronisch verfügbare oder von anderen Stellen erhobene Daten (z.B. Wohnsitz- oder Einkommensdaten)	EF, Q	Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder, Bund 2011/6, TZ 21 f. (auch K, OÖ, S)
164	Kundenbeschwerden	Systematische Erfassung und Auswertung von Kundenbeschwerden	Q	Ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan, Niederösterreich 2012/3, TZ 36 (auch K, S)

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
165	E-Government	Entwicklung strategischer Konzepte zum Ausbau der E-Government-Aktivitäten auf Gemeindeebene mit: – Anreizen für die Nutzung von E-Government-Lösungen – medienbruchfreier Antragsverarbeitung	EF, Q	Stadtgemeinde St. Veit/Glan, Kärnten 2013/7, TZ 60
166	Öffentlichkeitsarbeit	Maßstäbe für die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung: – Informationsbedürfnis der Bevölkerung – Objektivität der Information – Transparenz des Mitteleinsatzes	EF, ES, Q	ÖBB-Öffentlichkeitsarbeit, Bund 2012/8, TZ 32
3.3 Verwaltungsstrukturen, Organisationsgrößen				
167	Aufgabenanalyse; Gemeindestrukturen	Vereinfachte, schlanke und nachhaltige Gemeindestrukturen auf Basis einer umfassenden Aufgabenanalyse	EF, Q, N	Stadtgemeinde Schwechat und Multiversum Schwechat Betriebs GmbH, Niederösterreich 2014/5, TZ 21
168	optimale Behördengrößen; Bezirkshauptmannschaften	Bundesweite Evaluierung der Frage der optimalen und angemessenen Größe (Einwohnerstärke) von Bezirkshauptmannschaften	EF, ES, Q, N	Bezirkshauptmannschaften – Sprengelgrößen und Effizienz, Bund 2014/8, TZ 3, 16 (auch NÖ, St)
169	Bezirkshauptmannschaften; Zusammenlegung	Erwägung von Zusammenlegungen einwohnerschwacher Bezirkshauptmannschaften zwecks Qualitätsverbesserung und Kostensenkung	EF, ES, Q	Bezirkshauptmannschaften – Sprengelgrößen und Effizienz, Bund 2014/8, TZ 12, 20 (auch NÖ, St)
170	Bezirkshauptmannschaften; Übertragung von Bauangelegenheiten	Weitere Übertragung der betriebsanlagenbezogenen Bauangelegenheiten von den Gemeinden auf die Bezirkshauptmannschaften	EF, ES, Q	Bezirkshauptmannschaften – Sprengelgrößen und Effizienz, Bund 2014/8, TZ 8 (auch NÖ, St)
171	Organisation Patentamt	Prüfung einer Zusammenführung des hoheitlichen mit dem teilrechtsfähigen Bereich des Patentamts bzw. Ausgliederung in eine rechtlich selbständige Organisation	EF, ES	Österreichisches Patentamt, Bund 2012/7, TZ 32

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
172	Zentrale Serviceeinrichtungen	Verringerung des internen Verwaltungsaufwands durch intensivere Nutzung zentraler Serviceeinrichtungen und Prozessoptimierung	EF, ES, Q	Ausgewählte Supportprozesse (Präsidialreform), Bund 2007/3, TZ 26 Bundesbeschaffung GmbH, Bund 2008/8, TZ 25
173	Reiseadministration	Bündelung der Reiseadministration der Ressorts an einer Stelle (shared service center)	EF, ES, Q	Reisegebührenvorschrift des Bundes im Bundeskanzleramt und zentrale Reiseorganisation in der Bundesbeschaffung GmbH, Bund 2010/4, TZ 27
174	Ressortübergreifender Fahrzeugpool	Bündelung von Ressourcen in ressortübergreifendem Fahrzeugpool mit einheitlicher Regelung der Nutzungsberechtigung sowie der Kostenabgeltung	EF, ES	Bund 2007/3, TZ 13, 24 Bund 2007/14, TZ 23
175	OeNB, Bankenaufsicht	Konzentration der bankaufsichtlichen Aufsichtsbereiche der OeNB und der FMA in einer Institution	EF, ES, Q	Finanzmarktaufsichtsbehörde und Aufsichtsgenden der Oesterreichischen Nationalbank und des BMF, Bund 2007/10, TZ 12 Finanzmarktaufsicht; Follow-up-Überprüfung, Bund 2011/4, TZ 2
176	Bundeswettbewerbsbehörde und Bundeskartellanwalt	Zusammenführung der Kompetenzen von Bundeswettbewerbsbehörde und Bundeskartellanwalt	EF, ES	Wettbewerbsrechtliche Strukturreform, Bund 2005/9, TZ 3
177	Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände	Überprüfung der Zusammenlegung von Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden	EF, ES	Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband Sankt Michael im Lungau, Salzburg 2008/1, TZ 3 (auch B, NÖ, OÖ, S, St, T, V)
178	Wetterdienste	Zusammenlegung der staatlichen Wetterdienste, insbesondere zur Nutzung von Rationalisierungspotenzialen	EF, ES	Einsparungspotenzial durch Kooperation und Koordination der drei Wetterdienste, Bund 2011/6, TZ 16, 23
179	Bundesstraßen; Verfahren	Ausbau des teilkonzentrierten zu einem vollkonzentrierten Verfahren bei Neubau und Ausbau von Bundesstraßen	EF	Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit im Straßenbau in Österreich, Bund 2008/5, TZ 5

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
3.4 Öffentliche Verwaltung vs. Ausgliederung; Steuerung ausgegliederter Einrichtungen				
180	Ausgliederungen; parlamentarische Kontrolle	Mitberücksichtigung der Folge der Beschränkung der parlamentarischen Kontrolle bei Ausgliederungen	EF, Q, N	Ausgliederungen, Bund 2001/5, S. 19 IAF-Service GmbH, Bund 2005/8, TZ 8
181	Zweckmäßigkeit der Ausgliederung; Umfeldanalyse	Detaillierte Umfeldanalyse vor Ausgliederung mit: – Erstellung alternativer Modelle – Prüfung zukünftiger Marktchancen (Businesspläne) – Festlegung realistischer Ausgliederungsziele – Erhebung der Einsparungs- und Synergiepotenziale	EF, Q, N	Ausgliederung der Bundesversuchswirtschaften, Bund 2000/5, TZ 5 Einsparungspotenzial durch Kooperation und Koordination der drei Wetterdienste, Bund 2011/6, TZ 23 f. Stadt Hohenems, Vorarlberg 2011/3, TZ 27
182	Zweckmäßigkeit der Ausgliederung; Abwägung der Vor- und Nachteile	Ausgliederungen, wenn dadurch staatliche Aufgaben deutlich effizienter erledigt werden können; sorgfältige Abwägung aller Vor- und Nachteile	EF, ES, N	Stadt Krems, Teilgebiete der Gebarung, Niederösterreich 2006/5, TZ 34 Stadt Hohenems, Vorarlberg 2011/3, TZ 13
183	Zweckmäßigkeit der Ausgliederung	Bei Ausgliederungen regelmäßige Prüfung, – ob die Aufgabenwahrnehmung durch das zuständige Ministerium selbst zweckmäßiger wäre – des weiteren Vorliegens der den Ausgliederungen zugrunde liegenden öffentlichen Interessen – der Zweckmäßigkeit der gewählten Rechtsform	EF, ES, Q, N	Familie & Beruf Management GmbH, Bund 2014/11, TZ 4 f. Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen, Bund 2013/7, TZ 9 (auch B, S, T, V)
184	Veräußerung staatseigener Unternehmen	Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Ergebnisverbesserung vor der Veräußerung von staatseigenen Unternehmen	ES, N	BUWOG, Bund 2003/4, TZ 2
185	Ausgegliederte Gesellschaften; Eigentümergegebenheiten; strategische Ausrichtung	Vorgabe strategischer Ziele für ausgegliederte Einrichtungen durch den Eigentümer; möglichst frühzeitige Erstellung von Unternehmenskonzepten samt Leistungsindikatoren	EF, Q, N	Bundesimmobiliengesellschaft mbH, Bund 2012/6, TZ 4 Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Bund 2008/9, TZ 3 Hochwasserschutz an der March, Bund 2008/10, TZ 15 (auch K, V, W)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
186	Unternehmenskonzepte; Zielvorgaben	Zielvorgaben auf Basis betriebswirtschaftlicher Kennzahlen; Soll-/Ist-Vergleiche über die Zielerreichung	EF, Q, N	Diplomatische Akademie Wien, Bund 2013/3, TZ 3
187	Stiftungen; Aufsicht	Bei Wahrnehmung der Aufsicht über die Stiftungen: verstärkte Berücksichtigung der Erfüllung des Stiftungszwecks und der ordnungsgemäßen Verwaltung	EF, Q	Freiherr von Vichter und Wissend'sche Stiftung, Wien 2014/6, TZ 11
3.5 Kooperation und Koordination				
188	Verwaltung; Zusammenarbeit	Verstärkung der Zusammenarbeit von Verwaltungseinheiten (hier Bezirkshauptmannschaften) und Ausbau des Know-how-Austauschs, insbesondere bei <ul style="list-style-type: none"> - der Weiterentwicklung von Leistungskatalogen, Richtlinien und IT-Applikationen sowie des Benchmarkings - Auslegungs- und Vollzugsvorgaben - der Angleichung der Definitionen von Leistungen bzw. Produkten der mittelbaren Bundesverwaltung 	EF, ES, Q	Bezirkshauptmannschaften – Sprengelgrößen und Effizienz, Bund 2014/8, TZ 10, 13 (auch NÖ, St)
189	Verwaltung; Benchmarking	Forcierung des Benchmarkings in der Verwaltung	EF, ES, Q	Innovation der Tiroler Landesverwaltung, Tirol 2005/1, TZ 6
190	Gebietskörperschaften-übergreifende Projekte	Bei komplexen gebietskörperschaftenübergreifenden Projekten: <ul style="list-style-type: none"> - Festlegung der Verantwortlichkeiten bei Projektstart - koordinierte Vorgehensweise (z.B. durch ein Bund-Länder-Gremium) 	EF, Q	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der öffentlichen Verwaltung, Bund 2010/8, TZ 4 f. (auch OÖ, St, W)
191	Statistik Austria; Kooperation	Stärkere Kooperation der Statistik Austria mit den Statistikeinrichtungen der Länder	EF, ES, Q	Bundesanstalt Statistik Austria – Evaluierung der Ausgliederung, Bund 2007/10, TZ 21, 23 Bundesanstalt Statistik Austria; Follow-up-Überprüfung, Bund 2010/4, TZ 2
192	Internet-Portale; Abstimmung	Abstimmung des Bundes und der Länder beim Aufbau von Internet-Portalen zur Vermeidung kostenintensiver Parallelstrukturen	EF, ES, Q	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der öffentlichen Verwaltung, Bund 2010/8, TZ 20 ff.

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
193	Gemeinsame Projekte	Abstimmung von Projekten mit ähnlichen oder parallelen Zielsetzungen (am Beispiel Europäische Territoriale Zusammenarbeit Österreich – Tschechische Republik 2007 – 2013, z.B. Sprachstrategien); Verwaltungsvereinbarungen mit den beteiligten Ländern über das operative Zusammenwirken an Programmen	EF, Q	Operationelles Programm „Europäische Territoriale Zusammenarbeit Österreich – Tschechische Republik 2007–2013“, Niederösterreich 2014/9, TZ 9, 19 (auch OÖ, W)
194	Register; Koordination	Verstärkte Koordination der Register der Bundesverwaltung durch das BKA; Definition führender Register durch das BKA für einen Abgleich von Daten (z.B. Personen, Adressen, Unternehmen)	EF, Q	Verwaltungsreforminitiative „Register der Bundesverwaltung“, Bund 2012/5, TZ 4 bis 7, 9
195	IT; Kooperation	Länderübergreifende Kooperation bei IT-Applikationen; abgestimmte IT-Lösungen zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten (z.B. für Verwaltungsstrafverfahren; im Förderungsbereich)	EF, ES, Q	Ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan, Niederösterreich 2012/3, TZ 12 (auch K, S) LEADER 2007 bis 2013, Bund 2012/7, TZ 100
4 Haushaltsrecht und Rechnungswesen				
4.1 Harmonisierung des Rechnungswesens				
196	Transferströme	Übersichtliche Darstellung der Transferströme pro Aufgabengebiet (z.B. Krankenanstaltenwesen) über alle Gebietskörperschaften	N	Haushaltsstruktur der Länder, Burgenland 2009/4, TZ 15 (auch K, NÖ, OÖ, S, St, T, V)
197	Zahlungspflichten nach 15a-Vereinbarungen	Darstellung der Zahlungsverpflichtungen aus 15a-Vereinbarungen im Haushalt	N	Verkehrsanbindung und Stadtentwicklung Hauptbahnhof Wien, Bund 2010/06, TZ 42 (auch Wien) Institute of Science and Technology – Austria, Bund 2008/10, TZ 26 (auch NÖ)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
198	Weitere Harmonisierung u.a. Wirkungsorientierung, Mittelfristplanung	Harmonisierung des Haushaltswesens der Gebietskörperschaften auch in folgenden Bereichen: – Anwendung der VRV 2015 auch auf Gemeindeverbände – Wirkungsorientierung – mittelfristige Haushaltsplanung – einheitliche Standards für die Ermittlung der Haftungsobergrenzen – gesamtstaatlich verankertes Spekulationsverbot	N	Tätigkeitsbericht 2015, Bund 2015/18, S. 48
4.2 Budgetvollzug				
199	Kontenplanverordnung	Bebuchung der Konten strikt nach Kontenplanverordnung, insbesondere getrennter Ausweis bestimmter Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 24 RLV 2013 (z.B. Werbeaufwand und Infokampagnen sowie Öffentlichkeitsarbeit; Repräsentationsaufwendungen; Rechtsgutachten, Rechtsberatung sowie gerichtliche Sachverständige)	N	BRA 2013, Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2013 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 25
200	Harmonisierung Kontenplan	Harmonisierung des Kontenplans für alle haushaltsleitenden Organe	N	Internes Kontrollsystem in der Haushaltsverrechnung des Bundes, Bund 2012/10, TZ 43
201	Verbuchungspraxis	Vereinheitlichung der Verbuchungspraxis der Länder	N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Oberösterreich, Salzburg und Steiermark, Oberösterreich 2014/3, TZ 6 (auch S, St)
202	Ansatz- und Postenverzeichnis	Erarbeitung eines kommentierten, verbindlichen Ansatz- und Postenverzeichnisses für Länder und Gemeinden mit eindeutigen Begriffsdefinitionen	N	Zahlungsflüsse zwischen Ländern und Gemeinden am Beispiel der Sozialhilfe im engeren Sinn in Niederösterreich und Oberösterreich, Niederösterreich 2011/4, TZ 14 (auch OÖ) System der Jugendwohlfahrt in den Ländern Burgenland und Kärnten, Burgenland 2011/9, TZ 15 (auch K) Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Burgenland 2015/5, TZ 11 (auch K, NÖ, OÖ, S, St, T, V, W)

R/H

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
203	Konsolidierung	Richtige und vollständige Verbuchung von zu konsolidierenden Geschäftsfällen	N	BRA 2013, Ordnungsmäßigkeits- und Belegprüfung der Haushaltsverrechnung des Bundes für das Jahr 2013 gemäß § 9 RHG 1948, TZ 23
4.3 Finanzielle Nachhaltigkeit				
204	Verbesserte Planung	Verbesserung der Bedarfsplanung für eine exaktere Budgetierung	N	Zahlungsflüsse zwischen Ländern und Gemeinden am Beispiel der Sozialhilfe im engeren Sinn in Niederösterreich und Oberösterreich, Niederösterreich 2011/4, TZ 15
205	Verbesserte Planung	Verbesserung der Datengrundlagen sowie der mittelfristigen Prognosen für prognostizierte Maastricht-Defizite	N	Grundlagen der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 33
206	Koordinierung der Haushaltsführung	Verstärkte Koordinierung der Haushaltsführung der Gebietskörperschaften	N	Grundlagen der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 33
207	Detaillierte, rollierende Mittelfristplanung	Detaillierte, realistische und laufend fortgeschriebene (rollierende) mittelfristige Budgetplanungen der Gebietskörperschaften	N	Grundlagen der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 33 Haushaltsstruktur der Länder (außer Wien), Burgenland 2009/4, TZ 14 (auch K, NÖ, OÖ, S, St, T, V) Haushaltsstruktur der Stadt Wien, Wien 2010/6, TZ 14 Konsolidierungsmaßnahmen der Bundeshauptstadt Wien, Wien 2015/2, TZ 58
208	Einsparungen Ermessensausgaben	Nachhaltige Konsolidierung, u.a. durch konkrete Einsparungsvorgaben und -ziele für die Ermessensausgaben	N	Budgetkonsolidierung, Bund 2004/3, TZ 63
209	Bericht über die langfristige Entwicklung	Einbeziehung aller staatlichen Ebenen in die Berichte über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte, insbesondere im Hinblick auf die steigenden Auszahlungen für Pensionen, Gesundheit und Pflege	N	Grundlagen der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 63
210	Darstellung nachhaltiger Auswirkungen	Darstellung der Auswirkungen wichtiger budgetpolitischer Maßnahmen auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte	N	Grundlagen der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 70

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
211	Mittelfristige Haushaltsziele	Mittelfristige Haushaltsziele: Augenmerk auf die langfristige Nachhaltigkeit auch bei steigenden altersbezogenen Auszahlungen	N	Grundlagen der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 70
4.4 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)				
212	Zeitnahe KLR	Zeitnahe, aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung (hier für Botschaft, Sozialhilfeverband, Hochschule, Institut für Sportmedizin); Anwendung auch in nachgeordneten Dienststellen	EF, Q	<p>Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 8</p> <p>Sozialhilfeverband Bruck an der Mur, Steiermark 2011/8, TZ 28</p> <p>Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 51</p> <p>Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 32</p> <p>Österreichisches Institut für Sportmedizin, Bund 2012/5, TZ 31</p> <p>Buchhaltungsagentur des Bundes, Bund 2008/11, TZ 14</p> <p>Einsparungspotenzial durch Kooperation und Koordination der drei Wetterdienste, Bund 2011/6, TZ 10</p> <p>Truppenübungsplatz Allentsteig, Bund 2015/13, TZ 10</p>
213	Auswertungen	Aussagefähige Auswertungen aus der Kosten- und Leistungsrechnung zur Steuerung	EF, Q	Sanitätswesen im Bundesheer; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/3, TZ 10

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
214	Vollkostenrechnung	Vollkostenrechnung als Steuerungselement für ein begleitendes Controlling (hier für Auslandseinsätze des Bundesheeres, für Universitäten und Fachhochschulen)	EF, Q	Beteiligung Österreichs am Einsatz im Tschad, Bund 2011/11, TZ 15 Wissens- und Technologietransfer, Einwerbung und Verwaltung von Drittmitteln an den Technischen Universitäten Graz und Wien, Bund 2009/9, TZ 17 Fachhochschulwesen, Bund 2010/1, TZ 8 (auch K, OÖ, S, St)
215	Einheitliche KLR für Universitäten	Vereinheitlichung der Kosten- und Leistungsrechnungen an den Universitäten	EF, Q	Leistungsvereinbarungen, Bund 2012/11, TZ 15
216	Berechnungsgrundlagen	Transparente, nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen für die Verrechnung von Leistungen bzw. die Kostentragung; periodische Ermittlung der Leistungszeiten	EF, Q	Bundesanstalt Statistik Austria – Evaluierung der Ausgliederung, Bund 2007/10, TZ 6 Heeresbild- und Filmstelle; Follow-up-Überprüfung, Bund 2007/15, TZ 10 Elektronisches Datenmanagement in der Abfallwirtschaft, Bund 2008/8, TZ 13 Buchhaltungsagentur des Bundes, Bund 2008/11, TZ 10 Arzneimittelwesen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2008/12, TZ 8 Buchhaltungsagentur des Bundes, Bund 2011/1, TZ 45, 56 Bundesbeschaffung GmbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2011/8, TZ 2 Gemeindeverband Abwasserbeseitigung Raum Pöchlarn, Niederösterreich 2008/5, TZ 6

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
217	Vorgaben für KLR	Klare und einheitliche Vorgaben für die Kostenrechnung (hier Krankenanstalten)	EF, Q	Medizinisch-technische Großgeräte mit Schwerpunkt in Niederösterreich und Salzburg, Bund 2010/13, TZ 14 (auch NÖ, S)
218	Kostenmonitoring	Kennzahlenbasiertes Kostenmonitoring mit aussagekräftigen Benchmarks und Kenndaten, um Vergleiche anstellen und Kostentreibern entgegenwirken zu können (hier z.B. für Bildungsausgaben; Fachhochschul-Studiengänge)	EF, Q	Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen, Bund 2011/9, TZ 8 (auch OÖ, St, T) Fachhochschulwesen, Bund 2010/1, TZ 8 (auch K, OÖ, S, St) Wissens- und Technologietransfer, Einwerbung und Verwaltung von Drittmitteln an den Technischen Universitäten Graz und Wien, Bund 2009/9, TZ 17 Fachhochschulwesen, Bund 2010/1, TZ 8 (auch K, OÖ, S, St)
219	Polizei; Leistungskennzahlen	Verbesserung der Ressourcensteuerung durch systematische Ermittlung aussagekräftiger Leistungskennzahlen bei polizeilichen Einsätzen und Einsatzzeiten	EF, Q	Polizei-Notruf, Bund 2010/6, TZ 17, 19
5 Wirkungsorientierung				
5.1 Wirkungsorientierte Haushaltssteuerung				
220	Wirkungsziele, Indikatoren, Maßnahmen	Festlegung konkreter und überprüfbarer Wirkungsziele samt der erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen und Indikatoren	N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 7 Nachhaltiger Güterverkehr – Intermodale Vernetzung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/12, TZ 2, 10 Frauenförderung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/6, TZ 2 Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 4

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
221	Wirkungskontrolle, Berichtswesen	Controlling und periodisches, aussagekräftiges Berichtswesen zur Wirkungskontrolle (Zielerreichung) und Steuerung anhand konkreter Wirkungsangaben	N	System der Jugendwohlfahrt in den Ländern Burgenland und Kärnten, Burgenland 2011/9, TZ 22 (auch K) Energie-Control Austria, Bund 2016/1, TZ 18
222	Ableitung von Zielen	Ableitung konkreter operativer Ziele aus den strategischen Zielsetzungen	N	Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder, Bund 2011/6, TZ 4, 17 (auch K, OÖ, S) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen, Bund 2011/10, TZ 19
223	Wirkungskontrolle	Beurteilung/Evaluierung der erzielten Wirkungen oder der Treffsicherheit von Leistungen anhand vorweg festgelegter messbarer Indikatoren	N	Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder, Bund 2011/6, TZ 4, 17 (auch K, OÖ, S) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen, Bund 2011/10, TZ 19 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 6
224	Umfang Wirkungskontrolle	Im Zuge von Wirkungskontrollen Beurteilung auch von: – Eignung der Maßnahme zur Zielerreichung – Aktualität der angestrebten Wirkung – Angemessenheit von Maßnahmenaufwand zu Wirkung	Q	Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 5
225	Wirkungsorientierung Länder	Wirkungsziele und Indikatoren zur Wirkungsmessung der eingesetzten Mittel auch in Landesbudgets	N	Verkehrsverbünde: Vergleich der Leistungen und der Finanzierung in Kärnten und Salzburg, Bund 2014/11, TZ 7 (auch K, S)

368

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
226	Wirkungsmessung von Förderungen	Wirkungsziele und Indikatoren als Bestandteile von Förderungskonzepten zur Erfolgsmessung von Förderungen	Q	Burgenländischer Gemeinde-Investitionsfonds, Burgenland 2015/3, TZ 3
227	Wirkungsmessung Steuerbegünstigungen	Festlegung von Zeitpunkten, Art und Instrumenten der Wirkungsmessung von Steuerbegünstigungen	Q	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 9 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 5
228	Wirkungsmessung Steuerbegünstigungen	Regelmäßige Prüfung, ob Steuerbegünstigungen zu beabsichtigten Wirkungen führen und wie unbeabsichtigte Nebenwirkungen zu verhindern sind	Q	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 9
229	Formulierung Wirkungsziele	Eindeutige Formulierung von Wirkungszielen	Q	Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 5
230	Outcome-Ziele zu Verwaltungsaufwendungen	Steuerung von Verwaltungsaufwendungen durch Verbindung der Aufwendungen mit Outcome-Zielen	Q	Instrumente der finanziellen Steuerung der Krankenversicherungsträger, Bund 2016/3, TZ 20, 21, 22, 23, 25, 30, 31, 34, 40
231	Datengrundlage	Nutzung der bei den Pensionsversicherungsträgern gespeicherten Daten zur Unterstützung der Wirkungsorientierung	Q	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 40
232	Genderspezifisches Wirkungscontrolling	Genderspezifisches Wirkungscontrolling mit entsprechend genderspezifischen Zielgrößen und Indikatoren (hier im Frauenstrafvollzug)	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 22, 27
233	Internes Wirkungscontrolling	Internes, unterjähriges Wirkungscontrolling auf Globalbudget- und Untergliederungsebene mit einer Risikobeurteilung hinsichtlich der Ziel- und Zielwerterreichung; Übermittlung der Controllingergebnisse an die relevanten Stellen; Heranziehen der Berichte zum Wirkungscontrolling zur Steuerung der Zielerreichung	Q	Einführung der Wirkungsorientierung in ausgewählten Bundesministerien, Bund 2016/5, TZ 22
234	Qualitätskriterium Nachvollziehbarkeit	Im Sinne des Qualitätskriteriums Nachvollziehbarkeit Bezugnahme auf internationale Empfehlungen in den Wirkungsangaben, insbesondere bei der Begründung der Wahl eines Wirkungsziels	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 12

Vorschläge des Rechnungshofes 6 **RH**

R/H
 6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
235	Qualitätskriterium Verständlichkeit	Verwendung einheitlicher, kurzer, präziser und damit verständlicher und eindeutiger Formulierungen für Wirkungsziele, Maßnahmen und Indikatoren	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 21
236	Qualitätskriterium Überprüfbarkeit	Vollständige Angabe von Ist- und Zielwerten zur Beurteilung von Fortschritten	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 21
237	Qualität Wirkungsangaben	Weiterentwicklung der Instrumente und Inhalte der Wirkungsorientierung unter verstärkter Berücksichtigung von: <ul style="list-style-type: none"> - Relevanz der Wirkungsziele, - sprachliche Präzision der Wirkungsziele, - Kohärenz zwischen Wirkungszielen und Maßnahmen, - Auswahl aussagekräftiger Indikatoren und - analytische Ableitung der Indikatorwerte (Zielwerte) - genderspezifische Zielgrößen 	Q	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 36, 40 Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 30
238	Steuerungsrelevante Daten	Erhebung und nachvollziehbare Darstellung der steuerungsrelevanten Daten als Grundlage zur Definition der Wirkungsangaben	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 23 Akademisches StartUp Netzwerk Oberösterreich (akostart oö), Bund 2015/6, TZ 18 (auch OÖ)
239	Qualitätssicherung	Gewährleistung der erforderlichen Zeit im Budgeterstellungprozess zur Qualitätssicherung der Wirkungsangaben	EF	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 30
240	Qualitätssicherung	Qualitätssicherung der Angaben zur Wirkungsorientierung unter stärkerer Orientierung an den haushaltsrechtlichen Qualitätskriterien	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 30
241	Aufwendungen für Pflegegeld	Im Sinne der wirkungsorientierten Haushaltsführung Veranschlagung aller Pflegegeldaufwendungen in der UG 21	N	Zahlungsströme im Zusammenhang mit bundesfinanzierten Pensionen, Bund 2014/5, TZ 48
5.2 Wirkungsorientierte Folgenabschätzung				
242	Finanzielle Auswirkungen rechtsetzender Maßnahmen	Einhaltung der Verpflichtung zur Abschätzung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen rechtsetzender Maßnahmen auf die öffentlichen Haushalte im Rahmen der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung gemäß § 17 BHG 2013 und der WFA-Finanzielle-Auswirkungen-Verordnung	Q, N	Finanzielle Auswirkungen rechtsetzender Maßnahmen, zuletzt Tätigkeitsbericht Bund 2015/18, S. 14 ff.

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
243	Nachhaltige finanzielle Auswirkungen	Darstellung der langfristigen finanziellen Auswirkungen von rechtsetzenden Maßnahmen im Hinblick auf deren Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte	Q, N	§ 8 WFA-Finanzielle-Auswirkungen-Verordnung
244	Angemessene Begutachtungsfrist	Einhaltung der in § 9 Abs. 3 WFA-Grundsatz-Verordnung vorgesehenen Begutachtungsfrist von sechs Wochen	Q, N	Finanzielle Auswirkungen rechtsetzender Maßnahmen, zuletzt Tätigkeitsbericht Bund 2015/18, S. 14 ff.
6 Förderungen				
6.1 Förderungsdatenbank				
245	Förderungsdatenbank	Einrichtung einer bundesweiten (gebietskörperschaften-übergreifenden), zentral geführten Förderungsdatenbank zur Abstimmung der Förderungsmaßnahmen und Vermeidung unzulässiger Mehrfachförderungen	EF, ES, Q	Sportförderung im Bund und in den Ländern Oberösterreich und Tirol, Bund 2009/12, TZ 23 (auch OÖ, T) Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS, Bund 2010/2, TZ 20 Umsetzung der Empfehlungen der Strategie 2000 des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, Bund 2010/10, TZ 32 Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder, Bund 2011/6, TZ 23 (auch K, OÖ, S)
6.2 Abstimmung von Förderungen und Förderungsprogrammen				
246	Kompetenzbereinigung	Kompetenzbereinigung bzw. Neuordnung der Kompetenzen im Förderungswesen, um die Transparenz und Stringenz der Förderlandschaft zu erhöhen sowie den Verwaltungsaufwand gering zu halten	EF, ES, Q	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 2, 7, 9, 19 (auch S, K)

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
247	Bereinigung Förderungsprogramme	Zusammenführung von Förderungsprogrammen mit weitgehend gleichen Zielsetzungen; Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und inhaltlichen Überlappungen von Förderungsprogrammen	EF, ES	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 2, 7, 9, 19 (auch S, K) Nachhaltiger Güterverkehr – Intermodale Vernetzung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/12, TZ 10 Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) – Aufgabenübertragung durch das BMVIT, Bund 2015/15, TZ 8
248	Anzahl Akteure und Fördertöpfe	Reduktion der Anzahl der Akteure und der Fördertöpfe	EF, ES	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 2, 7, 9, 19 (auch S, K)
249	Abstimmung Förderungsprogramme und Förderungen	Verbesserte Abstimmung der Förderungen bei ressort- oder gebietskörperschaftenübergreifenden Förderungsmaßnahmen; Implementierung standardisierter Prozesse zur Abstimmung der Förderungsprogramme	EF, ES	Frauenförderung, Bund 2008/4, TZ 2 Sportförderung im Bund und in den Ländern Oberösterreich und Tirol, Bund 2009/12, TZ 7 (auch OÖ, T) System des Förderungswesens, Salzburg 2008/2, TZ 9 Nachhaltiger Güterverkehr – Intermodale Vernetzung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/12, TZ 10
250	Abstimmung Förderungsprogramme	Abstimmung der Förderungsprogramme (in gleichen Förderungsbereichen) hinsichtlich: – Zielgruppen – Förderarten und – Förderungsvoraussetzungen	EF, ES, Q	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 5 (auch S, K)
251	Parallele Förderungsprogramme	Förderung von Maßnahmen, die auch von anderen Förderungsgebern gefördert werden, nur dann, wenn die Aufstockung der Fördermittel entweder zur Erreichung gemeinsamer Förderziele oder zur Erreichung eigener, weitergehender Förderziele erforderlich ist	EF, ES	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 8 (auch S, K)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
252	Gemeinsame Projektförderungen	Abgestimmte Vorgangsweise bei gemeinsamen Projektförderungen: – einheitliche Kostenaufstellung und Projektunterlagen – abgestimmter Finanzierungsplan – koordinierte Auszahlungszeitpunkte und Projektabrechnung – gemeinsame Begutachtung	EF, ES	Spitzensportförderung und Maßnahmen im Zusammenhang mit Team Rot-Weiß-Rot, Bund 2012/1
253	Kategorisierung und Förderterminologie	Einheitliche Kategorisierung der Förderungen und Standardisierung der Förderterminologie (im Sinne der Transparenz und Vergleichbarkeit von Förderungsprogrammen)	EF, Q	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 5 (auch S, K)
254	Berechnung Förderbarwert	Berechnung einheitlicher Förderbarwerte bei bundesweiten Förderungen zwecks Vergleichbarkeit zwischen den Ländern und kosteneffizienter Abwicklung	EF, Q	Klimarelevante Maßnahmen bei der Wohnhaussanierung auf Ebene der Länder, Bund 2009/7, TZ 23 (auch alle Länder)
6.3 Konzeption von Förderungsprogrammen				
255	Förderungsschwerpunkte	Definition und Abgrenzung der einzelnen Förderungsschwerpunkte	EF, Q	Frauenförderung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/6, TZ 3
256	Mitfinanzierung Förderungsnehmer	Angemessene Mitfinanzierung der Förderungsnehmer; Förderung als Anreiz für die Beteiligung privater Akteure	ES, Q	Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 5
257	Mitnahmeeffekte	Minimierung von Mitnahmeeffekten durch: – Förderung in dem zur Zielerreichung notwendigen Ausmaß (Optimierung des Förderanteils gegenüber dem Eigenanteil) – ambitionierte Voraussetzungen für die Gewährung von Förderungen – Förderungen als Instrumente zur Initiierung neuer Technologien oder zur gezielten Bewerbung erwünschter Maßnahmen – Hinterfragen der Notwendigkeit des Weiterbestehens von Förderungsmaßnahmen – Abschätzungen zu Mitnahmeeffekten bei Evaluierungen	ES, Q, N	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 18 (auch S, K) Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007, Bund 2013/5, TZ 20 sowie Follow-up dazu, Bund 2016/3, TZ 17
258	Sportförderung	Konzentration der Mittel im Bereich der Spitzensportförderung; Erstellung eines Gesamtkonzepts	EF, ES	Spitzensportförderung und Maßnahmen im Zusammenhang mit Team Rot-Weiß-Rot, Bund 2012/1, TZ 3, 8
259	Sportförderung	Förderung des Spitzensports über nur ein Förderungsprogramm, um eine eindeutige Zuordnung der Mittel zu gewährleisten	EF, ES	Spitzensportförderung und Maßnahmen im Zusammenhang mit Team Rot-Weiß-Rot, Bund 2012/1, TZ 3, 8

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
260	Sportförderung	Bündelung der Entscheidungsbefugnisse an einer Stelle und Vereinheitlichung der Entscheidungsstrukturen in der Sportförderung	EF, Q	Spitzensportförderung und Maßnahmen im Zusammenhang mit Team Rot-Weiß-Rot, Bund 2012/1, TZ 4
6.4 Abwicklung von Förderungen				
261	Gemeinsame Abwicklungsstelle	Betrauung einer gemeinsamen Abwicklungsstelle mit der Administration der Förderungen mit weitgehend gleichen Zielsetzungen (wenn Kompetenzbereinigung nicht möglich)	EF, ES, Q	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 9 (auch S, K)
262	Gemeinsame Abwicklungsstelle	Betrauung einer erfahrenen größeren Förderstelle mit der gemeinsamen Abwicklung von ähnlichen Förderungen	EF, ES, Q	EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften, Bund 2013/11 (auch B, S, V)
263	Zeitpunkt Auszahlung	Auszahlung der Fördermittel erst, wenn alle im Förderungsvertrag vereinbarten Bedingungen erfüllt sind	ES, Q	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds, Bund 2015/11, TZ 32
264	Bindung an Förderungszweck	Keine Fördermittel für Ausgaben, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Förderungszweck stehen oder vertraglich anders vereinbart waren	ES, Q	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds, Bund 2015/11, TZ 32
265	Transparenz	Sicherstellung von Transparenz in der Abwicklung der zu fördernden Maßnahmen	ES, Q	Ski WM Schladming, Bund 2015/16, TZ 49
266	Antragsformulare	Standardisierte elektronische Antragsformulare zur Verbesserung der Verfahrenseffizienz	EF, ES, Q	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 13 Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 11
267	Antragsformulare	Einfordern der wesentlichen Mindestangaben in den Antragsformularen zur Beurteilung der Förderungswürdigkeit und zur Vermeidung von Doppelförderungen	EF, ES, Q	Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 11
268	Detaillierungsgrad Projektbudget	Einfordern genauer Angaben zum Projektbudget in den Förderungsanträgen	EF, ES, Q	Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 11

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
269	Elektronische Belege	Schaffung von Rechtssicherheit hinsichtlich der Frage der Handhabung elektronischer Belege im Förderungswesen	EF, Q	EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften, Bund 2013/11, TZ 36
270	Funktionstrennung	Strikte Beachtung des Grundsatzes der Funktionstrennung bei der Vergabe von Förderungen	Q	Operationelles Programm „Europäische Territoriale Zusammenarbeit Österreich – Tschechische Republik 2007–2013“, Niederösterreich 2014/9, TZ 26
271	Unvereinbarkeiten	Lückenlose Vermeidung von Unvereinbarkeiten zwischen Förderungsgeber und Förderungsnehmer	Q	LEADER 2007 bis 2013 im Land Kärnten; Follow-up-Überprüfung, Kärnten 2015/3, TZ 130
272	Abschluss Förderungsvertrag	Abschluss der Förderungsverträge vor Beginn ihrer Laufzeit, vor Beginn des Förderungszeitraums	Q	Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 12
273	Standards Berichtslegung	Harmonisierung der Berichterstattung zu Förderungen	Q, N	Frauenförderung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/6, TZ 2
6.5 Kontrolle von Förderungen				
274	Kontrollsystem	Nach einheitlichen Grundsätzen konzipiertes Kontrollsystem für Förderungen mit – Kontrolle von vorgeschriebenen Nachweisen mit Checklisten – Stichprobenkontrollen zur Richtigkeit der vorgelegten Nachweise und Eigenerklärungen auf Basis einer risikoorientierten Fallauswahl – Sanktionierung von Falschangaben	EF, ES, N	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 14 (auch S, K)
275	Rückforderungen	Rückforderung von zu Unrecht für nicht förderungsfähige Kosten ausgezahlten Förderungen	ES, Q	LEADER 2007 bis 2013 im Land Kärnten; Follow-up-Überprüfung, Kärnten 2015/3, TZ 127
276	Haushaltsrechtliche Prüfstandards	Anwendung haushaltsrechtlicher Prüfstandards bei Förderungen	ES	EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften, Bund 2013/11, TZ 36 (auch B, S, V)

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
6.6 Ziele, Wirkungen, Evaluierung von Förderungen				
277	Ziele	Festlegung quantifizierter/messbarer (Wirkungs)Ziele in den Förderungsprogrammen	Q, N	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 15 (auch S, K) Frauenförderung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/6, TZ 2
278	Indikatoren	Festlegung aussagekräftiger Indikatoren (mit Zielwerten) für eine nachhaltige Wirkungsmessung von Förderungen; Festlegung von Indikatoren auch getrennt nach Frauen und Männern	Q, N	Spitzensportförderung und Maßnahmen im Zusammenhang mit Team Rot-Weiß-Rot, Bund 2012/1, TZ 6 Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/3, TZ 2, 9 Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 14
279	Soll-Ist-Vergleiche	Nachverfolgung der Zielerreichung mit Soll-Ist-Vergleichen	ES, Q, N	Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 14
280	Einheitlich strukturierte Evaluierungen	Einheitlich strukturierte Evaluierungen mit – einheitlichen Evaluierungskriterien und –methoden je Förderbereich, – Gesamtbetrachtung aller eingesetzten Fördermittel je Projekt, – Analyse der Förderempfänger (nach der Betriebsgröße klein/mittel/groß; nach der Zurechnung privat/öffentlich und nach der Zurechnung zu Branchen), – Reflexion allfälliger nachteiliger Nebeneffekte der Förderungen	Q, N	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 16 (auch S, K)
281	Schlussfolgerung aus Evaluierung	Ableitung von Schlussfolgerungen aus der Evaluierung für die weitere Umsetzung	Q, N	Operationelles Programm "Europäische Territoriale Zusammenarbeit Österreich – Tschechische Republik 2007–2013", Niederösterreich 2014/9, TZ 48

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
6.7 Administrativaufwand				
282	Förderungseffekt vs. Verwaltungsaufwand	Angemessenes Verhältnis von Förderungseffekt und Verwaltungsaufwand	EF, ES	Einheitliche Betriebsprämie, Bund 2007/14, TZ 2 System des Förderungswesens, Salzburg 2008/2, TZ 3 f.
283	Förderungseffekt vs. Verwaltungsaufwand	Hinterfragen von Förderungsprogrammen mit sehr geringen Fördermitteln parallel zu – im selben Förderungsbereich bestehenden – dominierenden Förderungen	EF, ES	Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder, Bund 2015/17, TZ 12 (auch S, K)
284	ESF-Umsetzung	Institutionelle Vereinfachung des Systems der ESF-Umsetzung in Österreich, um den Aufwand für die Verwaltung und Kontrolle des Programms und das Fehlerrisiko zu reduzieren	EF, ES	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 4, 21
6.8 Besonderheiten EU-Förderungen				
285	Höhe der Kofinanzierung	Transparente Festlegung der Höhe der nationalen Kofinanzierung	ES, Q, N	LEADER 2007 bis 2013, Bund 2012/7, TZ 22
286	Höhe der Kofinanzierung	Zeitgerechte und angemessene Einbindung von Ministerrat und Gesetzgeber bei Festlegung der nationalen Kofinanzierung	ES, Q, N	LEADER 2007 bis 2013, Bund 2012/7, TZ 22
287	Verringerung der Komplexität	Verringerung der Komplexität von EU-Förderungssystemen (z.B. ÖPUL, Europäischer Globalisierungsfonds)	EF, ES	Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/3, TZ 6 Europäischer Globalisierungsfonds – Projekt für Transportarbeiter, Bund 2016/3, TZ 4
288	Abwicklungsrichtlinien	Entwicklung einer kohärenten nationalen EFRE-Abwicklungsrichtlinie	EF, Q	EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften, Bund 2013/11, TZ 20
289	Förderfähigkeitsregeln	Vereinfachung von Nationalen Förderfähigkeitsregeln für die Gewährung von EU-Mitteln und Anpassung freiwilliger restriktiverer Regelungen an übliche nationale Bestimmungen	EF, ES, Q	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 27 Operationelles Programm „Europäische Territoriale Zusammenarbeit Österreich – Tschechische Republik 2007–2013“, Bund 2014/15, TZ 20 (auch N, OÖ, W)

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
290	Harmonisierung von Vorgaben zur Kontrolle	Harmonisierung der Vorgaben und Standards der Förderstellen des Bundes und der Länder für die Abrechnung und Kontrolle vergleichbarer EFRE-Projekte	EF, ES, Q	EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften, Bund 2013/11 (auch B, S, V)
291	Pauschalierung	Vereinfachung der Belegs- bzw. Förderfähigkeitsprüfungen durch Pauschalierung von Personal- bzw. Sachkosten sowie durch Festlegung von Mindestbeträgen für zuschussfähige Ausgaben	EF	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 16
7 Vergabewesen, Abwicklung von Bauvorhaben und Anti-Claimmanagement				
7.1 Vergabewesen				
292	Direktvergabe	Einholung von Vergleichsangeboten auch bei Auftragsvergaben unterhalb der Grenzen des Vergabegesetzes (Direktvergaben)	ES, Q	Wasserverband Rohrau, Petronell, Scharndorf, Höflein, Bund 2011/3, TZ 9 Stadt Hohenems, Vorarlberg 2011/3, TZ 14 via donau-Österreichische Wasserstraßengesellschaft mbH, Bund 2013/12, TZ 16
293	Wahl des Vergabeverfahrens	Wahl des Vergabeverfahrens aufbauend auf sachlich fundierter und nachvollziehbarer Auftragswertermittlung	ES, Q	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 72 Einführung der Wirkungsorientierung in ausgewählten Ressorts, Bund 2016/5, TZ 13, 15 ff.
294	Planung von Vergaben	Umfassende Planung von Vergaben, mit hohem Detaillierungsgrad und hoher Qualität	ES, Q	Relaunch des Webauftritts des Parlaments, Bund 2011/10, TZ 6 ff. Wasserverband Millstätter See, Verbandsabwasserreinigungsanlage Spittal/Drau, Kärnten 2010/7, TZ 27 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 94 f.

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
295	Prüfung von Bedarf und Nutzen	Prüfung und Dokumentation des Bedarfs am Beschaffungsgut sowie des erwarteten und eingetretenen Nutzens zur Sicherstellung der Zweckmäßigkeit der Beschaffung	ES	Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW, Bund 2015/6, TZ 17
296	Definition der Leistung	Ausreichende Definition der zu vergebenden Leistung vor der Vergabe, dies zur Sicherstellung von: – verlässlichen Preiskalkulationen – Abnahme der einzelnen Leistungen – rechtzeitigem Abgleich der Anforderungen mit den Nutzern	ES, Q	Projekt Allgemeines Krankenhaus Informationsmanagement (AKIM) des AKH Wien, Wien 2014/1, TZ 18
297	Inhalt Ausschreibung	Festlegung aller wesentlichen Positionen in der Ausschreibung	ES, Q	Elektrifizierung der Bahnstrecke Wulkaprodersdorf – Eisenstadt – Neusiedl am See, Bund 2011/1, TZ 22 Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft-KABEG; Landeskrankenhaus Klagenfurt Neu, Kärnten 2010/5, TZ 18
298	Inhalt Ausschreibung	Nennung aller für die Kalkulation und Preisbildung relevanten Grundlagen bei Ausschreibungen	ES, Q	Elektrifizierung der Bahnstrecke Wulkaprodersdorf – Eisenstadt – Neusiedl am See, Bund 2011/1, TZ 22 Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft-KABEG; Landeskrankenhaus Klagenfurt Neu, Kärnten 2010/5, TZ 18
299	Zeitpunkt Ausschreibung	Ausschreibung von Ausführungsleistungen erst nach Fertigstellung der Ausführungsplanung	ES, Q	Wasserverband Millstätter See, Verbandsabwasserreinigungsanlage Spittal/Drau, Kärnten 2010/7, TZ 27 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 94 f.
300	Vertragstext als Teil der Leistung	Bei Ausschreibungen von besonderer Größe und Bedeutung (hier Informationsmanagement am AKH Wien): bereits in den Ausschreibungsunterlagen Einfordern der Ausarbeitung einer verbindlichen konsolidierten Fassung des ab dem Zuschlag geltenden Vertragstextes	ES, Q, N	Projekt Allgemeines Krankenhaus Informationsmanagement (AKIM) des AKH Wien, Wien 2014/1, TZ 19

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
301	Dokumentation	In Vergabeverfahren nachvollziehbare Dokumentation <ul style="list-style-type: none"> - des Verfahrens - der Analyse und Beurteilung von Angeboten (auch bei Vergabeverfahren mit nur einem Bieter) - der Einhaltung des Vergabegesetzes, insbesondere der Erwägungen zur Wahl des Vergabeverfahrens 	ES, Q	Wasserverband Rohrau, Petronell, Scharndorf, Höflein, Bund 2011/3, TZ 9 Umsetzung des Europäischen Sozialfonds durch das AMS Burgenland, Bund 2009/4, TZ 22 Stadt Hohenems, Vorarlberg 2011/3, TZ 14
302	Checkliste zur Beschaffung	Festlegung von ressortweit verbindlichen Standards/Checklisten zu Beschaffungsprozessen, mit Vorgaben insbesondere zu folgenden Punkten: <ul style="list-style-type: none"> - Beschlagwortung - Begründung des Bedarfs/Nutzens der Beschaffung - Begründung der Wahl des Vergabeverfahrens - Prüfung der Preisangemessenheit und Einholung von Vergleichsangeboten - Angaben zur Eignung/Qualifikation der (beauftragten) Unternehmen - Verwendung von Musterverträgen - Angaben zur Leistungsabnahme 	EF, ES, Q	Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW, Bund 2015/6, TZ 13, 20 Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD, Bund 2015/8, TZ 5, 12
303	Lebenszykluskosten	Einbeziehung der Lebenszykluskosten (Life Cycle Costs), wie Anschaffungskosten, Betriebs-, Wartungs- und Entsorgungskosten, in die Vergabeentscheidung	ES	Grazer Verkehrsbetriebe, Steiermark 2008/4, TZ 12
304	Standardisiertes Controlling	Optimierung des Beschaffungswesens durch ein standardisiertes ressortweites Controlling mit: <ul style="list-style-type: none"> - Festlegung einer für alle Bundesdienststellen verbindlichen, einheitlichen Erfassung von Beschaffungsvorgängen nach klar definierten Kriterien - Ermöglichung von Abfragen des Beschaffungsvolumens, insbesondere nach Vergabearten, vordefinierten Leistungskategorien/Produktgruppen und Auftragnehmern - Vergleichsbarmachung der Entwicklungen über mehrere Jahre 	EF, ES, Q	Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW, Bund 2015/6, TZ 4, 5
305	IT-System Beschaffungen	Nutzung bestehender IT-Systeme (insbesondere das Haushaltsverrechnungssystem) als Basis für das Beschaffungscontrolling	EF, ES	Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW, Bund 2015/6, TZ 4, 5

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
306	Prüfung Interne Revision	Systematische und regelmäßige Überprüfungen von Vergabevorgängen durch die Interne Revision	ES, Q	Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW, Bund 2015/6, TZ 24
307	IKS-Risiken bei Beschaffungen	Regelmäßige Gesamtrisikoplanungen und IKS-Überlegungen zu Vergabeprozessen; dabei Bedachtnahme insbesondere auf folgende Risiken: – Intransparenz des Vergabeverfahrens – Ausschaltung des Wettbewerbs – unzureichender Überblick über marktübliche bzw. marktangemessene Preise	ES, Q	Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW, Bund 2015/6, TZ 6, 10, 25
308	Interessenkonflikte	Kritische Prüfung der Vereinbarkeit von Funktion und Auftragsgegenstand bei Auftragsvergaben an Mitglieder des Gemeinderats, an Stadträte sowie Ortsvorsteher	ES, Q	Stadtgemeinde Tulln, Niederösterreich 2015/1, TZ 53
7.2 Abwicklung von Bauvorhaben				
309	Wirtschaftlichkeitsberechnung	Erstellung und Offenlegung von umfassenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen vor Investitionsentscheidungen	ES, Q, N	Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 9
310	Projektorganisation	Abwicklung komplexer Sanierungsprojekte von Planungsbeginn an in einer für alle Projektbeteiligten verbindlichen Projektorganisation bzw. -struktur	EF, ES, Q	Standortentwicklung der Zentralleitung des BMF und Generalsanierung des Standorts Himmel-pfortgasse 6 – 8, Bund 2011/12, TZ 7
311	Realistische Terminplanung	Bereits ab Planungsbeginn besonderes Augenmerk auf realistische Terminplanung	ES	ÖBB-Infrastruktur AG: Erste Teilprojekte der Koralmbahn, Bund 2014/7, TZ 4
312	Anteil für Unvorhergesehenes	Schon in frühen Projektstadien ausreichend hoher Ansatz des Anteils für Unvorhergesehenes sowie Reduktion mit fortschreitender Projektentwicklung	ES	Standortentwicklung der Zentralleitung des BMF und Generalsanierung des Standorts Himmel-pfortgasse 6 – 8, Bund 2011/12, TZ 13
313	Nutzerwünsche vor Baubeginn	Definition von Nutzerwünschen vor Baubeginn	EF, ES	Generalsanierung und Erweiterung des Museums für zeitgenössische Kunst (21er Haus), Bund 2014/6, TZ 8, 10

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
314	Funktionstrennungen	Trennung folgender Aufgaben bei Bauvorhaben: – Planung, Bauaufsicht und begleitende Kontrolle – bauherrnimmanente Aufgaben (Kosten- und Terminmanagement) von Aufgaben des Generalplaners, der Örtlichen Bauaufsicht und der Kontrollorgane – Aufgaben des Baustellenkoordinators von Aufgaben der Bauleistungen – operationale von beratenden und von entscheidenden Aufgaben	EF, Q	Wiener Hafn GmbH und Co KG, Wien 2008/5, TZ 27 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 18 Infrastruktur Militärflugplatz Zeltweg, Bund 2011/5, TZ 27
315	Interessenkonflikt	Unterbinden von unentgeltlichen Leistungen durch bereits operative Leistungen erbringende Konsulenten; Vermeidung eines funktionalen Interessenkonflikts	ES, Q	Wiener Hafn GmbH und Co KG, Wien 2008/5, TZ 27 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 18
316	Vier-Augen-Prinzip	Überprüfung von Verflechtungen zwischen den Auftragnehmern, die der Zielsetzung des Vier-Augen-Prinzips entgegenstehen; Wahrung des Vier-Augen-Prinzips bereits bei der Beauftragung von Bauvorhaben	ES, Q	Wasserverband Millstätter See, Verbandsabwasserreinigungsanlage Spittal/Drau, Kärnten 2010/7, TZ 15 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 21 Infrastruktur Militärflugplatz Zeltweg, Bund 2011/5, TZ 27
317	Baudokumentation	Sicherstellung einer durchgängigen Baudokumentation (ÖNORMEN)	ES, Q	Infrastruktur Militärflugplatz Zeltweg, Bund 2011/5, TZ 38 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 99
318	Örtliche Bauaufsicht	Sicherstellung einer funktionierenden und unabhängigen Kontrolle durch die Örtliche Bauaufsicht	ES, Q	Wasserverband Millstätter See, Verbandsabwasserreinigungsanlage Spittal/Drau, Kärnten 2010/7, TZ 15 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 21 Infrastruktur Militärflugplatz Zeltweg, Bund 2011/5, TZ 25
319	Kostenermittlung	Kostenermittlung von Bauvorhaben gem. ÖNORM	ES, Q	Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 48 Alpine Ski WM 2013, Bund 2015/16, TZ 44

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
320	Spekulative Preisgestaltung	Bedachtnahme auf spekulative Preisgestaltung bei Abwicklung und Abrechnung der einschlägigen Positionen	ES	Elektrifizierung der Bahnstrecke Wulkaprodersdorf – Eisenstadt – Neusiedl am See, Bund 2011/1, TZ 22 Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft-KABEG; Landeskrankenhaus Klagenfurt Neu, Kärnten 2010/5, TZ 18
321	Vergütung nur bei Dokumentation	Vergütung von Leistungen nur auf Basis ausreichender Dokumentation	ES	Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 95
322	Kontrolle Qualität	Regelmäßige Kontrolle der vertraglich vereinbarten Qualitätsanforderungen über die gesamte Vertragsdauer bis zur Übernahme; routinemäßige Prüfung beabsichtigter Abweichungen vom Ausführungskonzept auf deren Kostenrelevanz	ES, Q	Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 33 Infrastruktur Militärflugplatz Zeltweg, Bund 2011/5, TZ 40
323	Leistungsänderungen	Prüfung, Genehmigung und Beauftragung zusätzlich erforderlicher Leistungen jedenfalls vor Ausführung	ES	Wasserverband Millstätter See – Verbandsabwasserreinigung Spittal/Drau, Kärnten 2010/7, TZ 26, 28 f.
324	Leistungsänderungen	Unverzügliche Zurückweisung von unvollständigen und/oder unprüfbar Zusatzeangeboten	ES	Wasserverband Millstätter See – Verbandsabwasserreinigung Spittal/Drau, Kärnten 2010/7, TZ 26, 28 f.
325	Nachtragsprüfung	Lückenlose Vorlage von Kalkulationsunterlagen zur Nachtragsprüfung	ES	Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 101
326	Mehrkostenforderung	Ergreifung vorbeugender Maßnahmen zur Vermeidung und Abwehr von Mehrkostenforderungen	ES	Mehrkostenforderungen/Claim Management bei der Abwicklung von Bauvorhaben der öffentlichen Hand, Bund 2006/12 Band 1 Elektrifizierung der Bahnstrecke Wulkaprodersdorf – Eisenstadt – Neusiedl am See, Bund 2011/1, TZ 15 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 89, 108

Vorschläge des Rechnungshofes 6 RH

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
327	Mehrkostenforderung	Beobachtung der Mengenentwicklung (durch Standardkontrollen bzw. Soll-Ist-Vergleiche) während der Bauabwicklung	ES	Infrastruktur Militärflugplatz Zeltweg, Bund 2011/5, TZ 39, 42
328	Mehrkostenforderung	Zeitnahe, vertragskonforme und lückenlose Prüfung von Mehrkostenforderungen auf ihre Berechtigung dem Grunde und der Höhe nach; keine Anerkennung von Mehrkostenforderungen ohne nachvollziehbare Nachweise	ES	Mehrkostenforderungen/Claim Management bei der Abwicklung von Bauvorhaben der öffentlichen Hand, Bund 2006/12 Band 1 Elektrifizierung der Bahnstrecke Wulkaprodersdorf – Eisenstadt – Neusiedl am See, Bund 2011/1, TZ 15 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 89, 108
329	Periodische Kosten-Hochrechnungen	Erstellung von periodischen Kontroll-Hochrechnungen der Projektkosten als Basis für das Controlling und begleitende Kontrolle	ES	Infrastruktur Militärflugplatz Zeltweg, Bund 2011/5, TZ 11
330	Warnpflicht	Rechtzeitige Warnung im Sinn der vertraglichen Warnpflicht bei Kostenänderungen	ES	Mehrkostenforderungen/Claim Management bei der Abwicklung von Bauvorhaben der öffentlichen Hand, Bund 2006/12 Band 1 Elektrifizierung der Bahnstrecke Wulkaprodersdorf – Eisenstadt – Neusiedl am See, Bund 2011/1, TZ 15 Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 89, 108
331	Risikovorsorgen	Getrennte Ausweisung von Risikovorsorgen in den Kosten	ES	Projekt Unterinntaltrasse – Kostenprognosen, Bund 2010/9, TZ 4

384

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
7.3 Externe Beratungsleistungen				
332	Restriktive Beauftragung	Beauftragung externer Beratungen/Gutachten nur: – bei konkretem Bedarf, wenn unternehmensinterne Kapazitäten zur Beratung nicht ausreichen – bei Spezialfragen und Spezialaufgaben	Q	Flughafen Wien Projekt Skylink, Niederösterreich 2011/1, TZ 30 Österreich Werbung, Bund 2008/4, TZ 11 Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 20 Kasernen- und Liegenschaftsverkäufe durch die SIVBEG, Bund 2010/6, TZ 23
333	Restriktive Beauftragung	Statt externer Vergabe von Berateraufträgen: – vermehrter Rückgriff auf interne Ressourcen – aktives Wissensmanagement für alle Einheiten des Konzerns	EF, ES, Q	Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 20 Kasernen- und Liegenschaftsverkäufe durch die SIVBEG, Bund 2010/6, TZ 23 Österreich Werbung, Bund 2008/4, TZ 11
334	Rotation der Gutachter	Verstärktes Rotationsprinzip bei Gutachterleistungen	Q	Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 20 Kasernen- und Liegenschaftsverkäufe durch die SIVBEG, Bund 2010/6, TZ 23
335	Ausdehnung Konsulentenvertrag	Keine einseitige Ausdehnung von Konsulentenverträgen ehemaliger Vorstandsmitglieder auf vom Vorstandsmitglied namhaft gemachte juristische Personen	ES, Q	Finanztransaktionen der ÖBB und einzelner Konzerngesellschaften mit der Deutsche Bank AG, Bund 2010/7, TZ 40
336	Dokumentation	Nachvollziehbare Dokumentation der Ergebnisse externer Beauftragungen	Q	Stadt Hohenems, Vorarlberg 2011/3, TZ 10

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
8 Korruptionsprävention				
8.1 Antikorruptionskultur				
337	Bewusstsein für Antikorruption	Herstellen von Antikorruptionsbewusstsein und Compliancekultur in öffentlichen Unternehmen	Q	ÖBB-Öffentlichkeitsarbeit, Bund 2012/8, TZ 2 BEGAS Energie AG, Burgenland 2014/5, TZ 58
338	Unternehmenskultur	Korruptionsprävention als Schwerpunkt der Unternehmenskultur und Teil des allgemeinen Wertekatalogs	Q	Bundesbeschaffung GmbH, Bund 2008/8, TZ 13 Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 22
8.2 Antikorruptionsziele				
339	Definition von Zielen	Definition von Zielen und Indikatoren zur Korruptionsprävention; Sicherstellung der folgenden Zieleigenschaften: – messbar – von Mitarbeitern akzeptiert – realistisch erreichbar – mit zeitlichen Vorgaben unterlegt	Q	KELAG Wärme GmbH, Kärnten 2016/1, TZ 51 (auch Bund, NÖ, T)
8.3 Korruptionsrisikoanalyse				
340	Risikoanalyse	Durchführen von Korruptionsrisikoanalysen, insbesondere in korruptionsgefährdeten Bereichen wie Beschaffungsprozessen	Q	Vergabep Praxis im BMI mit Schwerpunkt Digitalfunk, Bund 2013/2, TZ 13 f. Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 52 (auch NÖ, T, W) Verein Schulungszentrum Fohnsdorf, Bund 2014/10, TZ 39 Alpine Ski WM 2013, Bund 2015/16, TZ 59 f. (auch alle Länder)

386

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
8.4 Korruptionspräventionsprogramm				
341	Verhaltenskodex	Prävention; Erstellen eines schriftlichen Verhaltenskodex, mit Regelungen u.a. zu: – Interessenkonflikte – Befangenheiten – Geschenkannahme – Verhalten bei Einladungen	Q	Vergabeprozess Container-Stapler und Rolle des Konzerneinkaufs, Bund 2011/3, TZ 21 Anti-Claimmanagement und Korruptionsbekämpfung bei Straßen- und Bahnbauprojekten, Bund 2012/2, TZ 36 (auch NÖ, OÖ, Stmk, W) Wilhelminenspital der Stadt Wien, Wien 2014/1, TZ 32 BEGAS Energie AG, Burgenland 2014/5, TZ 57 Alpine Ski WM 2013, Bund 2015/16, TZ 59 (auch alle Länder) Technische Betriebsführung und bauliche Erhaltungsmaßnahmen des AKH Wien, Wien 2014/8, TZ 66
342	Nebenbeschäftigung	Prävention; Definition von und Regelungen betreffend Nebenbeschäftigungen	Q	Anti-Claimmanagement und Korruptionsbekämpfung bei Straßen- und Bahnbauprojekten, Bund 2012/2, TZ 37 (auch NÖ, OÖ, Stmk, W) Wilhelminenspital der Stadt Wien, Wien 2014/1, TZ 33 Technische Betriebsführung und bauliche Erhaltungsmaßnahmen des AKH Wien, Wien 2014/3, TZ 67 KELAG Wärme GmbH, Kärnten 2016/1, TZ 54 (auch Bund, NÖ, T)

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
343	Interessenkonflikt	Prävention; Einfordern auch von Leermeldungen hinsichtlich potenzieller Interessenkonflikte	Q	Anti-Claimmanagement und Korruptionsbekämpfung bei Straßen- und Bahnbauprojekten, Bund 2012/2, TZ 36 (auch NÖ, OÖ, Stmk, W)
344	Vorteilszuwendung	Prävention; standardisiertes Genehmigungsregime für Vorteilszuwendungen	Q	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 22
345	Bindung Verhaltensregeln	Prävention; Bindung von Auftragnehmer an Verhaltensregeln	Q	KELAG Wärme GmbH, Kärnten 2016/1, TZ 52 (auch Bund, NÖ, T) BEGAS Energie AG, Burgenland 2014/5, TZ 57
346	Antikorruptionsklauseln	Prävention; Aufnahme von Antikorruptionsklauseln in Verträge	Q	KELAG Wärme GmbH, Kärnten 2016/1, TZ 52 (auch Bund, NÖ, T) BEGAS Energie AG, Burgenland 2014/5, TZ 5 Wilhelminenspital der Stadt Wien, Wien 2014/1, TZ 32
347	Schulungen	Prävention; Durchführung von Korruptionspräventionsschulungen	Q	KELAG Wärme GmbH, Kärnten 2016/1, TZ 57 (auch Bund, NÖ, T)
348	Mitarbeiterrotation	Prävention; Mitarbeiterrotation als Maßnahme zur Korruptionsprävention	Q	Anti-Claimmanagement und Korruptionsbekämpfung bei Straßen- und Bahnbauprojekten, Bund 2012/2, TZ 41 (auch NÖ, OÖ, Stmk, W)
349	Neuaufnahme von Personal	Prävention; Berücksichtigung von Korruptionspräventionsaspekten bei der Aufnahme von Mitarbeitern	Q	BEGAS Energie AG, Burgenland 2014/5, TZ 63 Technische Betriebsführung und bauliche Erhaltungsmaßnahmen des AKH Wien, Wien 2014/3, TZ 66

388

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
350	Vier-Augen-Prinzip	Prävention; Wahrung des Vier-Augen-Prinzips als Maßnahme zur Korruptionsprävention	Q	Wasserverband Millstätter See – Verbandsabwasserreinigungsanlage Spittal/Drau, Kärnten 2010/7, TZ 15 Vergabepaxis im BMI mit Schwerpunkt Digitalfunk, Bund 2013/2, TZ 14 f.
351	Hinweisgebersystem	Aufdecken; Einrichten von Hinweisgebersystemen (zur Meldung von Fehlverhalten, Missständen etc.) als Maßnahme zur Aufdeckung von Korruption	Q	Anti-Claimmanagement und Korruptionsbekämpfung bei Straßen- und Bahnbauprojekten, Bund 2012/2, TZ 41 (auch NÖ, OÖ, Stmk, W) GESIBA: Errichtung der Wohnhausanlage Bike&Swim, Wien 2015/2, TZ 34
352	Prüfung Interne Revision	Aufdecken; Regelmäßige und systematische Prüfungen der Internen Revision in sensiblen Bereichen als Maßnahme zur Aufdeckung von Korruption	Q	Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben in ausgewählten Ressorts BMVIT und BMWFW, Bund 2015/6, TZ 24
353	Reaktion bei Verstößen	Reaktion; Regelung von Konsequenzen bei Verstößen gegen Antikorruptionsrichtlinie	Q	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 22
8.5 Organisatorische Verantwortung				
354	Compliance-Verantwortlicher	Implementierung eines Compliance-Verantwortlichen	Q	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 22
355	Anti-Korruptionsstelle	Einrichtung einer Anti-Korruptionsstelle	Q	Vergabeprozess Container-Stapler und Rolle des Konzerneinkaufs, Bund 2011/3, TZ 21
356	Internen Revision	Einrichtung einer Internen Revision als Stabsstelle	Q	Interne Revisionen in ausgliederten Rechtsträgern des Bundes, Bund 2010/1, TZ 7 Vergabepaxis im BMI mit Schwerpunkt Digitalfunk, Bund 2013/2, TZ 6

RH
 6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
8.6 Kommunikation				
357	Informationszugang	Zugang zu Compliance-relevanten Informationen	Q	KELAG Wärme GmbH, Kärnten 2016/1, TZ 57 (auch Bund, NÖ, T)
8.7 Evaluierung/Verbesserung				
358	Evaluierung	Regelmäßige Evaluierung von Verhaltensrichtlinien	Q	Technische Betriebsführung und bauliche Erhaltungsmaßnahmen des AKH Wien, Wien 2014/3, TZ 66
9 Gleichstellung und Diversität				
9.1 Gender Pay Gap, Gender Pension Gap				
359	Einkommensunterschiede	Steuerrelevante Daten zum Einkommen von Frauen und Männern als Basis zur Verringerung der Einkommensunterschiede	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 23
360	Ausgewogener Personalstand	Geschlechtermäßige Ausgewogenheit im Personalstand durch: – bevorzugte Einstellung von Frauen bei gleicher Qualifikation (hier Verkehrsverbünde) – Erhöhung des männlichen Personalanteils (hier Pädagogische Hochschulen)	N	Verkehrsverbünde: Vergleich der Leistungen und der Finanzierung in Kärnten und Salzburg, Kärnten 2014/3, TZ 39 (auch S) Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 71
361	Gleichstellung in allen Entscheidungsebenen	Ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf allen Entscheidungsebenen	N	GESIBA: Errichtung der Wohnhausanlage Bike & Swim, Wien 2015/2, TZ 36 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds, Bund 2015/11, TZ 62
362	Frauenförderung bei Besetzungen	Förderung der weiblichen Bediensteten bei Personalbesetzungen	N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 11

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
363	Führungsfunktionen	Erhöhung des Anteils von Frauen in Leitungsfunktionen von Bund, Ländern, Universitäten, z.B. auf 50 % laut Frauenförderungsplan des Bundes	N	Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, Bund 2014/5, TZ 16 Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 20 Bezirkshauptmannschaften – Sprengelgrößen und Effizienz, Bund 2014/8, TZ 18 (auch St, NÖ) Frauenförderung an Universitäten, Bund 2011/8, TZ 6, 7, 12
364	Exekutivdienst	Erhöhung des Anteils von Frauen im Exekutivbereich	N	Bundeskriminalamt, Bund 2015/14, TZ 15
365	Aufsichtsorgane	Heben der Frauenquote in Aufsichtsorganen und Beiräten	N	Hypo Tirol Bank AG, Tirol 2014/5, TZ 6 Systematik der Steuerung ausgegliederter Einheiten und Beteiligungen, Bund 2013/7, TZ 20 (auch B, T, V, S) Alpine Ski WM, Bund 2015/16, TZ 62 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds, Bund 2015/11, TZ 38
366	Pensionsantrittsalter	Analyse des früheren Pensionsantritts von Frauen (hier im BMI und BMASK)	N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 10
367	Pensionsantrittsalter	Anreize für längeren Verbleib von Frauen im Erwerbsleben	N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 10
9.2 Gender Budgeting				
368	Genderdisaggregierte Daten	Genderdisaggregierte Darstellung der wichtigsten Kennzahlen in Budget, Tätigkeitsberichten etc.	Q	Salzburger PatientInnenentschädigungsfonds, Salzburg 2015/4, TZ 18

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
369	Genderspezifische Auswertungen von Maßnahmen	Regelmäßige genderspezifische Auswertungen zur Erfolgsmessung von Gleichstellungsmaßnahmen	Q	Gendergesundheit in Österreich, Bund 2015/3, TZ 23
370	Genderdisaggregierte Daten	Erhebung von genderspezifischen Unterschieden in budgetrelevanten Themen (hier Verkehrssicherheit, Strafvollzug)	Q	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds, Bund 2015/11, TZ 36 Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 8
371	Gleichstellungsrelevanz von Einnahmen	Prüfung nicht nur der Ausgaben, sondern auch der Einnahmen auf Gleichstellungsrelevanz	Q	Erschließung der Seestadt Aspern, Wien 2015/2, TZ 5
372	Genderspezifische Indikatoren und Zielgrößen	Erfolgsmessung von Gleichstellungszielen mit genderspezifischen Indikatoren und Zielgrößen	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 19
373	Ausgleichszulage: Gleichstellungsziel	Präzisierung des Gleichstellungsziels in den Angaben zur Wirkungsorientierung hinsichtlich Ausgleichszulage	N	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 36 bis 38
9.3 Gleichstellung in der Förderung				
374	Förderung von Athletinnen	Evaluierung der Gründe für die stärkere Förderung von männlichen Athleten gegenüber weiblichen	N	Spitzensportförderung und Maßnahmen im Zusammenhang mit Team Rot-Weiß-Rot, Bund 2012/1, TZ 9
375	Gendergerechte Fördervergabe	Gendersensible Evaluierung von Förderungen als Basis für eine gendergerechte Vergabe von Fördermitteln; ev. Gender Mainstreaming als Fördervoraussetzung	N	Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Bund 2015/16, TZ 61 Gendergesundheit in Österreich, Bund 2015/3, TZ 18
376	Gleichstellungsprüfungen	Gleichstellungsprüfungen bei jedem Förderprogramm; Verwendung der Auswertungen bei künftigen Programmen	N	Nationale Maßnahmen zum 7. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration, Bund 2014/10, TZ 34, 41

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
377	Genderziel bei Förderungsprogrammen	Festlegung von Genderzielen bei künftigen Wirtschaftsförderungsprogrammen und Einbeziehung von Genderexperten	N	Förderung für Kleinunternehmen durch Konjunkturpakete; ERP-Kleinkreditprogramm und Programme für die Länder Kärnten und Vorarlberg, Bund 2013/7, TZ 13
9.4 Gleichstellung als Querschnittsmaterie				
378	Regionalverkehr	Bei (Regional)Verkehrsplänen Berücksichtigung des unterschiedlichen Mobilitätsverhaltens von Frauen und Männern	Q	Verkehrsverbände: Vergleich der Leistungen und der Finanzierung in Kärnten und Salzburg, Bund 2014/11, TZ 8
379	Ländliche Entwicklung	Aufnahme von Strategien, Zielen und Maßnahmen zur Gleichstellung in Programme für die ländliche Entwicklung	Q	LEADER 2007 bis 2013, Bund 2012/7, TZ 157
380	Gesundheitsbericht	Gesamthafter Gesundheitsbericht, statt getrennter Berichte für Frauen und Männer	Q	Gendergesundheit in Österreich, Bund 2015/3, TZ 14
381	Suchtpräventionsstrategie	Berücksichtigung des Genderaspekts bei der Nationalen Suchtpräventionsstrategie	Q	Gendergesundheit in Österreich, Bund 2015/3, TZ 24
382	Frauenstrafvollzug	Strategie zum Frauenstrafvollzug; wirksame Steuerung im Sinn der Gleichstellung	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 26
9.5 Diversität				
383	Barrierefreiheit	Gewährleistung der baulichen Barrierefreiheit (hier in Hochschulen, Schulen, Polizei)	Q	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 75
384	Alltags- und frauengerechtes Bauen	Kriterienkatalog für alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen	Q	GESIBA: Errichtung der Wohnhausanlage Bike & Swim, Wien 2015/2, TZ 35
385	Gender Mainstreaming in der Wohnraumschaffung	Gender Mainstreaming (genderspezifische Sichtweise auf allen Ebenen) in der Planung, Umsetzung und Evaluierung von Wohnraum und sonstigen Bauvorhaben	Q	GESIBA: Errichtung der Wohnhausanlage Bike & Swim, Wien 2015/2, TZ 35 Generalsanierung und Erweiterung des Museums für zeitgenössische Kunst (21er Haus), Bund 2014/6, TZ 29 Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Bund 2015/16, TZ 63

Vorschläge des Rechnungshofes 6 RH

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
386	Geschlechterspezifische Analysen zu Bauvorhaben	Genderspezifische Analysen im Vorfeld von Bauvorhaben und Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen	Q	Salzburg Hauptbahnhof – Bahnhofsumbau, Bund 2015/16, TZ 29
387	Berufliche Rehabilitation	Aufgabenteilung sowie Reduktion der Ansprechpartner bei beruflicher Rehabilitation	Q	Sozialabteilung der Landesregierung Steiermark und Bundessozialamt – Koordination und Parallelität, Steiermark 2012/7, TZ 4, 5
388	Behinderung: zentrale Ansprechstelle	Zentrale Ansprechstelle zum Thema Behinderung	Q	Sozialabteilung der Landesregierung Steiermark und Bundessozialamt – Koordination und Parallelität, Steiermark 2012/7, TZ 22
389	Bildung von Migrantinnen und Migranten	Abstimmung der Förderungen von Schülern mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen des Bildungssystems	Q	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 10
390	Bildung von Migrantinnen und Migranten	Messbare Ziele und Indikatoren für Fördermaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund	Q	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 8
391	Bildung von Migrantinnen und Migranten	Längerfristige Ausrichtung der Maßnahme Sprachförderkurse für Schüler mit Migrationshintergrund	N	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 19
392	Bildung von Migrantinnen und Migranten; Ausbildung Lehrpersonal	Einheitliche und verpflichtende Aus- und Weiterbildung für Lehrpersonen im geförderten Deutschunterricht	Q	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 21
9.6 Bewusstseins-schaffung für Gleichstellung und Diversität				
393	Bewusstseins-schaffung	Verpflichtende Teilnahme aller Bediensteten im Frauenstrafvollzug am Modul „Strafvollzug an weiblichen Insassen“	Q	Gleichstellungsziel, Gleichstellungsmaßnahmen und Indikatoren im BMJ, Bund 2015/12, TZ 24
10 Personalmanagement im öffentlichen Dienst				
394	Dienst- und Besoldungsrecht	Erarbeitung eines modernen und leistungsorientierten Dienst- und Besoldungsrechts, u.a. – Abstrahierung der Arbeitsplatzanforderungen – Abkehr vom reinen Vorbildungsprinzip – vollständiger Entfall aller Zulagen und weitgehender Entfall der Nebengebühren – leistungsorientiertes Personalwesen	Q, N	Dienstrechtsreform sowie Zulagen und Nebengebühren der Landesbediensteten, Niederösterreich 2011/8, TZ 29

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
395	Personalplanung	Analyse und Optimierung des Personaleinsatzes in Hinblick auf die Nutzung von Synergieeffekten	EF, ES, Q, N	Stadtgemeinde St. Veit/Glan, Kärnten 2013/7, TZ 66 Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 13, 4
396	Flexibilisierung	Einsatz strategischer Instrumente zur Flexibilisierung und Modernisierung des Mitarbeitereinsatzes	EF	Personalmaßnahmen im Rahmen der Reorganisation der Österreichischen Post AG, Bund 2014/6, TZ 5
397	Belohnungen	Belohnungen in Form von Einmalzahlungen nur aufgrund von außerordentlichen Leistungen	ES, Q	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 38
398	Leistungsprämien	Vereinbarungen im Voraus über exakt definierte, messbare Ziele für Leistungsprämien	ES, Q	Burgenländischer Müllverband und Tochterunternehmen, Burgenland 2014/7, TZ 16
399	Mehrleistungszulagen	Mehrleistungszulagen für Mitarbeiter der Universitäten nur in einem angemessenen Verhältnis zum Grundbezug	ES, Q	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 24
400	Überstunden	Eindämmung der hohen Überstundenkosten durch organisatorische Maßnahmen	EF, ES	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 40
401	Zeiterfassung	Einsatz des IT-Tools ESS (Zeiterfassung) in allen Dienststellen des Bundes	EF, ES	Prüfung der Personalverrechnung des Bundes gemäß § 9 RHG 1948, BRA 2013, TZ 17
402	Dienstreisen; Reisezeit und Reisegebühren	Anspruch auf eine (anteilige) Tagesgebühr erst ab einer Reisezeit von mehr als fünf Stunden – analog zur Reisegebührenvorschrift des Bundes	ES	Reisegebührenvorschriften der Länder Burgenland, Oberösterreich und Tirol, Oberösterreich 2012/1, TZ 15, 17
403	Dienstreisen; Nächtigungskosten	Festlegung der maßgebenden Kriterien für die Vergütung höherer als der grundsätzlich vorgesehenen Nächtigungskosten	ES	Reisegebührenvorschriften der Länder Burgenland, Oberösterreich und Tirol, Oberösterreich 2012/1, TZ 20
404	Dienstreisen; Bonusmeilen	Verwendung von aus Dienstreisen gesammelten Bonusmeilen ausschließlich für weitere Dienstreisen	ES, N	Reisegebührenvorschriften der Länder Burgenland, Oberösterreich und Tirol, Oberösterreich 2012/1, TZ 32

Vorschläge des Rechnungshofes 6 RH

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
405	Dienstreisen; Pauschalierung	Pauschale Abgeltung von Reisegebühren in Fällen regelmäßig wiederkehrender Dienstreisen	EF	Reisegebührenvorschriften der Länder Burgenland, Oberösterreich und Tirol, Oberösterreich 2012/1, TZ 27
406	Eigene Leistungserbringung versus Leistungszukauf	Entscheidung über das Verhältnis von eigener Leistungserbringung und Leistungszukauf nach Abwägung der mittel- und längerfristigen Vor- und Nachteile (Kosten und Risiken) sowie unter Bedachtnahme auf nicht delegierbare Letztverantwortungen und finanzielles Risiko	EF, Q, N	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 18
407	Eigene Leistungserbringung versus Leistungszukauf	Beschränkung des Einsatzes externer Dienstleister vorrangig auf temporäre Kapazitätsmängel, Arbeitsspitzen sowie temporär benötigte Qualifikationen	EF, ES, Q, N	Europäischer Sozialfonds (ESF) – Prüfbehörde, Bund 2015/15, TZ 18
408	Personalmobilität	Erhöhung der Personalmobilität im Bund durch: – strategische Vorgaben und Ziele – Maßnahmenpaket zur Förderung der Personalmobilität – Information des BKA über Personalüberhänge in den Ressorts	EF, ES, N	Maßnahmen zur Förderung der Personalmobilität im Bundesdienst, Bund 2014/6, TZ 2, 3, 10, 11
409	Dienstzuteilungen	Versetzungen anstatt Dienstzuteilungen bei einem nicht nur vorübergehend bestehenden Personalbedarf	ES	Außendienstpräsenz der Wiener Polizei, Bund 2010/11, TZ 9
410	Ausbildungskonzepte	Regelmäßige Überprüfung der Aktualität von Ausbildungskonzepten	Q, N	Ärzteausbildung, Niederösterreich 2015/5, TZ 26
411	Einsatz von Dienstnehmern; Flexibilität	Vermeidung von Kollektivverträgen oder Betriebsvereinbarungen, die eine Flexibilität des Einsatzes der Dienstnehmer und den Abbau von Mehrleistungen behindern (am Beispiel Vereinigte Bühnen Graz)	EF, ES	Stadt Graz, Steiermark 2004/1, TZ 12
11 Pensionen				
11.1 Pensionsharmonisierung				
412	Harmonisierung Beamtenpensionen der Länder	Reformen im Beamtenpensionsrecht von Tirol und Wien insbesondere mit: – Einführung eines Pensionskontos nach Art des APG zur Pensionsberechnung – Anwendung der Parallelrechnung von reformiertem Pensionsrecht und Pensionskonto	ES	Reformen der Beamtenpensionssysteme des Bundes und der Länder, Bund 2009/10, TZ 51 bis 54, 60 bis 63

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
413	Pensionsharmonisierung Sozialversicherungsträger	Harmonisierung des Pensionssystems der Sozialversicherungsträger mit ASVG und Bundesbeamten durch: – sozial gestaffelte Erhöhung des Pensionssicherungsbeitrags (auf 6,6 % bzw. 9,9 %) – Entfall des 0 %- bis 7 %- bzw. 13 %-Verlustdeckels – 80 %-Grenze für die Gesamtpension für alle Bediensteten – Berechnung des Steigerungsbetrags der fiktiven ASVG-Pension auch beim Akademiker im Gesamtausmaß von bis zu 35 Jahren	ES	Pensionsrecht der Bediensteten der Sozialversicherungen, Bund 2012/10, TZ 22 und Follow-up dazu Bund 2016/1, TZ 5
414	Angleichung ORF-Pension an ASVG	Angleichung der ORF-Pensionsbestimmungen an das ASVG-Pensionssystem	EF, ES	Österreichischer Rundfunk, Bund 2009/2, TZ 49 und Follow-up dazu Bund 2012/12, TZ 46
415	Pensionsharmonisierung ÖBB; Pensionssicherungsbeitrag	Bundesbahn-Pensionsgesetz: Ersatz der jährlich sinkenden prozentuellen Werte der Pensionssicherungsbeiträge durch den Wert des Jahres 2014	ES	Pensionsrecht der Bediensteten der ÖBB, Bund 2015/4, TZ 9
416	Pensionsharmonisierung ÖBB: Abschläge	Bundesbahn-Pensionsgesetz, Rechtslage 2003: bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung Abschläge von 3,75 % pro Jahr gegenüber einem Pensionalter von 58 Jahren und Deckelung der Abschläge mit 15 %	ES	Pensionsrecht der Bediensteten der ÖBB, Bund 2015/4, TZ 24
417	Pensionsharmonisierung ÖBB; Nebengebühren	Bundesbahn-Pensionsgesetz: Werte aus 2014 für die Ermittlung von Nebengebührendurchschnittssatz und Nebengebührenzulage der ÖBB-Pensionen statt jährliche Anhebung	ES	Pensionsrecht der Bediensteten der ÖBB, Bund 2015/4, TZ 17
418	Pensionsharmonisierung ÖBB; Verlustdeckel	Bundesbahn-Pensionsgesetz: Reduktion der Anwartschaft auf 7 %-Verlustdeckel auf jene Bundesbahnbeamten, die zum 30. Juni 2021 Anspruch auf eine Alterspension Rechtslage 2004 hätten; zum Ausgleich Reduktion der Pensionssicherungsbeiträge ab 2015 für jene Geburtsjahrgänge (bspw. 1961 bis 1967), die bisher unter der Annahme der Gewährung des 7 %-Verlustdeckels erhöhte Pensionssicherungsbeiträge geleistet hatten	ES	Pensionsrecht der Bediensteten der ÖBB, Bund 2015/4, TZ 9, 24
419	Pensionsharmonisierung Landeslehrer; Dienstgeberbeiträge	Landeslehrer: Sicherstellung von Dienstgeberbeiträgen zur Pensionsversicherung für alle Landeslehrer	ES	Zahlungsströme im Zusammenhang mit bundesfinanzierten Pensionen, Bund 2014/5, TZ 34
420	OeNB: Verminderung Deckungslücke	Nachhaltige Verminderung einer allfälligen Deckungslücke der Pensionsreserve der OeNB	ES	Oesterreichische Nationalbank – Gold- und Pensionsreserven, Jubiläumsfonds sowie Sozialleistungen, Bund 2015/3, TZ 35

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
421	OeNB: Schlusspensionskassenbeitrag	Berechnung der Vergleichspension für den Schlusspensionskassenbeitrag der OeNB-Bediensteten der Dienstbestimmungen III nach den neuen Bestimmungen der OeNB-Pensionshöhe der Dienstbestimmungen II	ES	Pensionsrecht der Bediensteten der Oesterreichischen Nationalbank, Bund 2014/6, TZ 22
422	OeNB: Witwenpension	Neuberechnung der OeNB-Witwenpension durch: – Verwendung der Pensionshöhe des Verstorbenen als Berechnungsgrundlage – einheitlich 60 % als maximal möglichem Prozentsatz der Witwenpension – Berücksichtigung des Eigeneinkommens des überlebenden Ehegatten	ES	Pensionsrecht der Bediensteten der Oesterreichischen Nationalbank, Bund 2014/6, TZ 33
11.2 Pensionsantrittsalter				
423	Pensionsantrittsalter: Heranführen des faktischen an das gesetzliche	Erhöhung des Pensionsantrittsalters durch: – klare Zielgrößen – gezielte Maßnahmen und Anreize – Beseitigung der Anreize für eine vorzeitige Pensionierung – Verankerung der Verlängerung der Erwerbsdauer in der Personalentwicklung – Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheit und Leistungsfähigkeit	ES, N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 37
424	Pensionsantrittsalter: Heranführen des faktischen an das gesetzliche	Eindämmung der Dienstunfähigkeitspension durch: – konzernweite Prüfung der Weiterverwendungsmöglichkeiten von Bediensteten vor Ruhestandsversetzung – Auswertung der Ursachen – Prüfung der Auswirkungen der unterschiedlichen Berechnung von Rehabilitationsgeld und Berufsunfähigkeitspension auf Pensionsantrittsalter	ES, N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 13 Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 32 Ruhestandsversetzungen bei den ÖBB; Follow-up-Überprüfung, Bund 2007/15, TZ 9
425	Pensionsantrittsalter: Prävention und Rehabilitation	Verstärkte Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation zur Unterstützung der Bemühungen zur Anhebung des Pensionsantrittsalters	ES, N	Einführung des Pensionskontos, Bund 2011/8, TZ 17

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
11.3 Steuerung, Aufsicht und Administration				
426	IKS bei PV-Trägern	Einführung eines IKS im Sinne der internationalen Standards bei den Pensionsversicherungsträgern	N, Q	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 17, 24
427	Zusammenführen von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung	Zusammenführung der legislativen, budgetären und organisatorischen Verantwortung für die Untergliederung 23	EF, Q	Zahlungsströme im Zusammenhang mit bundesfinanzierten Pensionen, Bund 2014/5, TZ 48 Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 33 Pensionsrecht der Bediensteten der ÖBB, Bund 2015/4, TZ 18
428	Steuerung; Ausweis Pensionszahlungen	Ausweis der Pensionszahlungen für die Hoheitsverwaltung des Bundes bis zum Erreichen des Regelpensionsantrittsalters pro Ressort	ES, N, Q	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 36
429	Steuerung; Ausgleichszulage in Langfristberechnung	Miteinbeziehung der Ausgleichszulage in die Berechnungen der langfristigen Pensionsaufwendungen des Bundes	ES, N, Q	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 27
430	Steuerung; Analyse Finanzierungsanteil	Sachliche Analyse der Unterschiede im öffentlichen Finanzierungsanteil zwischen den einzelnen Pensionsversicherungsträgern	ES, N	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 42
431	Wirkungsorientierung	Nutzung der bei den Pensionsversicherungsträgern gespeicherten Daten zur Unterstützung der Wirkungsorientierung	EF, ES	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 40
432	Einheitliche Auszahlungsstelle	Übertragung der bundesseitigen Pensionsauszahlungen für Landeslehrer und Beamte der ÖBB und Post an das BVA-Pensionservice	EF, ES, Q	Zahlungsströme im Zusammenhang mit bundesfinanzierten Pensionen, Bund 2014/5, TZ 26

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
11.4 Ausgleichszulage				
433	Strategie	Entwicklung einer längerfristigen Strategie zur Ausgleichszulage, unter Berücksichtigung von – Kaufkraft, Pensionshöhe – Treffsicherheit – übrigen Sozialleistungen – Wirkungsorientierung – verschiedenen Berufsgruppen	N	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 27 bis 43
434	Datenaustausch	Nutzung des elektronischen Datenaustausches innerhalb der Sozialversicherung und mit anderen Stellen	ES, ES	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 34
435	Finanzierung	Dauerhafte Finanzierungslösung für die Ausgleichszulage im Sinne eines aufgabenorientierten Finanzausgleichs	ES, N	Gewährung von Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung, Bund 2015/9, TZ 28
12 Steuern, Gebühren und Abgabenverwaltung				
12.1 Komplexität des Steuer- und Abgabenrechts				
436	Steuerrecht, Vereinfachung	Transparente, einfache und verständliche Gestaltung des Steuerrechts	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 9, 11, 13
437	Steuerrecht, Vereinfachung	Möglichst klare und eindeutig anwendbare Formulierung von Steuerrechtsbestimmungen (z.B. im Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerrecht, zur Gemeinnützigkeit in der Bundesabgabenordnung und im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz)	EF, ES, Q, N	Gemeinnützigkeit im Steuerrecht, Bund 2015/15, TZ 2 Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 12 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 15

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
438	Steuerrecht, Vereinfachung	Kritisches Durchforsten bestehender Begünstigungen im Steuerrecht; Evaluierung der Begünstigungen mit dem Ziel eines transparenten, einfachen und verständlichen Steuerrechts	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 9 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 8
439	Steuerrecht; elektronische Umsetzung	Sicherstellen – unter Kosten-Nutzen-Abwägung – der rechtzeitigen und möglichst einfachen elektronischen Umsetzung von (neuen) Steuervorschriften	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 15
440	Steuerliche Begünstigung, Gesamtkonzept	Gesamtkonzept, wann, wie und mit welchen Instrumenten die Zielerreichung, die Wirkungen und die Treffsicherheit der Steuerbegünstigungen zu untersuchen sind	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 9; Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 5
441	Evaluierung von Steuerbegünstigungen	Regelmäßige und umfassende Evaluierungen, Erfolgskontrollen und Wirkungsanalysen von Steuerbegünstigungen, insbesondere zu: – Erforderlichkeit der Beibehaltung der Begünstigung – Erreichungsgrad der beabsichtigten Wirkungen – Angemessenheit des Verhältnisses von Verwaltungsaufwand zu Ergebnissen – Möglichkeiten zur Verhinderung von unbeabsichtigten Nebenwirkungen	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 9
442	Evaluierungsbericht zu Steuerbegünstigungen	Umfassende Berichterstattung an Nationalrat über Evaluierungsergebnisse zu Steuerbegünstigungen	ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 9

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
443	Ziel und Indikatoren für Steuerbegünstigungen	Festlegung qualitativer und quantitativer, eindeutiger Zielvorgaben mit messbaren Indikatoren für Steuerbegünstigungen	EF, ES, Q, N	Gemeinnützigkeit im Steuerrecht Bund 2015/15, TZ 5 Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 8 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 5
444	Definition Steuerbegünstigung	Umfassende, detaillierte und verbindliche Definition des Begriffs der steuerlichen Begünstigung	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 2 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 2
445	Befristung von Steuerbegünstigungen	Befristung von Steuerbegünstigungen samt regelmäßigen Erfolgskontrollen; jedenfalls vor allfälliger Verlängerung Evaluierungen der Notwendigkeit der Begünstigung zur Zielerreichung	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 5 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 4, 5, 6, 10
446	Gruppenbesteuerung	Evaluierung des Systems der Gruppenbesteuerung inkl. Kosten-Nutzen-Analyse im Hinblick auf: – das damit verbundene Abgabenrisiko – den hohen Verwaltungsaufwand	EF, ES, Q, N	Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 10
447	Abgabenausfallsrisiko	Identifizierung und Analyse des in Zusammenhang mit der hohen Komplexität des Steuerrechts stehenden Abgabenausfallsrisikos; Setzung von Gegenmaßnahmen	EF, ES, Q, N	Risikomanagement in der Finanzverwaltung, Bund 2014/14, TZ 14

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
448	GPLA; Bemessungsgrundlage	Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen der von der GPLA (= Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben) betroffenen Abgaben und Beiträge	EF, ES, Q, N	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 43 Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA); Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/3, TZ 2
449	GPLA; Beitragsgruppen	Evaluierung, Reduzierung und Vereinfachung der Beitragsgruppen im Bereich der Sozialversicherung	EF, ES, Q, N	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 43
450	GPLA; Verfahrensvorschriften	Aktuelle und gleichlautende Verfahrensvorschriften für die GPLA	EF, ES, Q, N	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 5
12.2 Risiken der Abgabeneinhebung				
451	Risikoanalyse	Erstellung und regelmäßige Erneuerung einer umfassenden Risikoanalyse des Abgabenausfallsrisikos	EF, ES, Q, N	Risikomanagement in der Finanzverwaltung, Bund 2014/14, TZ 6
452	Definition der Risiken	Definition der ressortspezifischen Risiken der Finanzverwaltung; geeignete Maßnahmen zu deren Bekämpfung	EF, ES, Q, N	Risikomanagement in der Finanzverwaltung, Bund 2014/14, TZ 5
453	Wirkungen Risikostrategie	Regelmäßige Evaluierung der Wirkungen der Risikostrategie in der Finanzverwaltung	EF, Q, N	Risikomanagement in der Finanzverwaltung, Bund 2014/14, TZ 5
454	Risikobekämpfung	Erarbeitung des für eine zuverlässige Risikobekämpfung in der Finanzverwaltung erforderlichen Systems hinsichtlich: – Auswahl der Fälle – Qualität und Intensität der Fallbearbeitung – erforderliches Personal – IT	EF, ES, Q, N	Risikomanagement in der Finanzverwaltung, Bund 2014/14, TZ 6 Bekämpfung des Abgabebetrgs mit dem Schwerpunkt Steuerfahndung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 8
455	Steuerfahndung	Risikomanagementkonzept für die Steuerfahndung; Einbindung in IT-Lösung der Finanzverwaltung	EF, ES, Q, N	Bekämpfung des Abgabebetrgs mit dem Schwerpunkt Steuerfahndung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 8
456	Forderungsmanagement	Strukturiertes Gesamtkonzept für ein aktives Forderungsmanagement	EF, ES, Q, N	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 22

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
457	Einbringlichkeit von Abgabenvorschreibungen	Verbesserung der Einbringlichkeit von Abgabenvorschreibungen durch: – verbesserte Risikoanalysen zur Erkennung von Hochrisikofällen, – zeitnähere Außenprüfungsmaßnahmen – vermehrte Außenprüfungsmaßnahmen	EF, ES, Q, N	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 13
458	Minimierung Abgabenausfall	Minimierung des Abgabenausfallsrisikos durch – ehestmögliche, durchgängige Haftungsverfahren – Sicherheitsleistung von Abgabepflichtigen – standardisierte, tiefergehende Analysen der Löschungen und Gesamtrückstände – Bonitätsbewertung für eine Risikobeurteilung – standardisierte Risikoeinstufung der aktuellen Abgabenrückstände – Erfassung in den Grunddaten, wenn ein Abgabepflichtiger auch in einem anderen Abgabensachverhalt als Beteiligter vorkam – restriktivere Genehmigung der Aussetzung der Einhebung – risikoorientierter Personaleinsatz	EF, ES, Q, N	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 8, 11, 12, 15, 22, 29
459	Umsatzsteuerbetrug	Hoher Stellenwert für Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung bzw. Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung	EF, ES, Q, N	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 14
460	Umsatzsteuerbetrug; Strategie	Gesamtstrategie für die Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug samt qualitativer und quantitativer Zielvorgaben	EF, ES, Q, N	Eurofisc, Bund 2015/11, TZ 18
461	Umsatzsteuer; Voranmeldung	Hinwirken auf einheitlichen Voranmeldungszeitraum (ein Monat) für die Umsatzsteuervoranmeldung	ES, Q	Neuaufnahmen, Vergabe und Löschung von Steuernummern und Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, Bund 2014/1, TZ 23
462	Umsatzsteuer; Insolvenzverfahren	Erwirken des Ausschlusses der Umsatzsteuer vom Anfechtungsrisiko im Insolvenzverfahren	ES	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 14

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
12.3 Personaleinsatz				
463	Personalbedarfserhebung	Vornahme einer risikoorientierten Personalbedarfserhebung	EF, ES, Q, N	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 29 Risikomanagement in der Finanzverwaltung, Bund 2014/14, TZ 29 Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA); Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/3, TZ 8 Bekämpfung des Abgabenbetrugs mit dem Schwerpunkt Steuerfahndung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 4
464	Leistungsziele	Überarbeitung, Weiterentwicklung und Ergänzung der Leistungsziele für die Abgabensicherung; u.a. mit folgenden Kennzahlen: – erledigte Einbringungsakten – Entwicklung der Einbringungsakten im Verhältnis zu Personalressourcen – Entwicklung der offenen Einbringungsakten – Entwicklung des Rückstandsabbaus	EF, ES, Q	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 28
465	Analyse unterschiedlicher Arbeitsweisen	Analyse der unterschiedlichen Arbeitsweisen in den Finanzämtern; Ermittlung von Best-practice-Methoden	EF, ES, Q, N	Neuaufnahmen, Vergabe und Löschung von Steuernummern und Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, Bund 2014/1, TZ 26
466	Bündelung Spezialwissen	Bündelung des Spezialwissens im Steuer- und Abgabewesen durch: – GPLA-Fachexperten je Bundesland bzw. Region – Zuständigkeit für Gruppenbesteuerung bei einem Finanzamt bundesweit oder je Region – Konzentration der Zuständigkeit für Vereine (Gemeinnützigkeit) auf wenige BV-Teams je Finanzamt – Zuständigkeit für Gemeinnützige Bauvereinigungen bei nur einem BV-Team je Finanzamt	EF, Q	Gemeinnützigkeit im Steuerrecht, Bund 2015/15, TZ 9, 12 Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 13 Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 8, 9

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
467	Personal Steuerfahndung	Erhöhung der Personalressourcen der Steuerfahndung bzw. Umschichtung aus anderen Bereichen der Verwaltung	EF, Q	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 29 Bekämpfung des Abgabenbetrugs mit dem Schwerpunkt Steuerfahndung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 3
468	Rotation der Prüfungsfälle	Regional ausgewogene Verteilung von Prüfern in der GPLA und Rotation der Prüfungsfälle	EF, ES, Q	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 32
469	Arbeitsauslastung Finanzämter	Personalbedarfserhebung; darauf aufbauend Erwirken einer gleichmäßigen Besteuerung durch eine bundesweit ausgewogene Arbeitsauslastung in den Finanzämtern bei Bearbeitung und Kontrolle von Steuerfällen	EF, Q	Risikomanagement in der Finanzverwaltung, Bund 2014/14, TZ 19 Betriebsveranlagung, Bund 2007/12, TZ 6 Arbeitnehmerveranlagung, Bund 2007/6, TZ 4
12.4 IT-Unterstützung				
470	IT-Gesamtkonzept	Steuerfahndung; Schaffung eines zentralen IT-Gesamtkonzepts der Finanzverwaltung; darauf aufbauend umfassende Softwarelösung statt IT-Insellösungen	EF, ES, Q	Bekämpfung des Abgabenbetrugs mit dem Schwerpunkt Steuerfahndung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 7
471	Unterbinden von Verzögerungen	Verzögerungsfreie IT-Unterstützung zur Erhebung von Abgaben	EF, Q	Neuaufnahmen, Vergabe und Löschung von Steuernummern und Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, Bund 2014/1, TZ 25
472	Elektronische Anträge; Verlustdatenbank	IT-Unterstützung im Einkommensteuerrecht durch: – elektronische Anträge auf Gewährung sämtlicher Prämien – Verlustdatenbank	EF, Q	Transparenz von Begünstigungen im Einkommensteuerrecht, Bund 2013/3, TZ 17
473	Verknüpfung von Daten	Abbildung inhaltlicher oder personeller Verbindungen verschiedener Steuersubjekte und des daraus resultierenden abgabenrechtlichen Risikos in der IT	EF, Q	Löschung von Abgabenrückständen, Bund 2016/2, TZ 8
474	Datenaustausch	Automatisierter Informationsfluss aus dem zentralen Gewereregister zu den Finanzämtern	EF, Q	Neuaufnahmen, Vergabe und Löschung von Steuernummern und Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, Bund 2014/1, TZ 18

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
475	Eurofisc	Zentrale Datenbanklösung innerhalb des europaweiten Eurofisc-Netzwerks gegen Umsatzsteuerbetrug	EF, Q	Eurofisc, Bund 2015/11, TZ 13
476	FinanzOnline und Gruppenbesteuerung	Weitestmögliche Verknüpfung von FinanzOnline mit dem P-Verfahren der Gruppenbesteuerung	EF, Q	Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 15
477	Elektronische Prüfroutinen	Programmierung elektronischer Prüfroutinen in Finanzverfahren	EF, Q	Transparenz von Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht mit dem Schwerpunkt Gruppenbesteuerung, Bund 2013/6, TZ 15
12.5 Behördenübergreifende Zusammenarbeit				
478	GPLA; Informationsvernetzung	Informationsvernetzung in der GPLA zwischen Krankenversicherungsträger und Finanzverwaltung durch: – uneingeschränkter Zugang der jeweils anderen Institution auf Prüfungsprozess-Daten – gemeinsames Archiv – Heranziehen des mit der GPLA befassten Prüfers bei Prüfungsberichtigungen und Berufungen – Information der jeweils anderen Institution vom Ausgang der Rechtsmittelverfahren	EF, ES, Q, N	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/3, TZ 6 Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 15, 19, 22, 24
479	GPLA; Prüfverwaltungsprogramm	Einbau grundlegender Informationen aus der Abgaben- und Beitragseinhebung in das Prüfverwaltungsprogramm der GPLA	EF, Q	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 42
480	GPLA; Analogie zu Fachbereich Lohnsteuer	Einrichtung einer Funktion bei Krankenversicherungsträgern, die dem bundesweiten Fachbereich Lohnsteuer der Finanzverwaltung entspricht	EF, Q	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 9
481	GPLA; gemischte Teams	Forcierung gemischter Teamprüfungen bei Großbetrieben, bei Vorliegen komplexer Sachverhalte sowie im Zusammenhang mit Prüffällen der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB)	EF, ES, Q	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA); Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/3, TZ 5

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
482	GPLA; gemischte Teams	Evaluierung des Nutzens der gemischten Teamprüfungen	EF, ES, Q	Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/3, TZ 4 Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA), Bund 2012/6, TZ 36
483	Gemeinnützige Bauvereinigungen	Gemeinnützigkeit von Bauvereinigungen: stärkere Zusammenarbeit zwischen Abgabenverwaltung und Ämtern der Landesregierungen	EF, ES, Q	Gemeinnützigkeit im Steuerrecht, Bund 2015/15, TZ 10
12.6 Kommunale Gebührenhaushalte				
484	Reduktion Belastung Gebührenzahler	Ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen, um die Belastung der Gebührenzahler gering zu halten	EF, ES, Q, N	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 7
485	Kostenkalkulation	Bemessung der Gebührenhöhe für die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung an den Kosten, die zur Sicherstellung der langfristigen Leistungserbringung unbedingt erforderlichen sind	EF, ES, Q, N	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 64 Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim mit Schwerpunkt Wasser-, Abwasser- und Müllabgaben, Oberösterreich 2015/4, TZ 38, 45 und 56
486	Rücklage	Zuführung allfälliger Überschüsse aus dem Gebührenhaushalt in eine zweckgebundene Rücklage	EF, ES, Q, N	Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Niederösterreich 2015/9, TZ 64
487	Zweckgebundene Verwendung	Zweckgebundene Verwendung von Überschüssen aus den Gebührenhaushalten	EF, ES, Q, N	Stadt Bludenz, Vorarlberg 2013/6, TZ 67
488	Rückführung von Gewinnentnahmen	Rückführung zwischenzeitlich anderweitig verwendeter Überschüsse des Gebührenhaushalts innerhalb von zehn Jahren	EF, ES, Q, N	Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim mit Schwerpunkt Wasser-, Abwasser- und Müllabgaben, Oberösterreich 2015/4, TZ 7 Stadt Bludenz, Vorarlberg 2013/6, TZ 67

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
489	Rückführung von Gewinnentnahmen	Statt Darlehensaufnahmen im Gebührenhaushalt Rückführung von an allgemeinen Haushalt „entliehenen“ Überschüssen	EF, ES, Q, N	Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim mit Schwerpunkt Wasser-, Abwasser- und Müllabgaben, Oberösterreich 2015/4, TZ 7
13 Bildung				
13.1 Strukturreformen				
490	Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung	Konzentration der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung in Hinblick auf eine Strukturbereinigung im Schulwesen, insbesondere im Bereich der Landeslehrer	EF	Finanzierung der Landeslehrer, Bund 2012/4, TZ 2, 5, 17, 19, 20 (auch K, NÖ, S) Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 9 Modellversuche Neue Mittelschule, Bund 2013/12, TZ 32, 43, 47 Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 28 (auch OÖ, St) Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen, Bund 2014/14, TZ 4, 13 Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 2 (auch OÖ, T)
491	Schulverwaltung; Reorganisation Landesschulräte	Reorganisation der Landesschulräte: Abschaffung der politischen Doppelspitze (Präsident/amtsführender Präsident); Einrichtung eines monokratischen Systems mit einem Bundesbediensteten als Behördenleiter, Abschaffung der Funktion des Vizepräsidenten sowie der Kollegien	EF	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte, Bund 2015/13, TZ 4, 8, 11 (auch OÖ, T)
492	Schulverwaltung; Bildungsregionen	Fortführung Konzentrationsprozess in Richtung Schaffung von Bildungsregionen; Evaluation der Auslastung des Personals; Nutzung von Synergiepotenzialen	EF, ES	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte, Bund 2015/13, TZ 21, 38 (auch OÖ, T)

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
493	Reformbedarf land- und forstwirtschaftliches Schulwesen	Einbeziehung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens in umfassende Gesamtreform des österreichischen Schulwesens unter besonderer Berücksichtigung der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrpersonen	EF, ES	Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen, Bund 2011/9, TZ 5 (auch OÖ, St, T) Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 4
13.2 Schulverwaltung allgemein				
494	Schulaufsicht; Leitungsfunktionen; Objektivierungsverfahren	Einführung eines einheitlichen Objektivierungsverfahrens zur Erstellung von Besetzungsvorschlägen für schulische Leitungsfunktionen und für die Schulaufsicht	Q	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte, Bund 2015/13, TZ 12, 15 (auch OÖ, T)
495	Schüler mit Migrationshintergrund; Koordination der Förderungsmaßnahmen	Verbesserung der Abstimmung und Steuerung der Aktivitäten zur Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund auf unterschiedlichen Ebenen des Bildungssystems	EF, N, Q	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 10
496	Schulverwaltung; Reorganisation BMBF	Reorganisation BMBF im Sinne einer Zusammenführung inhaltlich gleich gelagerter Aufgaben	EF	Controlling im Bundesschulwesen, Bund 2011/1, TZ 5
497	Schulverwaltung; Reorganisation BMBF	Einrichtung einer Stabstelle der Bundesministerin zur zentralen Koordination und Steuerung sämtlicher Controllingaufgaben	EF	Controlling im Bundesschulwesen, Bund 2011/1, TZ 5
498	Schulverwaltung; Reorganisation BMBF	Aufgabenbündelung im Zusammenhang mit den Pädagogischen Hochschulen im BMBF zur besseren Koordination der involvierten Fachabteilungen bzw. Sektionen; Gewährleistung einer einheitlichen Vorgehensweise der einzelnen Stellen	EF	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 10
499	Schulverwaltung; Straffung Verwaltungsstrukturen Ämter der Landesregierungen	Straffung der Verwaltungsstrukturen in den Ämtern der Landesregierungen (festgestellt am Beispiel der land- und forstwirtschaftlichen Schulen)	EF	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 10
500	Schulverwaltung; Auslandsschulwesen	Konzentration der Aufgaben des Auslandsschulwesens und Schaffung einer Koordinationskompetenz; bessere Nutzung der Auslandserfahrung als Ressource für das österreichische Schulsystem	EF, ES, Q	Einsatz von österreichischen Lehrern im Ausland (Auslandsschulwesen), Bund 2008/7, TZ 6
13.3 Personalsteuerung und Controlling				
501	Schulverwaltung; Benchmarks	Entwicklung von aussagekräftigen Benchmarks und Kenndaten für die Bildungsausgaben der verschiedenen Schulsysteme für detaillierte Vergleiche und zur Entgegenwirkung von Kostentreibern	EF, ES, N	Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen, Bund 2011/9, TZ 8 (auch OÖ, St, T)

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
502	Sekundarstufe I; Mitteleinsatz	Eingehende Analyse des Mitteleinsatzes in der Sekundarstufe I unter Berücksichtigung langfristiger Wirkungen und Folgekosten	EF, ES, N	Modellversuche Neue Mittelschule, Bund 2013/12, TZ 32, 48
503	Landeschulräte; Kosten- und Leistungsrechnung	Einführung einer angemessenen Kosten- und Leistungsrechnung in den Landeschulräten	EF	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landeschulräte, Bund 2015/13, TZ 26, 11 (auch OÖ, T)
504	Schulverwaltung; IKS	Aufbauend auf umfassender Risikoanalyse Installation eines umfassenden IKS	ES, Q	Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE), Bund 2012/11, TZ 40 Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 52 Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landeschulräte, Bund 2015/13, TZ 27 (auch OÖ, T) Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 35
505	Interne Revision	Prüfungen der Internen Revision des BMBF bei Landeschulräten bzw. Innenrevision des BMLFUW an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, insbesondere in jenen Bereiche,n die nicht von der Buchhaltungsagentur des Bundes umfasst waren, und im Bereich der eigenen Rechtspersönlichkeit	Q	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landeschulräte, Bund 2015/13, TZ 28 (auch OÖ, T) Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 36
506	Controlling; Controllingsystem	Einheitliches und für alle Ebenen verbindliches Controllingsystem mit Erfassung der Ressourcen nach Leistungen; Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen BMBF, Landeschulräten und Schulen zur Minimierung des Aufwands der Datenerfassung und -meldung	EF, ES	Controlling im Bundesschulwesen, Bund 2011/1, TZ 3, 6, 8
507	Zuteilung Budgetmittel Schulen	Einheitliche Vorgangsweise bei der Zuteilung der Budgetmittel an die Schulen	EF	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landeschulräte, Bund 2015/13, TZ 30 (auch OÖ, T)

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

Lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
508	Personalverwaltung; Stellenpläne	Sparsamer Ressourceneinsatz bei der Zuteilung der Planstellen an die allgemein bildenden Pflichtschulen; Einhaltung der Stellenpläne	EF, ES	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 3, 10, 11 (auch OÖ, T)
509	Landeslehrer; Finanzierung	Änderung der Landeslehrer-Controllingverordnung – Heranziehung der tatsächlichen Besoldungskosten der Landeslehrer je Land bei einer Stellenplanüberschreitung als Basis für Rückforderungsansprüche	EF, ES	Finanzierung der Landeslehrer, Bund 2012/4, TZ 18 (auch K, NÖ, S)
510	Landeslehrer; Finanzierung	Evaluierung der seit dem Schuljahr 2004/2005 geltenden Verhältniszahlen für die allgemein bildenden Pflichtschulen und der Schlüsselzahlen zur Ermittlung der Planstellen an berufsbildenden Pflichtschulen	EF, ES	Finanzierung der Landeslehrer, Bund 2012/4, TZ 7 (auch K, NÖ, S)
511	Ausgaben sprachliche Fördermaßnahmen	Standardisierte Datenerhebungen zu Personaleinsatz und den Ausgaben für die Fördermaßnahme Deutsch als Fremdsprache; Erhebung der Ausgaben für den muttersprachlichen Unterricht	EF, N, Q	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 17, 18, 23
512	Personalverwaltung; Lehrer	Effizienzsteigerungen bei der Lehrpersonalverwaltung durch BMBF unter Einbindung der Landesschulräte und der Länder	EF, ES	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 17, 18 (auch OÖ, T)
513	Personalverwaltung; Abrechnung Landeslehrer	Abrechnung sämtlicher aktiver Landeslehrer durch BRZ GmbH	EF, ES	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 20 (auch OÖ, T)
514	Personalverwaltung; Lehrpersonalauswahl	Bewerberdatenbank für die Pflichtschulen, um Schulleitungen Kontakt zu Bewerbern zu ermöglichen	EF, Q	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 7 (auch OÖ, T)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
13.4 Schulerhalter und Gebäudemanagement				
515	Schulraum; schularten- übergreifende Nutzung	Schulartenübergreifende Nutzung von Schulraum der unterschiedlichen Schulerhalter (Gemeinden, Gemeindeverbände, Bund)	EF, ES	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Bund 2012/12, TZ 3 (auch B, K, V) Kärntner Schulbaufonds, Kärnten 2013/8, TZ 18 Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 25 (auch OÖ, St) Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen, Bund 2014/14, TZ 7, 13
516	Standortoptimierung	Berücksichtigung der gemeinsamen Nutzung von Schulraum bei Standortüberlegungen – insbesondere der Errichtung bzw. Sanierung von Schulgebäuden; systematische Erhebung von Kooperationsmöglichkeiten unterschiedlicher Schulerhalter	EF, ES	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Bund 2012/12, TZ 3 (auch B, K, V) Kärntner Schulbaufonds, Kärnten 2013/8, TZ 18 Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 25 (auch OÖ, St) Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen, Bund 2014/14, TZ 7, 13
517	Nutzung von Schulraum; Datenbanken	Aktualisierung der Infrastrukturdatenbanken in Bezug auf Schulgebäude; Verwendung bei Schulstandortkonzepten	EF, ES	Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 24 (auch OÖ, St)
518	Datenbanken Schulsport- anlagen	Elektronische Erfassung der Schulsportanlagen für Gesamtübersicht zu Zustand und Sanierungsbedarf	EF, ES	Bewegungserziehung an Schulen, Bund 2008/9, TZ 16

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
519	Nutzung von Schulraum; Datenbanken	Erfassung des gesamten Liegenschaftsbestandes des Bundes in einer Datenbank; lückenlose Erfassung der Liegenschaftsdaten der Schulen über die Internetplattform eFAST	EF, ES	Bau- und Sicherheitszustand der höheren Schulen des Bundes, Bund 2007/14, TZ 6 Österreichische Bundesforste AG; Immobilien- und Liegenschaftsverwaltung sowie Beteiligungsmanagement, Bund 2008/10, TZ 4
520	Bundesschulzentren	Reorganisation/Straffung der Verwaltung in Bundesschulzentren	EF	Bundesschulzentrum Linz-Auhof, Bund 2005/10, TZ 7
521	Schulerrhaltung; Kompetenzbereinigung	Erhaltung der allgemein bildenden Pflichtschulen als Teil der Schulverwaltungsreform	EF	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Bund 2012/12, TZ 4 (auch B, K, V) Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 14 (auch OÖ, St) Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen, Bund 2014/14, TZ 4, 13
522	Schulerrhaltung; Kompetenzbereinigung	Aufnahme des komplexen Finanzierungssystems der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der allgemein bildenden Pflichtschulen bei Reformprozess Schulsprengel	EF	Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 13 (auch OÖ, St)
523	Schulerrichtung	Evaluierung der Voraussetzungen zur Schulerrichtung	EF	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Bund 2012/12, TZ 6 (auch B, K, V) Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 5 (auch OÖ, St)

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
524	Schulschließung	Präzisierung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Schließung einer allgemein bildenden Pflichtschule; Verpflichtende Schulschließung bei Unterschreiten einer festzulegenden Mindestschülerzahl	EF	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Bund 2012/12, TZ 8 (auch B, K, V) Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 5 (auch OÖ, St)
525	Standortoptimierung; allgemein bildende Pflichtschulen	Fortsetzung der Standortoptimierung bei allgemein bildenden Pflichtschulen	EF	Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 19, 21, 26, 28 (auch OÖ, St)
526	Standortoptimierung; Lehrberufe	Unterricht von Splitterberufen (österreichweit 70 Lehrberufe mit weniger als 20 Lehrlingen) nur an einem Standort	EF	Effizienz und Qualität des Berufsschulwesens, Kärnten 2009/2, TZ 18
527	Standortoptimierung, Schulsprengel	Prüfung der Schulstruktur durch die Länder, insbesondere Größe und Art der Schulsprengel; Einbeziehung der Schülerzahlenentwicklung in die Schulstandortstrategie	EF	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Bund 2012/12, TZ 11 (auch B, K, V)
528	Standortoptimierung, Schulsprengel	Evaluierung der Vor- und Nachteile von Schulsprengeln; Einbeziehung der Kenndaten zu sprengelfremden Schulbesuchen in Reformprozess	EF	Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 11, 12 (auch OÖ, St)
529	Schulstandortkonzepte	Umfassendere Kriterien zur Optimierung der Schulorganisation für die allgemein bildenden Pflichtschulen; Einbeziehung weiterer Planungsparameter neben Schülerzahl (z.B. Angebot ganztägiger Schulformen, Nachnutzung); Erarbeitung operationalisierter Ziele und eines Zeitplans	EF	Schulstandortkonzepte/-festlegung im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen in den Ländern Oberösterreich und Steiermark, Bund 2014/12, TZ 18 (auch OÖ, St)

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
13.5 Schulärztlicher Dienst				
530	Kompetenzersplitterung	Keine Trennung zwischen Schulgesundheitspflege und Gesundheitsvorsorge; erforderlichfalls Änderung der Kompetenzbestimmungen im B-VG	EF	Gesundheit der Schüler: Schulärztlicher Dienst und Schulpsychologischer Dienst, Bund 2013/1, TZ 2, 11
531	Tätigkeiten Schulärzte	Kostenneutrale Übertragung weiterer Tätigkeiten an Schulärzte (z.B. in der Gesundheitserziehung oder in der Gesundheitsvorsorge)	EF	Gesundheit der Schüler: Schulärztlicher Dienst und Schulpsychologischer Dienst, Bund 2013/1, TZ 10
532	Reihenuntersuchungen	Genauere Regelung der Art der Durchführung von Reihenuntersuchungen; Bereitstellung der daraus gewonnenen Daten in anonymisierter Form	EF, Q	Gesundheit der Schüler: Schulärztlicher Dienst und Schulpsychologischer Dienst, Bund 2013/1, TZ 12
13.6 Lehrerdienstrecht				
533	Harmonisierung Bundes- und Landeslehrer	Intensivierung der Anstrengungen für ein neues Lehrerdienstrecht und für die Neuorganisation der Lehrerausbildung	EF	Personalplanung im Bereich der Bundeslehrer, Bund 2013/5, TZ 5
534	Pensionsantrittsalter; Bundes-/Landeslehrer	Heranführung des Pensionsantrittsalters von Bundes- und Landeslehrern an das gesetzliche Pensionsantrittsalter durch Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheit, dienstrechtliche Maßnahmen	EF, ES	Landeslehrerpensionen, Bund 2015/12, TZ 50 (auch alle Länder)
535	Lehrerdienstrecht; Landeslehrer	Prüfung der Beibehaltung des vertraglichen Dienstverhältnisses von Landesvertragslehrern statt Überleitung in öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis	EF, ES	Landeslehrerpensionen, Bund 2015/12, TZ 33 (auch alle Länder)
536	Administrative Tätigkeiten; Einsatz Verwaltungsbedienstete	Einsatz von Verwaltungsbediensteten für administrative Tätigkeiten zur Entlastung von Lehrern	EF, ES	Personalplanung im Bereich der Bundeslehrer, Bund 2013/5, TZ 29 Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen, Bund 2014/14, TZ 14
537	Land- und forstwirtschaftliche Schulen; Personaleinsatz	Gesetzliche Verankerung kostengünstiger Leistungsstrukturen für land- und forstwirtschaftliche Schulen; keine Einrechnung von Landesverwaltungstätigkeiten in die Lehrverpflichtung der Landeslehrer; Einstellung der Zahlung von Zulagen zusätzlich zu bundesgesetzlichen Gehältern	EF, ES	Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen, Bund 2011/9, TZ 17 ff. (auch OÖ, St, T)

Vorschläge des Rechnungshofes 6 RH

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
538	Landesschulräte; Einstellung Zuwendungen	Keine zusätzlichen Zahlungen der Länder an (Bundes-)Bedienstete der Landesschulräte	ES	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte, Bund 2015/13, TZ 45 (auch OÖ, T)
13.7 Aus- und Fortbildung				
539	Lehrerausbildung; Doppelstrukturen	Effizienzsteigernde Maßnahmen zur Beseitigung von Doppelstrukturen bei Lehrerausbildung	EF	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 33, 35, 42, 49, 33, 36 Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 2, 3, 12, 14, 23, 49
540	Pädagogische Hochschulen; Standortkonzentration	Weitere Konzentration der Standorte der Pädagogischen Hochschulen	EF, ES	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 2, 49
541	Pädagogische Hochschulen; Ausbildungsangebot	Anpassung des Ausbildungsangebots an Bedarf unter Abstimmung mit Schulbehörden und Berücksichtigung der Neuorganisation der Lehrerausbildung	EF, N, Q	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 32, 33 Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 12, 14
542	Lehrerausbildung, Aufnahmeverfahren	Standardisierung der Eignungs- und Aufnahmeverfahren für alle Ausbildungsinstitutionen	Q	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 36
543	Umweltpädagogen	Evaluierung des Bedarfs und des Einsatzes von Umweltpädagogen; Berücksichtigung der Ergebnisse bei Umsetzung der Neuorganisation der Lehrerausbildung; Evaluierung einer Zusammenfassung der Studiengänge Agrar- und Umweltpädagogik und Umweltpädagogik	EF	Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 12, 14
544	Fortbildung; unterrichtsfreie Zeit	Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen grundsätzlich in unterrichtsfreier Zeit	EF, ES	Öffentliche Pädagogische Hochschulen, Bund 2014/10, TZ 24 Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Bund 2016/2, TZ 19

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
13.8 Schulaufsicht und Schulqualität				
545	Schulaufsicht; Weiterentwicklung zu Kontrollorganisation	Weiterentwicklung der Schulaufsicht zu einer einheitlich geführten, wirkungsvollen Kontroll- und Controllingorganisation, Einbindung der Schulaufsichtsorgane in die Planung und Ressourcengewirtschaftung	EF, Q	Organisation und Wirksamkeit der Schulaufsicht; Follow-up-Überprüfung, Bund 2009/13, TZ 4 Lehrerpersonalplanung, Bund 2007/2, TZ 7 Landesschulrat für Salzburg: Ausgewählte Bereiche der Verwaltung; Follow-up-Überprüfung, Bund 2007/12, TZ 5 Bewegungserziehung an Schulen, Bund 2008/9, TZ 6 Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 9 (auch OÖ, T)
546	Aufgabenprofil Schulaufsichtsorgane	Adaptierung des Aufgabenprofils der Schulaufsichtsorgane in Richtung Qualitätsmanager gemäß der Neufassung des § 18 Bundes-Schulaufsichtsgesetz	EF, Q	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Lehrpersonalverwaltung, Bund 2015/13, TZ 9 (auch OÖ, T)
547	Standardisierung der Inspektionen	Standardisierung der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der Schulinspektionen	EF, Q	Organisation und Wirksamkeit der Schulaufsicht; Follow-up-Überprüfung, Bund 2009/13, TZ 10
548	Schulaufsichtsorgane; Betreuungsrelationen	Verteilung aller Schulaufsichtsorgane nach einem Benchmarksystem zur Sicherstellung ausgewogener Betreuungsrelationen	EF, Q	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte, Bund 2015/13, TZ 32, 33, 39, 44 (auch OÖ, T)
549	Befristung Schulaufsichtsorgane	Einmalige drei- bis fünfjährige Befristung für Schulaufsichtsbedienstete	EF, Q	Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte, Bund 2015/13, TZ 42 (auch OÖ, T)
550	Bildung; Ziele	Definition der Ziele über quantifizierbare Kennzahlen mit entsprechenden Indikatoren (festgestellt am Beispiel Klassenschülerhöchstzahl 25)	Q	Klassenschülerhöchstzahl 25, Bund 2011/1, TZ 4

Lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
551	Bildung; Wirkungsorientierung	Einheitliche Grundlagen für die Beurteilung der pädagogischen Wirksamkeit der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl einschließlich begleitender Maßnahmen; Anordnung der Umsetzung durch die Schulbehörden	Q	Klassenschülerhöchstzahl 25, Bund 2011/1, TZ 12
552	Berufsorientierung	Verstärkung der Berufsorientierung vor Abschluss der Pflichtschule; Prävention mehrmaliger Wechsel des Ausbildungswegs; Aufweichen geschlechtsspezifischer Muster in der Berufswahl von Schülern	ES, Q	Berufsschulwesen, Bund 2009/6, TZ 4 f.
553	Sprachstandsfeststellungen	Direkte Datenweitergabe – von institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen zur Primarstufe – der Ergebnisse der Sprachstandsfeststellungen, der darauf aufbauenden Sprachfördermaßnahmen sowie der Ergebnisse über erreichtes Sprachniveau	EF, N, Q	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 12
554	Lernfortschrittsdokumentation	Standardisierte Lernfortschrittsdokumentation mit Informationen zum erreichten Sprachniveau, zum Schülerstammblatt	EF, N, Q	Schüler mit Migrationshintergrund, Antworten des Schulsystems, Bund 2013/6, TZ 16
555	Schulversuche; Reduktion	Prüfung des Beitrags der Schulversuche zur qualitativen Weiterentwicklung des österreichischen Schulsystems; Reduktion Schulversuche	EF, Q	Schulversuche, Bund 2015/1, TZ 2, 28
556	Schulautonomie; Erhöhung	Erhöhung der Schulautonomie – entsprechende Weiterentwicklung der Schulgesetzgebung, gleichzeitig Beschränkung der Schulversuche	EF, Q	Schulversuche, Bund 2015/1, TZ 4, 7, 8
14 Wissenschaft und Forschung, Universitäten				
14.1 Wissenschaft und Forschung				
557	Forschungsstrategien	Einbeziehung der Bundesländer bei der Erstellung von künftigen Forschungsstrategien	EF, Q	Forschungsstrategien der Bundesländer, Bund 2012/12, TZ 2
558	Förderungseinrichtungen	Prüfung der Möglichkeit einer weitergehenden Übertragung von Forschungsangelegenheiten an die Einrichtungen des Bundes zur Vereinheitlichung der Beurteilungsstandards und Prozessabläufe	EF, ES, Q	Prüfungsergebnis Forschungsfinanzierung, Bund 2016/8, TZ 21
559	Förderungsstrukturen	Vereinfachung und Straffung der Förderungsstrukturen; Nutzung der vorhandenen Expertise der Förderungseinrichtungen des Bundes bei der Forschungsfinanzierung	EF, ES, Q	Prüfungsergebnis Forschungsfinanzierung, Bund 2016/8, TZ 25
560	Förderungsprogramme	Konzentration des Förderungsangebots durch Eliminierung von finanziell wirkungsschwachen F&E-Bundes- und Landesprogrammen	EF, ES, Q	Prüfungsergebnis Forschungsfinanzierung, Bund 2016/8, TZ 25

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
561	Forschungseinrichtungen	Zusammenlegung der Bundesanstalten für Agrarwirtschaft und für Bergbauernfragen	EF, ES, Q	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, Bund 2013/4, TZ 2
562	Förderungsdatenbank	Einrichtung einer gebietskörperschaftenübergreifenden Forschungsförderungsdatenbank	EF	Forschungsstrategien der Bundesländer, Bund 2012/12, TZ 20, 22 (auch alle Länder)
563	Forschungsquote	Monitoring der Forschungsquote mit quantifizierbaren Wirkungsindikatoren (z.B. Innovationsleistungsindex)	EF, Q	Prüfungsergebnis Forschungsfinanzierung, Bund 2016/8, TZ 6
564	Forschungsquote	Verstärkte gebietskörperschaftenübergreifende Abstimmung und Maßnahmen (samt Wirkungsindikatoren) zur Erreichung nationaler und regionaler Forschungsquotenziele	EF, Q	Prüfungsergebnis Forschungsfinanzierung, Bund 2016/8, TZ 19
565	Kofinanzierung	Einheitliche Regelungen bei Kofinanzierungen von Förderungsprogrammen durch mehrere Partner	EF; Q	Nationale Maßnahmen zum 7. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration, Bund 2014/10, TZ 26
566	Patentwesen	Erarbeitung einer operativen Patent- und Verwertungsstrategie an den technischen Universitäten	EF, ES	Technische Universitäten Graz und Wien – Verwertung von Forschungsergebnissen, Bund 2009/9, TZ 11
14.2 Universitäten und Fachhochschulen				
567	Hochschulplan	Zugrundelegung der im Hochschulplan verankerten Kriterien der Standortbereinigung und der Schaffung kritischer Größen bei der Neuschaffung von Ausbildungsinstitutionen; keine Finanzierung neuer medizinischer Ausbildungsinstitutionen in Österreich	EF, ES, Q	Medizinische Fakultät Linz – Planung, Bund 2015/17, TZ 11
568	Leistungsvereinbarung	Ambitioniertere Zielwerte – insbesondere im Bereich der Forschung – in den Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten	EF, Q	Leistungsvereinbarungen, Bund 2012/11, TZ 35
569	Leistungsvereinbarung	Anzahl der Studierenden als wesentliche Planungsgröße beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten	EF, Q	Universitätscontrolling, Bund 2009/2, TZ 17
570	Kosten Studienplatz	Ermittlung der Kosten für zusätzliche Studienplätze: Verbesserung der Entscheidungsgrundlage durch exakte Vorgaben an Universitäten	ES, Q	Medizinische Fakultät Linz – Planung, Bund 2015/17, TZ 12
571	Kosten- und Leistungsrechnung	Vorgaben für eine österreichweit einheitliche Kosten- und Leistungsrechnung an den Universitäten	EF, Q	Leistungsvereinbarungen, Bund 2012/11, TZ 15
572	Überzahlungen des Kollektivvertrags	Verringerung des Anteils der Überzahlungen an den Grundbezügen des Universitätspersonals	ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 21

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
573	Belohnungen	Gewährung von Belohnungen nur in einem angemessenen Verhältnis zum Bezug	ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 22
574	Freiwillige Abfertigungen	Restriktive Handhabung von freiwilligen Abfertigungen	ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 23
575	Mehrleistungszulagen	Gewährung von Mehrleistungszulagen nur in einem angemessenen Verhältnis zum Grundbezug	ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 24
576	Amtszulagen	Vermeidung von Erhöhungen der Amtszulagen für Dekane	ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 25
577	Überzahlungen des Kollektivvertrags	Erhebung der Ursachen für die deutlich häufigeren Überzahlungen des Kollektivvertrags von Männern im Bereich des wissenschaftlichen/künstlerischen Personals; Maßnahmen zur gleichmäßigeren Verteilung	Q, N	Auswirkungen des Kollektivvertrags für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten, Bund 2014/3, TZ 63
578	Mehrleistungszulagen	Mehrleistungszulagen für Mitarbeiter der Universitäten nur in einem angemessenen Verhältnis zum Grundbezug	ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 24
579	Drittmittel	Aufnahme gesamtuniversitärer quantifizierter Ziele zu Drittmittelleinnahmen in den Entwicklungsplan bzw. in die Leistungsvereinbarung	ES	Drittmittelverwaltung sowie Forschungsverwertung an den Technischen Universitäten Graz und Wien; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/1, TZ 2
580	Drittmittel	Verstärkung des Kostenbewusstseins im Drittmittelbereich durch Anhebung des von Dritten zu leistenden Kostenersatzes (für die Inanspruchnahme von Personal und Sachmitteln)	ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 12
581	Drittmittel	Besonderes Augenmerk noch vor Vertragsabschluss auf Rentabilität im Drittmittelbereich unter Einbeziehung der Gemeinkosten, insbesondere der Personalkosten	EF, ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 17
582	Eigenleistungen	Prüfung, welche permanent erbrachten Leistungen externer Dienstleister die Universitäten selbst kostengünstiger erbringen können; Auslagerung von nur fallweise anfallenden Dienstleistungen und nur nach Kostenvergleich	ES, Q	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 45 Auswirkungen des Kollektivvertrags für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten, Bund 2014/3, TZ 20
583	Leerstände	Verringerung des hohen Anteils an Leerständen (Räume ohne Personalzuordnung)	EF, ES	Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 48

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
584	IKS	Regelmäßige Prüfung des Risikomanagements bzw. des IKS auf Aktualität	EF, Q	Internes Kontrollsystem im Bereich der Finanzverwaltung an der Technischen Universität Graz und an der Universität Salzburg, Bund 2016/5, TZ 23
585	Leistungsvereinbarung	Verstärkte Berücksichtigung der Kosten der Leistungserbringung (wie bspw. Kosten des Studienplatzes, für ein Studium, für einen Absolventen) beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten	EF, Q	Leistungsvereinbarungen, Bund 2012/11, TZ 5 Technische Universität Wien – Finanzsituation, Bund 2015/6, TZ 11
586	Zusammenarbeit und Abstimmung	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten, um den Zugang von FH-Absolventen zum universitären Doktoratsstudium zu erleichtern; bessere Abstimmung der Vorbereitungslehrgänge	EF, Q	Universitäten für Musik und darstellende Kunst Wien und Graz, Universität Mozarteum Salzburg: Vorbereitungslehrgänge, Bund 2007/2, TZ 6 Fachhochschulwesen, Bund 2010/1, TZ 7 (auch K, OÖ, S, St)
587	Fachhochschulen; Standortoptimierung	Standortoptimierung der Fachhochschulen im Interesse einer effizienten Organisation	EF, ES	Fachhochschulwesen, Bund 2010/1, TZ 24 (auch K, OÖ, S, St)
15 Gesundheit				
15.1 Zersplitterte Kompetenzen				
588	Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung in Krankenanstaltenfinanzierung	Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung im Krankenanstaltenwesen in einer Hand; dadurch österreichweit einheitliche, bedarfsorientierte und transparente Krankenanstaltenfinanzierung	EF, ES, Q, N	Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung, Bund 2015/17, TZ 30 Zusammenarbeit Bund – Länder im Gesundheitswesen am Beispiel des AKH Wien, Bund 2013/7, TZ 58 Teilbereiche der Gesundheitsreform 2005 mit Länderaspekten in Tirol und Wien, Bund 2010/5, TZ 2, 9 (auch T, W)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
589	Angelegenheiten der Heil-, Pflege- und Kuranstalten	Zuordnung des Heil-, Pflege- und Kuranstaltenwesens inkl. Krankenanstaltenfinanzierung zum Kompetenztatbestand Art. 11 B-VG	EF	System des österreichischen Gesundheitswesens, Bund 2002/4, S. 13 ff. Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung, Bund 2015/17, TZ 30
590	Umsetzung von Reformen	Zügige Umsetzung von grundlegenden Reformen im Gesundheits- und Pflegebereich zur Kompensierung der demografischen Veränderungen und langfristigen Sicherstellung der Finanzierung	EF, ES, Q	Grundzüge der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 65 Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Burgenland 2015/5, TZ 15 (auch K, NÖ, OÖ, S, St, T, V, W)
591	AKH Wien; Verträge Bund - Wien	Konsolidierung der Verträge zur Zusammenarbeit zwischen Bund/MedUni Wien und Stadt Wien; Ergänzung der Verträge z.B. um: - Art und Umfang der Leistungen des AKH - Gesamtfinanzierung - Personalbereitstellung und Entscheidungsgremien	EF, ES, Q	Zusammenarbeit Bund - Länder im Gesundheitswesen am Beispiel des AKH Wien, Bund 2013/7, TZ 4 bis 7
15.2 Auseinanderfallen von Governance und Finanzierungsstrukturen				
592	Krankenanstaltenplanung; verbindliche Wirkung	Verbindliche Wirkung der Planungen auf Bundesebene (ÖSG) und Landesebene (RSG)	EF, ES, Q, N	Leistungserbringung ausgewählter Krankenanstalten im Land Steiermark, Steiermark 2016/2, TZ 3, 5 Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung, Bund 2015/17, TZ 9, 17
593	Landeskrankenanstaltenplan; engere Abstimmung	Engere Abstimmung des Landeskrankenanstaltenplans mit den Strukturplanungen auf Bundes- und Landesebene	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in burgenländischen Krankenanstalten, Bund 2014/7, TZ 7, 20 (auch B)
594	Krankenanstaltenplanung; Steuerung; Mindestfrequenzen	Länder und Krankenversicherung als Vertragspartner des Landes-Zielsteuerungsvertrags; zeitnahe gemeinsame Festlegung konkreter Steuerungsmaßnahmen; Planungen der Versorgungsaufträge und Leistungsspektren unter Berücksichtigung von Mindestfrequenzen	Q, N	Leistungserbringung ausgewählter Krankenanstalten im Land Steiermark, Steiermark 2016/2, TZ 4, 9
595	Krankenanstaltenplanung; überregional	Konkretisierung und verbindlichere Festlegung weiterer Bereiche der überregionalen Versorgungsplanung; Beseitigung begrifflicher Unklarheiten; Berücksichtigung inländischer Patientenströme	EF, N	Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung, Bund 2015/17, TZ 8, 31, 32

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
596	Krankenanstalten; Betriebsgröße und Standortdichte	Optimierung der Betriebsgrößen und Standortdichte durch: <ul style="list-style-type: none"> - Vermeidung von Standortgarantien - Reduktion vollstationärer Kapazitäten - interdisziplinäre Ambulanzen und Bettenbelegung - Ausbau tagesklinischer Leistungen - Ausweitung der träger- und bundesländerübergreifenden Kooperationen - Leistungsabstimmungen zwischen Krankenanstalten im medizinischen und nicht medizinischen Bereich (z.B. Zusammenlegung von Labor, Reinigungs-, Küchen- und Wäschereileistungen) 	EF, ES	<p>Kooperation und Abstimmung der Leistungserbringung der Krankenanstalten Hainburg und Kittsee, Burgenland 2011/8, TZ 10, 11, 14, 23, 25 bis 29 (auch NÖ)</p> <p>Ausbauprogramm des Landes Niederösterreich im Spitalswesen, Niederösterreich 2012/3, TZ 3, 19, 24, 27, 30 ff.</p> <p>Tagesklinische Leistungserbringung am Beispiel des Landes Steiermark, Steiermark 2011/7, TZ 22 ff. sowie Follow-up dazu, Bund 2014/9, TZ 6 bis 8, 11, 14 (auch St)</p> <p>Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in den Landeskrankenhäusern Mittersill u.a., Bund 2013/3, TZ 21, 23 (auch S)</p>
597	Finanzierung ambulanter Leistungen	Bundesweit einheitliche und leistungsorientierte Finanzierung ambulanter Leistungen intra- und extramural	ES, EF	<p>Teilbereiche der Gesundheitsreform 2005 mit Länderaspekten in Tirol und Wien, Bund 2010/5, TZ 11 (auch T, W)</p> <p>Medizinisch-technische Großgeräte, Bund 2010/13, TZ 20</p> <p>Finanzierung und Kosten von Leistungen in Spitalsambulanzen und Ordinationen, Bund 2011/3, TZ 3</p> <p>Tagesklinische Leistungserbringung am Beispiel des Landes Steiermark, Steiermark 2011/7, TZ 9 ff.</p>

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
598	AKH Wien; Mittelaufbringung; klinischer Mehraufwand	AKH Wien: transparente Aufteilung der Mittelaufbringung auf Rechtsträger; einfaches und kostengünstiges Vergütungsverfahren für den klinischen Mehraufwand; gemeinsame bzw. zumindest abgestimmte Budgetierung der mittelfristigen Planung	EF, ES	Zusammenarbeit Bund – Länder im Gesundheitswesen am Beispiel des AKH Wien, Bund 2013/7, TZ 22 ff.
599	AKH Wien; Leistungsumfang	AKH Wien: Ermittlung des sinnvollen Leistungsumfanges; Anpassung der vorgehaltenen Strukturen (z.B. Anzahl der Betten)	EF, ES	Zusammenarbeit Bund – Länder im Gesundheitswesen am Beispiel des AKH Wien, Bund 2013/7, TZ 11, 12
600	AKH Wien; Personal	AKH Wien: vereinfachte, transparente und effizientere trägerübergreifende Personalbewirtschaftung inklusive gemeinsamer Personalbedarfsplanung	EF, ES	Zusammenarbeit Bund – Länder im Gesundheitswesen am Beispiel des AKH Wien, Bund 2013/7, TZ 33 bis 50
15.3 Effizienzpotenziale im Krankenanstalten- und niedergelassenen Bereich				
601	Krankenanstalten; Konsolidierung	Nachhaltige Reduktion der Ausgaben für die Krankenanstalten durch strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen	ES, N	Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Oberösterreich, Salzburg und Steiermark, Oberösterreich 2014/3, TZ 35 (auch S, St)
602	Angebotsplanung und Ärztedichte	Optimierung und verstärkte Flexibilisierung der Stellenplanung im ärztlichen Bereich, insbesondere: – Verbesserung der Versorgung zu Tagesrandzeiten bzw. am Wochenende – Nutzung von Primary Health Care (umfassende multiprofessionelle Primärversorgung der Patienten)	EF, ES, Q	Vergleich Wiener Gebietskrankenkasse mit Oberösterreichischer Gebietskrankenkasse, Bund 2008/2, TZ 12 Ausgewählte Steuerungsbereiche in der Krankenversicherung, Bund 2016/3, TZ 17, 19
603	best point of service; Anpassungen niedergelassener Bereich	Im Interesse der Leistungsverlagerung zum best point of service: Anpassungen im niedergelassenen Bereich bei Angebotsplanung, Leistungsdefinition, Tarifen und Qualitätssicherung	EF, ES, Q	Ausgewählte Steuerungsbereiche in der Krankenversicherung, Bund 2016/3, TZ 8, 18, 24
604	Wahlarztstrategie	Trägerübergreifende Strategie zum Wahlarztbereich	EF, Q	Ausgewählte Steuerungsbereiche in der Krankenversicherung, Bund 2016/3, TZ 18

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
605	Procuratio-Management	Optimierung des Managements von Procuratio-Fällen (Pflege in Akutkrankenanstalten ohne Notwendigkeit ärztlicher Versorgung) auch durch Maßnahmen in der Zielsteuerung Gesundheit	EF, ES	Belegmanagement in Akutkrankenanstalten mit dem Schwerpunkt „Procuratio-Fälle“, Wien 2011/2, TZ 2 f., 24 sowie Follow-up dazu, Wien 2014/6, TZ 3 ff.
606	Flugrettung	Standortoptimierung der Flugrettung auf Grundlage einer Definition des Einsatzspektrums und der Aufgaben; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit	EF, ES	Flugrettung mit Schwerpunkten in den Ländern Salzburg und Tirol, Bund 2012/2, TZ 9, 10, 11 (auch S, T)
15.4 Gesundheitsförderung und Prävention				
607	Datenbank für Gesundheitsförderung und Prävention	Zentrale Datenbank mit Aktivitäten aller Leistungsträger in der Gesundheitsförderung und Prävention; Schnittstelle zu gesamtösterreichischer Förderungsdatenbank	EF, N	System der Gesundheitsvorsorge, Bund 2014/14, TZ 8
608	Mutter-Kind-Pass	Vereinfachung der Organisation des Mutter-Kind-Passes; Konzentration der Zuständigkeiten	EF, N	System der Gesundheitsvorsorge, Bund 2014/14, TZ 11
609	MedAustron	Festsetzung des Behandlungskostenzuschusses im Krebsbehandlungs- und Forschungszentrum MedAustron	N	Errichtung von MedAustron; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 8
15.5 Qualitätssicherung				
610	Qualitätssicherung; Ärztliche Hilfe	Qualitätssicherung im niedergelassenen Bereich: verstärkte Berücksichtigung von Elementen der Prozess- und Ergebnisqualität; Optimierung der institutionellen Rahmenbedingungen	EF, Q	Ausgewählte Steuerungsbereiche in der Krankenversicherung, Bund 2016/3, TZ 22
611	Gesamtösterreichisches Qualitätssystem	Gesamtösterreichisches Qualitätssystem im Hinblick auf die Verpflichtungen nach dem Gesundheitsqualitätsgesetz	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung im Landeskrankenhaus Salzburg u.a., Bund 2012/12, TZ 4 (auch S) dazu weitere Qualitätssicherungsberichte zu Burgenland, Salzburg und Vorarlberg

Vorschläge des Rechnungshofes **6**

R
H

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
612	Verbindliche Qualitätsvorgaben	Verbindliche Qualitätsvorgaben in Form von Bundesqualitätsrichtlinien für Gesundheitsleistungen	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung im Landeskrankenhaus Salzburg u.a., Bund 2012/12, TZ 3 (auch S) dazu weitere Qualitätssicherungsberichte zu Burgenland, Salzburg und Vorarlberg
613	Abrechnungskriterien	Angleichung der Abrechnungskriterien der Leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung an Strukturqualitätskriterien des ÖSG; Nichtvergütung der diesen Kriterien nicht entsprechenden Leistungen	EF, N, QS	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung im Landeskrankenhaus Salzburg u.a., Bund 2012/12, TZ 7 (auch S) dazu weitere Qualitätssicherungsberichte zu Burgenland, Salzburg und Vorarlberg
614	Mindestfrequenzen; Leistungskonzentrationen	Konzentration der Durchführung bestimmter Operationen (z.B. Schilddrüse oder Bauchspeicheldrüse) zur Erreichung der Mindestfrequenzen bzw. Strukturqualitätskriterien nach ÖSG	EF, Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in den Landeskrankenhäusern Mittersill u.a., Bund 2013/3, TZ 21 (auch S) dazu weitere Qualitätssicherungsberichte zu Burgenland, Salzburg und Vorarlberg
615	Hygienemanagement	Ergänzung der Personalausstattung der Hygieneteams in Krankenanstalten gemäß Empfehlungen BMG	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung im Landeskrankenhaus Salzburg u.a., Bund 2012/12, TZ 11 (auch S) dazu weitere Qualitätssicherungsberichte zu Burgenland, Salzburg und Vorarlberg

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
616	Infektions-Überwachung	Einrichtung der gesetzlich vorgesehenen Infektions-Überwachung bzw. Ausweitung der Infektionserfassung in Krankenanstalten	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung im Landeskrankenhaus Salzburg u.a., Bund 2012/12, TZ 12 (auch S) dazu weitere Qualitätssicherungsberichte zu Burgenland, Salzburg und Vorarlberg
617	Fehlermeldesysteme	Fehlermeldesysteme in Krankenanstalten; Schärfung des Bewusstseins für Fehlermeldungen zur Verbesserung der Patientenbehandlungssicherheit	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung im Landeskrankenhaus Salzburg u.a., Bund 2012/12, TZ 15 (auch S) dazu weitere Qualitätssicherungsberichte zu Burgenland und Salzburg
618	Onkologische Versorgung; Landeskrankenanstaltenplan	Ausweis der onkologischen Versorgungsstufen je Krankenanstalt im Landeskrankenanstaltenplan	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in burgenländischen Krankenanstalten, Bund 2014/7, TZ 7, 20 (auch B)
619	Onkologische Versorgung; Leistungsspektrum	Schriftliche Festlegung des onkologischen Leistungsspektrums von Krankenanstalten durch die Krankenanstaltenträger, dabei u.a.: – Berücksichtigung der jeweiligen onkologischen Versorgungsstufe – Bedachtnahme auf Patientensicherheit bzw. Qualitätskriterien des ÖSG – klare Definition der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten – Normierung der Rahmenbedingungen für erforderliche Kooperationsvereinbarungen	EF, Q	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in Krankenanstalten Vorarlbergs, Bund 2013/12, TZ 20, 21 (auch V) dazu auch Qualitätssicherungsbericht zu Burgenland
620	Onkologische Versorgung; Kooperationen	Abschluss schriftlicher Kooperationsvereinbarungen mit Onkologischen Schwerpunkten bzw. Zentren	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in Krankenanstalten Vorarlbergs, Bund 2013/12, TZ 21 (auch V) dazu auch Qualitätssicherungsbericht zu Burgenland

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
621	Onkologische Versorgung; Klarstellungen im ÖSG	Umfassende Klarstellungen im ÖSG bspw. betreffend onkologischen Leistungsbegriff, pathologische Versorgung, Tumorboard (z.B. patientensichere Verortung, Patientenkreis (Anmeldung/Vorstellung)) etc.	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in burgenländischen Krankenanstalten, Bund 2014/7, TZ 20 bis 26 (auch B) dazu auch Qualitätssicherungsbericht zu Vorarlberg
622	Tumorboard; Verfahrens- bzw. Arbeitsanordnungen	Tumorboard: Erlassung von konkreten Vorgaben für Verfahrens- bzw. Arbeitsanordnungen (z.B. Mustergeschäftsordnung) durch das BMG, darin u.a. Festlegungen/Vorgaben betreffend Patientenkreis (Definition bzw. Behandlung im Tumorboard (Anmeldung/Vorstellung)) sowie für alle möglichen bzw. zulässigen Konstellationen (z.B. gemeinsame Tumorboards verschiedener onkologischer Versorgungsstufen etc.)	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in burgenländischen Krankenanstalten, Bund 2014/7, TZ 23, 25 (auch B) dazu auch Qualitätssicherungsbericht zu Vorarlberg
623	Tumorboard; Aufgabenerfüllung	Qualitätsgesicherte Aufgabenerfüllung der Tumorboards u.a. durch: – Teilnahme aller im ÖSG vorgeschriebenen Fachdisziplinen – Behandlung aller dort vorgeschriebenen Patientengruppen – lückenlose Anmeldung aller Krebspatienten – umfassende und aktuelle ÖSG-konforme Verfahrensanweisungen – nachvollziehbare patientenbezogene Dokumentation – patientensichere Sitzungsfrequenz – regelmäßige Evaluierungen	Q, N	Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in burgenländischen Krankenanstalten, Bund 2014/7, TZ 23 bis 26 (auch B) dazu auch Qualitätssicherungsbericht zu Vorarlberg
15.6 Ärztinnen- und Ärzteausbildung				
624	Ärztebedarf	Nachhaltige Versorgungssicherheit durch: – konkrete Vorgaben zur Feststellung des Bedarfs an Ärzten für Allgemeinmedizin – Entwicklung geeigneter Kennzahlen	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 9 (auch NÖ, T, W)
625	Ausbildungsqualität; Kontrolle	Schaffung von Standards und Regeln für Visitationen der Ausbildungsstätten durch die Österreichische Ärztekammer	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 43 (auch NÖ, T, W)
626	Mitverantwortlicher Tätigkeitsbereich	Sicherstellung der mitverantwortlichen Durchführung aller ausdrücklich in § 15 Abs. 5 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz genannten Tätigkeiten (z.B. Verabreichung von Arzneimitteln, Blutentnahme, Legen von Magensonden etc.)	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 30 bis 37 (auch NÖ, T, W)

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
627	Abwanderung von Ärzten	Erhebung und Auswertung der Anzahl der abwanderenden Medizin-Absolventen bzw. Turnusärzte sowie der Abwanderungsgründe	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 5 (auch NÖ, T, W) Medizinische Fakultät Linz – Planung, Bund 2015/17, TZ 10
628	Ärzteausbildung; Drop-out	Erhebungen der „Drop-out-Gründe“ von Turnusärzten und der Gründe einer nichtärztlichen Berufswahl	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 5 (auch NÖ, T, W)
629	Ärzteausbildung; Vorgaben	Verbesserung der Ausbildungsgrundlagen u.a. durch: – umfassende rechtliche Definition u.a. von Aufgaben/Zuständigkeiten bzw. Ausbildungsinstrumenten – Ergänzung der Anerkennungsvoraussetzungen – Beachtung des aktuellen Stands der Wissenschaft und internationaler Entwicklungen bei Ausbildungsvorgaben (z.B. Richtzahlen)	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 19, 23, 25, 26, 27, 39 (auch NÖ, T, W)
630	Logbücher, Ausbildungskonzepte	Verbindliche und qualitätsvolle (Muster)Vorlagen – z.B. Logbücher, Ausbildungskonzepte – für eine österreichweit einheitliche, qualitätsgesicherte Ärzteausbildung	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 25, 26 (auch NÖ, T, W)
631	Basisausbildung	Rechtliche Qualitätssicherungsvorgaben für die Basisausbildung	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 8 (auch NÖ, T, W)
632	Dreistufige Ausbildungsverantwortung	Verstärkte Wahrnehmung der dreistufigen Ausbildungsverantwortung (Krankenanstaltenträger, Ärztlicher Leiter, Ausbildungsverantwortlicher), u.a. durch: – Strategien – Zielvorgaben – zentrale, verbindliche Anweisungen/Richtlinien und Konzepte – Umsetzungskontrolle – regelmäßige Evaluierungen	EF, Q, N	Ärzteausbildung, Bund 2015/9, TZ 17, 18, 23, 24, 25, 26, 28, 38, 40, 42, 44 (auch NÖ, T, W)
16 Soziales und Sozialversicherung				
16.1 Mindestsicherung				
633	Aufgabenorientierter Finanzausgleich	Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung im Bereich der Mindestsicherung im Sinne eines aufgabenorientierten Finanzausgleichs	EF	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 12 (auch T und V)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
634	Harmonisierung	Rechtzeitige Neuverhandlung der Mindestsicherung nach Auslaufen der 15a-Vereinbarung; klare Definition und Quantifizierung von Zielen; Vereinheitlichung der Anspruchsregelungen u.a. Definition des Alleinerziehers, einheitliche Berücksichtigung von Unterhaltsansprüchen gegenüber Kindern sowie von Unterhaltszahlungen eines Mindestsicherungsbeziehers	EF	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 3, 22, 24, 25, 39, 40 (auch T und V)
635	Arbeitsfähigkeit	Einheitliche Beurteilung der Arbeitsfähigkeit orientiert an den Vorgaben für Untersuchungseinrichtungen der Pensionsversicherungsanstalt	Q	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 37 (auch T und V)
636	Verschlechterungsverbot	Kritische Prüfung des Verschlechterungsverbots i.Z.m. der Mindestsicherung unter Berücksichtigung der Judikatur des VfGH	N	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 6 (auch T und V)
637	Harmonisierung mit Notstandshilfe	Harmonisierung der Mindestsicherung mit der Notstandshilfe in Fällen von längerer Bezugsdauer	EF	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Bund 2014/9, TZ 31 (auch T und V)
638	Planung und Steuerung	Verbesserung der Planung und Steuerung der Mindestsicherung: Weiterentwicklung der Datenbanken, Beobachtung und Analyse der Auswirkungen von Kürzungen der Leistungen	EF	Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Tirol 2014/3, TZ 10, 18 (auch V)
16.2 Leistungen für Menschen mit Behinderungen				
639	Berufliche Rehabilitation; Aufgabenentflechtung	Aufgabenentflechtung im Bereich der beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Behinderung	EF	Sozialabteilung der Landesregierung Steiermark und Bundessozialamt – Koordination und Parallelität, Bund 2012/12, TZ 4 bis 11, 14, 17, 18, 26, 34 (auch St)
640	Berufliche Rehabilitation; Koordination	Umfassende, strukturierte Koordination der Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Behinderungen; Reduktion der Anzahl der Ansprechpartner sowie der staatlichen Koordinierungsprozesse	EF	Sozialabteilung der Landesregierung Steiermark und Bundessozialamt – Koordination und Parallelität, Bund 2012/12, TZ 14, 15, 16, 19, 21, 26, 27 (auch St)
641	Berufliche Rehabilitation; Planung	Bedarfs- und Entwicklungsplan mit einer Prognose der benötigten Plätze für die verschiedenen Angebote der Leistungen für Menschen mit Behinderungen, Zuordnung der Erfolge zu den aufgewendeten Mitteln im Erfolgscontrolling, mehrjährige Fördermittelplanung	EF	Sozialabteilung der Landesregierung Steiermark und Bundessozialamt – Koordination und Parallelität, Bund 2012/12, TZ 21, 27, 28 (auch St)

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
16.3 Sozialversicherungen				
642	Krankenversicherung; finanzielle Lage	Sanierungskonzept zur nachhaltigen Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der WGKK	EF	Vergleich Wiener Gebietskrankenkasse mit Oberösterreichischer Gebietskrankenkasse, Bund 2008/2, TZ 3
643	Krankenversicherung; Vertragspartnerrecht	Aufnahme von Honorarsummenbegrenzungen („Deckelungen“) in die Gesamtverträge zwischen Krankenversicherungsträgern und Ärztekammern; Zusammenlegung der tatsächlichen und formellen Verantwortung für den Abschluss sowie die Erfüllung der Gesamtverträge	EF	Vergleich Wiener Gebietskrankenkasse mit Oberösterreichischer Gebietskrankenkasse, Bund 2008/2, TZ 9, 22 Labortarife bei ausgewählten Krankenversicherungsträgern, Bund 2010/6, TZ 8, 12
644	Krankenversicherung; Vergütungssysteme	Vergütung von Leistungen der ärztlichen Hilfe auf Grundlage einer Kostenkalkulation; Verstärkung des Personaleinsatzes im Bereich der Heilmittelökonomie und Einführung eines Maßnahmencontrollings	EF	Vergleich Wiener Gebietskrankenkasse mit Oberösterreichischer Gebietskrankenkasse, Bund 2008/2, TZ 7, 20 Labortarife bei ausgewählten Krankenversicherungsträgern, Bund 2010/6, TZ 7
645	Krankenversicherung; Vergütungssysteme	Vereinbarung von degressiven Honorierungsmodellen durch die Sondersicherungsträger auch bei technischen Fächern (wie bei den Gebietskrankenkassen) zur Teilhabe an der Fixkostendegression der Anbieter	EF	Labortarife bei ausgewählten Krankenversicherungsträgern, Bund 2010/6, TZ 8
646	Krankenversicherung; Vergütungssysteme	Regelung für Laborgemeinschaften; Nutzung von Preisunterschieden zwischen den Anbietern zur Vereinbarung von Tarifsenkungen – Orientierung der Krankenversicherungen an effizienter Anbieterstruktur	EF	Labortarife bei ausgewählten Krankenversicherungsträgern, Bund 2010/6, TZ 9 ff., 17
647	Krankenversicherung; Vergütungssysteme	Verstärkte Aktivitäten zur Verbesserung der Vertragspartnerökonomie	EF	Labortarife bei ausgewählten Krankenversicherungsträgern, Bund 2010/6, TZ 17
648	Krankenversicherung; Vergütungssysteme	Untersuchung der Frequenzunterschiede bei den einzelnen Leistungen im Zuge der Vertragspartneranalyse	EF	Labortarife bei ausgewählten Krankenversicherungsträgern, Bund 2010/6, TZ 10

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
649	Krankenversicherung; Vergütungssysteme	Regelmäßiger Vergleich der Vergütungssysteme und ihrer Auswirkungen; Tarifsenkung bei jenen Kassen, die höhere Preise für vergleichbare Leistungen bezahlen	EF	Vergleich Wiener Gebietskrankenkasse mit Oberösterreichischer Gebietskrankenkasse, Bund 2008/2, TZ 8, 11
650	Sozialversicherungsträger; Dienstordnung	Änderung der Dienstordnung der Sozialversicherungsträger zur kostengünstigen Umsetzung von strukturellen Änderungen bei Fusionen	EF	Fusion der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten, Bund 2007/8, TZ 14
651	Sozialversicherungsträger; IT	Verstärkung der Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger im IT-Bereich	EF	Fusion der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten, Bund 2007/8, TZ 22
652	Sozialversicherungsträger; Vorscheurechnungen	Abstimmung von Gebarungsvorscheurechnungen der Sozialversicherungsträger und der Gebietskörperschaften	EF	Instrumente der finanziellen Steuerung der Krankenversicherungsträger, Bund 2016/3, TZ 6, 8, 14
653	Krankenversicherungsträger; Finanzziele	Neufestlegung der Finanzziele bzw. Ausgabenobergrenzen für die Krankenversicherungsträger ab 2016; ambitioniertere Vorgaben für die Krankenversicherungsträger; Festlegung der Finanzziele bzw. Ausgabenobergrenzen aufbauend auf rollierender Planung, Hinterlegung der Ziele und Maßnahmen mit Einsparungspotenzialen	EF	Instrumente der finanziellen Steuerung der Krankenversicherungsträger, Bund 2016/3, TZ 20, 23, 29, 31, 40
654	Krankenversicherungsträger; Zielsteuerung	Entwicklung strategischer Zielvorgaben für eine interne Unternehmenssteuerung und regelmäßige Evaluierung; inhaltliche Einschätzung erfolgskritischer Pfade bei Monitoring der Finanzziele als Entscheidungsvorbereitung für die Zielsteuerungsgremien	EF	Instrumente der finanziellen Steuerung der Krankenversicherungsträger, Bund 2016/3, TZ 25, 33, 36
655	Krankenversicherungsträger; Strukturausgleich	Weiterentwicklung der Richtlinie über den Strukturausgleich zwischen Krankenversicherungsträgern – Höhergewichtung des Ausgleichs von Strukturnachteilen; Reduktion des Regionalfaktors bei der Berechnung des Strukturausgleichs	EF	Instrumente der finanziellen Steuerung der Krankenversicherungsträger, Bund 2016/3, TZ 37, 38
656	Krankenversicherungsträger; Verwaltungsaufwand	Nutzung der Unterschiede im Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand pro Anspruchsberechtigten für Beschlussfassung von Maßnahmen zur Optimierung; Ableitung konkreter Maßnahmen aus den Vergleichen zwischen den Trägern	Q	Ausgewählte Steuerungsgebiete in der Krankenversicherung, Bund 2016/3, TZ 40, 41

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
657	Krankenversicherungsträger; Missbrauchsbekämpfung	Verstärkte Abstimmung des Hauptverbands mit den Krankenversicherungsträgern bei der Missbrauchsbekämpfung; Risikoorientierte Auswertungen zum Bestehen von Versicherungsverhältnissen; Sicherstellung eines einheitlichen Vorgehens bei der Prüfung der Anspruchsvoraussetzung (Wohnsitz und gewöhnlicher Aufenthalt) in der Krankenversicherung	EF	Prüfung von Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Sozialversicherung, Bund 2015/9, TZ 8, 11, 14
16.4 Pflege				
658	Transparenz der Finanzierung	Ergänzung der 15a-Vereinbarung (Pflegegeldvereinbarung 1993): – Vereinheitlichung der Erfassung von Heimplätzen, der Bedarfs- und Entwicklungspläne, der geforderten Ergebnisqualität, der Schnittstellen der Heimtarife zum Pflegegeld – Vereinfachung der Finanzierungsströme – Berichtssystem über die Gesamtkosten sowie über Ausgaben der Länder und Gemeinden	EF	Altenbetreuung in Kärnten und Tirol, Bund 2011/2, TZ 2 f., 11, 14, 20 (auch K, T)
659	Finanzierung und Qualität	Konzepte zur zweckmäßigeren Gestaltung der Pflegefinanzierung bzw. der Heimtarife sowie zur Definition und Sicherstellung der angestrebten Pflegequalität	EF, Q	Altenbetreuung in Kärnten und Tirol; Entwicklungen unter Berücksichtigung der Pflegereform, Tirol 2014/7, TZ 2 bis 4
660	Tarife	Einheitliche Tarife innerhalb derselben Betreuungsstufe	EF	Altenbetreuung in Kärnten und Tirol, Bund 2011/2, TZ 13 (auch K, T)
661	Kostensteuerung	Verbesserte Planungs- und Steuerungsmechanismen für die Kosten der stationären Pflege	EF	Altenbetreuung in Kärnten und Tirol; Entwicklungen unter Berücksichtigung der Pflege-reform 2011/2012, Bund 2014/7, TZ 2
662	Datenlage	Zusammenwirken von BMF und Ländern zur Verbesserung der Datenlage für Ausgaben im Bereich der Altenpflege	EF, Q	Grundlagen der Fiskalpolitik, Bund 2011/5, TZ 87
663	Versorgungsplanung	Entwicklung und Umsetzung einer mit den Ländern abgestimmten mittelfristigen, regional differenzierten Versorgungsplanung für Pflege und Altenbetreuung	EF	Altenbetreuung in Kärnten und Tirol; Entwicklungen unter Berücksichtigung der Pflegereform, Tirol 2014/2, TZ 19, 27
664	Bedarfserhebung	Abstimmung zwischen erhobenem Bedarf für Pflege und den von den Heimbetreibern getroffenen Ausbauentscheidungen	N	Altenbetreuung in Kärnten und Tirol, Bund 2011/2, TZ 4 f. (auch K, T)
665	Einheitliche Personal- und Bauvorgaben	Rechtlich verbindliche, klar quantifizierte und überprüfbare Personalvorgaben im Pflegebereich; rechtlich verbindliche Vorgaben auch für die bauliche Ausgestaltung der Heime	EF, Q	Altenbetreuung in Kärnten und Tirol, Bund 2011/2, TZ 6 f. (auch K, T)

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
666	Auswahl der Gutachter	Österreichweite ärztliche „Gutachterbörse“ für alle Entscheidungsträger bzw. Sicherstellung entsprechender ärztlicher Gutachterkontingente	EF, Q	Vollzug des Pflegegeldes, Bund 2010/3, TZ 17 f. Land Wien: Vollzug des Wiener Pflegegeldgesetzes und des Bundespflegegeldgesetzes sowie Schnittstellenmanagement zum Fonds Soziales Wien, Wien 2008/5, TZ 24
667	Pflegegeld; Ruhensbestimmungen	Evaluierung der Ruhensbestimmungen bei Heimunterbringung von Pflegegeldbeziehern (§ 13 BPGG) und Harmonisierung des Vollzugs (Gebarungsumfang 50 Mio. EUR/Jahr)	EF	Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau: Vollzug des Bundespflegegeldgesetzes, Bund 2009/4, TZ 21 Land Wien: Vollzug des Wiener Pflegegeldgesetzes und des Bundespflegegeldgesetzes sowie Schnittstellenmanagement zum Fonds Soziales Wien, Wien 2008/5, TZ 8
16.5 Kinderbetreuung				
668	Qualitätsverbesserung	Optimierung der Betreuungszeiten in Kindergärten sowie Vereinheitlichung der Datenerfassungen von Öffnungszeiten	Q	Kinderbetreuung, Salzburg 2007/1, TZ 16 Kinderbetreuung, Oberösterreich 2006/5, TZ 9 Stadt Feldkirch, Vorarlberg 2004/1, TZ 11 Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige, Bund 2013/11, TZ 38 (auch NÖ, St)
669	Evaluierung	Qualitative Evaluierung der Ausbauevereinbarung 2011 und der Gratispflichtkindergartenvereinbarung sowie Konkretisierung der Evaluierungsvorgaben; Zusammenführung der Vollzugskompetenz bei dem für Familien zuständigen Ressort	EF, Q	Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige, Bund 2013/11, TZ 17 (auch NÖ, St)

R H

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
16.6 Familienbezogene Leistungen				
670	Harmonisierung	Gebietskörperschaftenübergreifende Überprüfung der familienbezogenen Leistungen auf Parallelitäten und Überschneidungen sowie auf Möglichkeit zur Konzentration und Straffung von Leistungen	EF	Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 6
671	Berichtswesen	Gebietskörperschaftenübergreifendes zielorientiertes Berichtswesen über die familienbezogenen Leistungen in Österreich; Abbildung auch des Ausmaßes der Zielerreichung	EF	Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 4, 5
672	Finanzierungsregelung	Finanzierungsregelung zur Deckung des Mittelbedarfs neuer oder aufgestockter familienbezogener Leistungen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	EF, Q	Familienbezogene Leistungen des Bundes und ausgewählter Länder; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/3, TZ 8
17 Arbeitsmarkt				
17.1 Arbeitsmarktförderung allgemein				
673	Bundesrichtlinien zur Arbeitsmarktförderung	Vereinheitlichung und Konkretisierung der Bundesrichtlinien für die relevante Arbeitsmarktförderung (Eingliederungsbeihilfe)	Q	Eingliederungsbeihilfe „Come back“ des AMS, Bund 2014/7, TZ 2, 10
674	Zuständigkeit	Zuständigkeit der regionalen Geschäftsstellen des AMS nur für die Frage, ob Förderung zu gewähren ist (Eingliederungsbeihilfe)	Q	Eingliederungsbeihilfe „Come back“ des AMS, Bund 2014/7, TZ 10
675	Mitnahmeeffekte	Vermeidung von Mitnahmeeffekten durch Ausschluss der wiederholten Inanspruchnahme gleicher Fördermaßnahmen beim gleichen Arbeitgeber innerhalb kurzer Zeit (Eingliederungsbeihilfe)	Q	Eingliederungsbeihilfe „Come back“ des AMS, Bund 2014/7, TZ 13
676	Steuerung von Förderungen; Arbeitsplätze	Verbesserung der Bewertung und Steuerung von Arbeitsmarktförderungen und ihrer Wirkung durch: <ul style="list-style-type: none"> – Ableitung konkreter, messbarer Ziele aus den allgemeinen Förderzielen – Definition von Wirkungsindikatoren und aussagekräftigen Kennzahlen – Datensammlungen und –auswertungen hinsichtlich Betriebsgrößenklassen, Branchen und Anzahl der gesicherten bzw. neu geschaffenen Arbeitsplätze 	Q	Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bund 2009/12, TZ 14, 15 Maßnahmen zur Förderung von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen durch Bundesländer, Oberösterreich 2012/2, TZ 16 (auch W) Förderung von Kleinunternehmen durch Konjunkturpakete, ERP-Kleinkreditprogramm und Programm für die Länder Kärnten und Vorarlberg, Bund 2013/7, TZ 35

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
17.2 Verlängerung der Erwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst				
677	Pensionsantrittsalter	Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters durch: <ul style="list-style-type: none"> - Analyse der Rahmenbedingungen in Vergleichsländern - klare Zielgrößen - Beseitigung negativer Anreize - gezielte Maßnahmen und Anreize, auch nicht-monetäre - bedarfsgerechte Weiterbildung älterer Bediensteter - Weiterverwendung von Exekutivbediensteten mit eingeschränkter Dienstfähigkeit als Verwaltungsbedienstete - Nutzung der Erfahrung der 60- bis 65-Jährigen - Förderung der Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes innerhalb des öffentlichen Dienstes durch Alternativarbeitsplätze in anderen Bereichen 	N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 5 bis 7, 10, 16, 35, 37
678	Altersstruktur	Möglichst ausgeglichene Altersstruktur der Bediensteten	N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 9
679	Datengrundlage	Schaffung einer Datengrundlage für Strategie und Maßnahmen zum längeren Verbleib im Erwerbsleben durch: <ul style="list-style-type: none"> - Analyse der Ursachen der Dienstunfähigkeitspension - Analyse des früheren Pensionsantritts von Frauen gegenüber Männern (hier im BMASK und BMI) - Analyse des hohen Anteils an Dienstunfähigkeitspension auch in der Allgemeinen Verwaltung (hier im BMI) - Unterschiede im Pensionierungsverhalten der Exekutivbediensteten zwischen den Bundesländern 	N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 10, 11, 13
680	Wirkungsorientierung	Im Wirkungsorientierungsprozess Bezugnahme auf internationale und nationale Vorgaben hinsichtlich Verlängerung der Erwerbstätigkeit	N	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter in ausgewählten Ressorts, Bund 2015/2, TZ 4
17.3 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit				
681	Zielgruppenorientierte Betreuung	Zielgruppenorientierte Betreuung jugendlicher Arbeitsloser als strategischer Schwerpunkt	Q	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen im Arbeitmarktservice Steiermark und Tirol, Bund 2011/10, TZ 5

R H

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
682	Wirkungsmessung	Einheitliche Vorgangsweise aller AMS-Landesgeschäftsstellen zur Wirkungsmessung ihrer Maßnahmen für jugendliche Arbeitslose am Beispiel AMS Tirol	Q	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen im Arbeitsmarktservice Steiermark und Tirol, Bund 2011/10, TZ 6
683	Best-practice-Modell	Entwicklung eines bundesweiten Best-practice-Modells zur Betreuung jugendlicher Arbeitsloser	Q	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen im Arbeitsmarktservice Steiermark und Tirol, Bund 2011/10, TZ 15, 17
17.4 Vergabe von Kursmaßnahmen				
684	Kostenprüfung	Prüfung der Angemessenheit der geplanten Kosten von Kursmaßnahmen; Aufnahme dieser Kostenprüfungspflicht in die Vergaberichtlinie	ES	Vergabe von Kursmaßnahmen durch das AMS, Bund 2011/10, TZ 11
685	Markterkundung, Qualitätsvergleiche	Aktive Markterkundung (inkl. Qualitätsvergleichen) und allfällige Festlegung von Preisobergrenzen zur kostengünstigen Beschaffung von Kursmaßnahmen	ES	Vergabe von Kursmaßnahmen durch das AMS, Bund 2011/10, TZ 10
17.5 Arbeitnehmerschutz in Österreich				
686	Überprüfungsintervalle	Vorgabe der Dichte des Überprüfungsintervalls der Arbeitsstätten als zentrale Voraussetzung für eine effiziente Organisation und wirtschaftliche Planung von Arbeitsinspektionen	EF, ES	Arbeitnehmerschutz in Österreich, Bund 2013/8, TZ 13
687	Konzentration der Aufsichtsbezirke	Reduktion der Anzahl der Aufsichtsbezirke auf maximal einen pro Bundesland	EF, ES	Arbeitnehmerschutz in Österreich, Bund 2013/8, TZ 14
18 Innere und äußere Sicherheit, Äußeres				
18.1 Innere Sicherheit: Personal				
688	Personalbedarf	Optimierung des Einsatzes von Exekutivbediensteten durch: – Evaluierung ihrer Personalsituation unter Heranziehung nachvollziehbarer Belastungskriterien (z.B. angezeigte Straftaten) – Evaluierung des Bedarfs an Exekutivbediensteten in der Zentralstelle, insbesondere Zentralleitung – allenfalls Umschichtungen aus wenig belasteten Bereichen	EF, ES, Q, N	Personaleinsatz und Dienstzuweisungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 5, 7, 9, 10 Bundeskriminalamt, Bund 2015/14, TZ 7
689	Planstellen	Einhalten des im Personalplan des Bundesfinanzgesetzes festgelegten Höchststands an Exekutivbediensteten	ES	Personaleinsatz und Dienstzuweisungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 6

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
690	Planstellen	Angleichen der Iststände der Exekutivbediensteten an die festgelegten Sollstände	ES	Personaleinsatz und Dienstzuteilungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 8
691	Planstellen	Personalausstattung ausschließlich im Sinne der festgelegten Planstellen	ES	Personaleinsatz und Dienstzuteilungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 7
692	Ressourcensteuerung	Verbesserte Ressourcensteuerung durch aussagekräftige Leistungskennzahlen betreffend Einsätze und Einsatzzeiten	EF, ES, Q, N	Polizei-Notruf; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/7, TZ 7
693	Flexibler Personaleinsatz	Flexibilisierung des Personaleinsatzes, u.a. durch Anwendung der systemimmanenten Versetzung nicht nur auf eingeteilte Beamte (E2b-Beamte) während der ersten beiden Dienstjahre und innerhalb des Bundeslandes	EF, ES	Personaleinsatz und Dienstzuteilungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 17
694	Dienstzuteilungen	Keine kostenintensiven Dienstzuteilungen; statt dessen Versetzung der erforderlichen Zahl an Exekutivbediensteten zu den Dienststellen mit dringendem Personalbedarf	ES	Personaleinsatz und Dienstzuteilungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 14
695	Dienstzuteilungen	Vermeidung von Dienstzuteilungen durch verbesserte und bedarfsgerechte Personalplanung; jedenfalls regelmäßige österreichweite Auswertungen über Anzahl und Dauer von Dienstzuteilungen	EF, ES, Q, N	Personaleinsatz und Dienstzuteilungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 26 bis 28, 31
696	Umschichtung	Zeitnahe und dauerhafte Bereitstellung des für die Kernaufgaben erforderlichen Personals; gegebenenfalls Umschichtung aus vollbesetzten (insbesondere nicht operativen) Bereichen	EF, Q	Bundeskriminalamt, Bund 2015/14, TZ 11
697	Umschichtung	Flexible Personalverschiebungen zwischen den Stadtpolizeikommanden bei Belastungsunterschieden im Stadtgebiet	EF, ES	Außendienstpräsenz der Wiener Polizei; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/8, TZ 9
698	Dienstzeitsystem	Erarbeitung eines gesamtheitlichen und flexiblen Dienstzeitsystems	EF, ES, N	Personaleinsatz und Dienstzuteilungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 20 bis 22
699	Anzahl Polizeiinspektionen	Einrichtung einer Zentralinspektion in jedem Wiener Gemeindebezirk und Zusammenführung der Polizeiinspektionen bei dieser	EF, ES, Q, N	Außendienstpräsenz der Wiener Polizei; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/8, TZ 3

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
700	Außendienstpräsenz	Erhöhung der Außendienstpräsenz der Polizei durch: – Erhebung der Außendienstzeiten – Festlegung und laufende Überprüfung der Zielvorgaben zur Außendienstpräsenz – Konzentration des Parteienverkehrs in der Nacht auf bestimmte Standorte	EF, ES, Q, N	Außendienstpräsenz der Wiener Polizei, Bund 2010/11, TZ 10 und 15
701	Außendienstpräsenz	Zuführung personeller Ressourcen zum exekutiven Außendienst nach Entfall der Leitstellenfunktion von Bezirks- und Stadtpolizeikommanden	EF, Q	Polizei-Notruf; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/7, TZ 12
702	Außendienstpräsenz	Rückführung von ausbildungsfremd verwendeten Exekutivbeamten sowie von Sicherheitswachebeamten des Innendienstes in den exekutiven Außendienst	EF, ES, Q, N	Bundespolizeidirektion Schwechat, Follow-up-Überprüfung, Bund 2007/8, TZ 5
703	Außendienstpräsenz	verstärkter Einsatz von Verwaltungsbediensteten im Innendienst	EF, ES, Q, N	Außendienstpräsenz der Wiener Polizei; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/8, TZ 15 Bundespolizeidirektion Schwechat, Follow-up-Überprüfung, Bund 2007/8, TZ 5
704	Führungsspanne	Reduzierung des Anteils der dienstführenden Exekutivbediensteten an den Polizeiinspektionen zur Erhöhung der Führungsspanne	EF, ES, Q, N	Außendienstpräsenz der Wiener Polizei, Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/8, TZ 6
705	Aufgabenstellung	Rechtzeitige Erstellung und Umsetzung klarer Konzepte bei künftig absehbaren Veränderungen in den Aufgabenstellungen der Polizei	EF, ES, Q, N	Personaleinsatz und Dienstzuweisungen bei der Polizei, Bund 2013/6, TZ 11
18.2 Innere Sicherheit: Digitalfunk				
706	Österreichweites Behördenfunknetz	Österreichweites digitales Behördenfunknetz für alle Behörden und Organisationen, dazu bindende Vereinbarungen mit noch fehlenden Ländern	EF, ES, Q, N	Vergabepaxis im BMI mit Schwerpunkt Digitalfunk, Bund 2013/2, TZ 94
707	Kostensenkung	Partizipation des BMI an etwaigen künftigen Einnahmenüberschüssen aus dem Digitalfunk	ES	Vergabepaxis im BMI mit Schwerpunkt Digitalfunk, Bund 2013/2, TZ 104

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
18.3 Innere Sicherheit: Asyl- und Fremdenwesen				
708	Grundversorgung; Konfliktregelungsmechanismus	Institutionalisierter Konfliktregelungsmechanismus zur Bundesländer-Grundversorgungsvereinbarung Flüchtlingswesen	EF, ES, Q, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 9
709	Grundversorgung; Kostenausgleich	Änderung des Kostenausgleichs in der Grundversorgung: Berücksichtigung nur der sachlich gerechtfertigten Mehrbelastungen (z.B. höhere Aufwendungen aufgrund einer höheren Anzahl an unbegleiteten minderjährigen Fremden)	EF, ES, Q, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 39
710	Grundversorgung; einheitliches Entgelt	Festlegung einer einheitlichen Regelung über die Entgelthöhe und über den Inhalt und den Umfang von Beratungsleistungen	EF, ES, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 17
711	Grundversorgung; andere Sozialleistungen	Optimierung der Datenverfügbarkeit, um ungerechtfertigte Gewährung von Grundversorgungsleistungen neben anderen Sozialleistungen zu vermeiden	EF, ES, Q, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 33
712	Grundversorgung; Kontrollen	Mindeststandards für die Kontrollen von Institutionen, die mit der Grundversorgung oder der Beratung beauftragt sind	EF, ES, Q, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 18, 19
713	Grundversorgung; finanzielles Berichtswesen	Sicherstellung eines Gesamtüberblicks über die finanzielle Entwicklung in der Grundversorgung durch finanzielles Berichtswesen in den Ländern	EF, ES, Q, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 40
714	Grundversorgung; Flüchtlingsunterkünfte	Forcierung der individuellen Unterkünften für Flüchtlinge	ES, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 22
715	Grundversorgung; Flüchtlingsverteilung	Gleichmäßigere Aufteilung der Flüchtlinge innerhalb der Länder	Q, N	Flüchtlingsbetreuung der Länder Salzburg, Steiermark und Wien, Bund 2013/3, TZ 32
716	Schubhaft; Datenqualität	Schubhaft: standardmäßige, aussagekräftige und differenzierte Statistiken zu aufenthaltsbeendenden Entscheidungen, Außerlandesbringungen und Sicherungsmaßnahmen	EF, ES, Q, N	Vollzug der Schubhaft mit Schwerpunkt Anhaltezentrum Vordernberg
717	Schubhaft; Datenqualität	Sicherstellen zuverlässiger Informationen über den Verbleib jener Personen, gegen die aufenthaltsbeendende Entscheidungen getroffen wurden	EF, ES, Q, N	Vollzug der Schubhaft mit Schwerpunkt Anhaltezentrum Vordernberg

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

Lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
18.4 Landesverteidigung				
718	Organisationsreform	Analyse des ausstehenden Reformbedarfs für die Zentralstellenorganisation und die Militärkommanden und darauf aufbauend Planung des für die Aufgabenerfüllung notwendigen Personalbedarfs	EF, ES, Q, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 2, 16
719	Aufgabenkritik und Ziele	Projekte zur Redimensionierung von Verwaltungsstrukturen: Festlegung konkreter, quantitativer Personalstandsziele auf Basis einer umfassenden Aufgabenkritik	EF, ES, Q, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 15
720	Finanzielle Auswirkungen von Reformen	Berechnung finanzieller Auswirkungen bei Änderungen von Strukturen des Bundesheeres	EF, ES, Q, N	Sanitätswesen im Bundesheer; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/3, TZ 4
721	VBÄ-Ziele	Anpassen der Organisationspläne an die VBÄ-Ziele der Bundesregierung und Ausweis des tatsächlich erforderlichen Personalbedarfs je Aufgabenbereich	EF, ES, Q, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 5
722	Personal über Stand	Forcierung der Reintegration von Personal über Stand auf systemisierte Arbeitsplätze	EF, Q, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 7
723	Führungskräfte	Ausgeglichenes Verhältnis von militärischen Führungskräften zur Größe der Streitkräfte	EF, ES, Q, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 21
724	Militärische Auslandsvertretungen	Deutliche Reduktion des Personalstands der Militärvertretung Brüssel	ES	Militärische Auslandsvertretungen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/5, TZ 3
725	Militärische Auslandsvertretungen	Regelmäßige systematische Gesamtanalyse der Leistungen der militärischen Auslandsvertretungen	EF, ES, Q, N	Militärische Vertretungen im Ausland; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/5, TZ 7
726	Anzahl Kasernen	Anpassen der Anzahl von Kasernen und Betriebsgebäuden an die militärischen Erfordernisse	EF, ES, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 17

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
727	Anteil Grundorganisation	Prüfung einer Verringerung des Grundorganisation-Anteils auf unter 50 %	EF, ES, Q, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 3
728	Zeitlaufbahnen	Zeitmodelle (Zeitlaufbahnen) für Soldatendienstverhältnisse	EF, ES, Q, N	Personalmaßnahmen des BMLVS im Rahmen von Reorganisationen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/16, TZ 20
729	Ausbildung Sanitätspersonal	Medizinische Fort- und Weiterbildung des gesamten Sanitätspersonals des Bundesheeres im Rahmen von Kooperationen mit zivilen Einrichtungen; Einstellen der Gesundheits- und Krankenpflegeschule	EF, ES, Q, N	Sanitätswesen im Bundesheer; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/3, TZ 11, 15
730	Standorte Sanitätswesen	Zusammenlegung von sanitätsdienstlichen Einrichtungen an gemeinsamen Standorten	EF, ES, Q, N	Sanitätswesen im Bundesheer; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/3, TZ 22
731	Heeresspital	Prüfung der Nutzung des Heeresspitals für stationär aufzunehmende Häftlinge	EF, ES, Q, N	Kosten der medizinischen Versorgung im Strafvollzug, Bund 2012/13, TZ 12
732	Konzepte für Rüstungsgüter	Gesamtkonzepte für die Ausstattung mit Rüstungsgütern	EF, ES, Q, N	Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD, Bund 2015/8, TZ 2
733	Rüstungsgüter; Kosten	nachvollziehbare Schätzungen des künftigen Budgetbedarfs	EF, ES, Q, N	Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD, Bund 2015/8, TZ 18
734	Rüstungsgüter; Kosten	fundierte und verbindliche Berechnungen der Lebenszykluskosten von Rüstungsgütern	EF, ES, Q, N	Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD, Bund 2015/8, TZ 12
735	Rüstungsgüter; Kosten	umfassende Erfassung der Betriebskosten von Rüstungsgütern	EF, ES, Q, N	Luftraumüberwachungsflugzeuge – Vergleich der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/2, TZ 5
736	Rüstungsgüter; Kosten	Berechnung über die Auswirkungen von Rüstungsanschaffungen auf die Personalstruktur	EF, ES, Q, N	Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD, Bund 2015/8, TZ 23

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
737	Rüstungsgüter; Verwendung	Verwendung von Rüstungsgütern entsprechend dem Anschaffungszweck und unter Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs	EF, ES, Q, N	Beschaffung des Truppenfunksystems CONRAD, Bund 2015/8, TZ 24 Ausgewählte Beschaffungsvorgänge im BMLVS; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/15, TZ 6
738	Rüstungsgüter; Verwertung	Bestmögliche Verwertung von Rüstungsgütern (z.B. Kfz) bei ihrer Aussonderung	ES	Ausgewählte Beschaffungsvorgänge im BMLVS; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/15, TZ 8
739	Eurofighter	Sicherstellung und Ausschöpfen der im Vergleich zwischen der Republik Österreich und der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH dargestellten Entgeltreduktion bei den In-Service-Support-Verträgen (Teil der Betriebskosten) in Höhe von 120 Mio. EUR	ES	Luftraumüberwachungsflugzeuge – Vergleich der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/2, TZ 22, 23
740	Eurofighter	Sicherstellung der Flugstundenproduktion sowie der damit verbundenen Einsatzfähigkeit der Eurofighter-Piloten	EF, Q, N	Luftraumüberwachungsflugzeuge – Vergleich der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/2, TZ 7
741	Eurofighter	Sicherstellung der Verfügbarkeit von Ersatz- und Umlaufteilen zur Vermeidung von Stehzeiten bei den Flugzeugen und allfälliger Mehrkosten	EF, ES, Q, N	Luftraumüberwachungsflugzeuge – Vergleich der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/2, TZ 18
742	Optimierung Auslandseinsatz	Erstellung eines gesamtstaatlichen Auslandseinsatzkonzepts	EF, Q, N	Militärische Auslandsvertretungen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/5, TZ 5 Beteiligung Österreichs am Einsatz im Tschad, Bund 2011/11, TZ 6
743	Optimierung Auslandseinsatz	Definition eines gesamtstaatlichen Interesses vor einer militärischen Einsatzbeteiligung Österreichs	EF, Q, N	Internationale Einsätze im Rahmen der „Petersberg-Aufgaben“, Bund 2006/11, TZ 13
744	Optimierung Auslandseinsatz	frühzeitige Grobschätzungen für Personal- und Sachaufwendungen einschließlich der Beschaffungen vor einem Auslandseinsatz	ES	Beteiligung Österreichs am Einsatz im Tschad, Bund 2011/11, TZ 13

444

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
745	Optimierung Auslandseinsatz	Forcierung alternativer Transportvarianten einschließlich internationaler Kooperationsmöglichkeiten zur Reduzierung der Transportkosten	EF, ES, Q, N	Beteiligung Österreichs am Einsatz im Tschad, Bund 2011/11, TZ 21
746	Optimierung Auslandseinsatz	laufende Evaluierung und Optimierung der Kontingentstruktur	EF, ES, Q, N	Beteiligung Österreichs am Einsatz im Tschad, Bund 2011/11, TZ 10
747	Optimierung Auslandseinsatz	Evaluierung vor Verlängerung von Auslandseinsätzen	EF, ES, Q, N	Beteiligung Österreichs am Einsatz im Tschad, Bund 2011/11, TZ 5
748	Steuerung durch Kosten- und Leistungsrechnung	Optimierung der betriebswirtschaftlichen Steuerung, u.a. durch: – aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung für Truppenübungsplatz Allentsteig, getrennt nach Wirtschaftsbereichen – aussagefähige Auswertungen aus Kosten- und Leistungsrechnung für das Sanitätswesen – Vollkostenrechnung für Auslandseinsätze	EF, ES, Q, N	Truppenübungsplatz Allentsteig, Bund 2015/13, TZ 10 Sanitätswesen im Bundesheer; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/3, TZ 10
18.5 Äußeres				
749	Vertretungsstruktur	Nachvollziehbare Grundlagen für die Struktur des Vertretungsnetzes und transparente Entscheidungen über strukturelle Maßnahmen; Hinterfragen der Vertretungsstruktur angesichts des hohen Anteils interner Leistungen	EF, ES, Q, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 3, 8
750	Einsparungspotenzial Vertretungen	Konkretisierung weiterer Einsparungen anhand nachvollziehbarer Planungsdokumente sowie geeigneter Kosten- und Leistungsrechnungsdaten	EF, ES, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 4, 12
751	Einsparungspotenzial Vertretungen	Prüfung alternativer Modelle für Botschaften	EF, ES, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 5
752	Einsparungspotenzial Vertretungen	Evaluierung der Personalausstattung	EF, ES, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 13, 4
753	Einsparungspotenzial Vertretungen	allfällige Integration von selbständigen Kulturforen in die Vertretungen vor Ort	EF, ES, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 14
754	Einsparungspotenzial Vertretungen	Kolokationen mit anderen Staaten	EF, ES, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 29

R I H

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
755	Einsparungspotenzial Vertretungen	räumliche, organisatorische und personelle Synergien an Standorten, an denen das BMEIA mit zwei Dienststellen oder mehreren Standorten vertreten ist	EF, ES, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 30, 31
756	Auslandsliegenschaften	Bündelung der Kompetenzen für die Verwaltung der Auslandsliegenschaften der Republik Österreich	EF, ES, Q, N	Attachéwesen, Bund 2014/13, TZ 29
757	Verringerung interner Leistungen	Deutliche Verringerung der für interne Leistungen aufgewendeten Arbeitszeit an den Vertretungen innerhalb der EU	EF, ES, Q, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 8
758	Zielvorgaben Botschaften	Konkrete standortbezogene Zielvorgaben für die Botschaften unter Berücksichtigung der wirkungsorientierten Haushaltsführung; Erstellung von Arbeitsprogrammen der Botschaften auf Basis dieser Vorgaben	EF, ES, Q, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 7
759	Kosten- und Leistungsrechnung	Zeitnahe Kosten- und Leistungsrechnung für Vertretungen, als Steuerungsinstrument mit aussagefähigen Auswertungen	EF, ES, Q, N	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 8
760	Attachéwesen	Optimierung Attachéwesen durch: – Prüfung des Bedarfs vor der Entsendung von Attachés – regelmäßige Evaluierung der Entsendungen anhand definierter Erfolgsindikatoren	EF, ES, Q, N	Attachéwesen, Bund 2014/13, TZ 26
761	Dienst- und Fachaufsicht	Einheitliche Regelung der Dienst- und Fachaufsicht und des Weisungsrechts für Bedienstete aus Bundesministerien an österreichischen Vertretungen im Ausland	EF, Q	Attachéwesen, Bund 2014/13, TZ 10 Ständige Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel, Bund 2010/9, TZ 13
762	Ständige Vertretung Österreichs bei der EU	größere Führungsspannen durch Zusammenlegen von Fachbereichen bei der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU	EF, ES, Q, N	Ständige Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel, Bund 2010/9, TZ 11
763	Ständige Vertretung Österreichs bei der EU	Reduktion des Personalstands	ES	Ständige Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel, Bund 2010/9, TZ 18
764	Ständige Vertretung Österreichs bei der EU	gleichmäßigere Verteilung der Arbeitsbelastung	EF, Q, N	Ständige Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel, Bund 2010/9, TZ 14

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
765	Wohnversorgung	Einsparungen in der Wohnversorgung an Vertretungen durch: – stärkere Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten bei Wohnkosten- und bei Hauspersonalzuschuss (z.B. durch prozentualen Eigenanteil) – Wirtschaftlichkeitsberechnungen und objektivierbare Preisangemessenheitsnachweise bei der Auswahl der Wohnversorgung – Klärung der Rechtslage hinsichtlich Einhebung von Nutzungsentgelten (z.B. Betriebskosten) für Amtswohnungen bzw. bei Bezug von Wohnkostenzuschuss	ES	Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU, Bund 2014/8, TZ 19 bis 21, 25
766	Diplomatische Akademie	Forcierung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen in Unternehmenskonzept und Zielvorgaben der Diplomatischen Akademie	EF, ES, Q, N	Diplomatische Akademie Wien, Bund 2013/3, TZ 3
767	Diplomatische Akademie	quantifizierte Deckungsgradziele für die einzelnen Geschäftsfelder	EF, ES, Q, N	Diplomatische Akademie Wien, Bund 2013/3, TZ 12
768	Diplomatische Akademie	Knüpfen der Leistungen des BMEIA an konkrete Zielvorgaben	EF, ES, Q, N	Diplomatische Akademie Wien, Bund 2013/3, TZ 9
769	Funktionstrennung Diplomatische Akademie	Personelle Trennung von Leitungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsfunktionen in der Diplomatischen Akademie Wien	EF, Q, N	Diplomatische Akademie Wien, Bund 2013/3, TZ 25
19 Justiz				
19.1 Strukturreformen				
770	Übergangsgesetz 1920	Änderung des Übergangsgesetzes (des Zustimmungserfordernisses der Länder bei Gerichtssprengeänderung), um bundeseinheitliche Reformen der Gerichtsbarkeit zu erleichtern	EF, ES, N, Q	Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 2
771	Gerichtsstrukturreform; Fortführung	Fortführung der Strukturreform der Bezirksgerichte	EF, ES, N, Q	Zusammenlegung von Bezirksgerichten in Oberösterreich und Salzburg, Bund 1997/1, TZ 7 Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 2
772	Gerichtsstrukturreform; Zielerreichung	Indikatoren zur Messung der Zielerreichung in der Strukturreform der Bezirksgerichte	EF, Q	Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 4
773	Gerichtsstrukturreform; Kostenschätzung	Kostenschätzungen für bauliche Maßnahmen vor Standortentscheidungen bei Gerichtszusammenlegungen	ES, N	Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 9
774	Gerichtsstrukturreform; Flächenbedarf	Prüfung des Flächenbedarfs bei Gerichtszusammenlegungen	ES, N	Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 13

RH**6** Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
775	Gerichtsstrukturreform; personelle Mindestausstattung	Mindestausstattung von zwei Richtern (1 VZÄ pro Gericht) im Strafbereich durch: – Zusammenlegung kleiner Bezirksgerichte – Kompetenzverschiebung der Hauptverfahren zum Bezirksgericht am Sitz des zuständigen Landesgerichts bzw. zum Landesgericht – Schaffung einheitlicher, erstinstanzlicher Eingangsgerichte	EF, N, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 5 Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 7, 8 Effektivität der behördlichen Ermittlungsmaßnahmen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/10, TZ 15
776	Gerichtsstrukturreform; Synergien	Nutzung von Synergien im Personalbereich aus Gerichtszusammenlegungen	EF, ES, N	Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 19
777	Gerichtsstrukturreform; Doppelplanstellen	Reduktion der Doppelplanstellen	EF, ES	Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 22
778	Gerichtsstrukturreform; Nebenstellen	Keine Einrichtung von Nebenstellen bei weiteren Gerichtszusammenlegungen	ES, N, Q	Strukturreform der Bezirksgerichte, Bund 2014/13, TZ 16
19.2 Verfahrensoptimierung				
779	Verfahrensdauer	Verkürzung der gerichtlichen Verfahrensdauern durch straffe und strukturierte Verfahrensvorbereitung und Verfahrensführung	EF, ES, Q	Verfahrensdauer im zivilgerichtlichen Verfahren; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/3, TZ 2 Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 19
780	Verfahrensdauer	Ursachenanalyse und Maßnahmen zu Gerichtsverfahren mit besonders langer Verfahrensdauer	EF, ES, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 13 Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, Bund 2014/5, TZ 7, 18 Verfahrensdauer im zivilgerichtlichen Verfahren; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/3, TZ 3
781	Strafprozessordnung (StPO)	Aktualisierung bzw. Anpassung des Hauptverfahrens in der StPO auf Anforderungen des Einzelrichterverfahrens	EF, ES, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 3

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
782	Managementreport	Rascher zusammenfassender Überblick über relevante Informationen an die Gerichtsleiter, z.B. durch Managementreport	EF, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 23
783	Controlling Rechtsmittel	Controlling Rechtsmittel durch: – IT-unterstützte Erhebung der Anzahl eingebrachter Berufungen – IT-unterstützte Erhebung der Erledigungsart der Berufung – standardmäßige Daten zu Anzahl und Erfolg der Rechtsmittel	EF, ES, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 23
784	Dienstaufsicht	Verstärkung der Dienstaufsicht bei Gerichten; Neubeschreibung der Richter	EF, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 38
785	Kanzleistrukturen	Modernisierung von Kanzleistrukturen bei Gerichten (z.B. durch Ausbau des Projekts Teamassistenz)	EF, ES	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 38
786	Aktenführung	Vollständig IT-unterstützte Aktenführung bei behördlichen Ermittlungsmaßnahmen bzw. im staatsanwaltlichen Verfahren	EF, ES	Effektivität der behördlichen Ermittlungsmaßnahmen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/10, TZ 8 Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, Bund 2014/5, TZ 6
787	Flexibler Personaleinsatz	Flexibler Einsatz des Personals durch: – Ausschöpfung der Quote für Sprengelrichter – Anhebung der Quote für Sprengelstaatsanwälte	ES, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 35 Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, Bund 2014/5, TZ 17
788	Behördliche Zusammenarbeit	Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Justiz- und Ermittlungsbehörden v.a. in komplexen Fällen	EF, ES, Q	Effektivität der behördlichen Ermittlungsmaßnahmen; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/10, TZ 2
789	Sachverständige; Ausgaben	Untersuchung der Gründe für den Ausgabenanstieg bei Sachverständigen im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren	ES	Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, Bund 2014/5, TZ 23
790	Sachverständige; Experten	Verstärkter Einsatz – auf Kosten-Nutzen-Basis – von Experten bei Staatsanwaltschaften	ES, Q	Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, Bund 2014/5, TZ 23
791	Experten, Einsparungen	Systematische Ermittlung der Einsparungen aus der Zuteilung von Experten an die WKStA	ES	Justizbetreuungsagentur, Bund 2014/7, TZ 36

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
792	Sachverständige; Auswahl	Auswahl von Sachverständigen nach dem Vier-Augen-Prinzip	Q	Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, Bund 2014/5, TZ 24
793	Sachverständige; Urgenz	Rechtzeitige Urgenz von Gutachten; ggf. Enthebung von Sachverständigen	ES, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 22
19.3 Personal				
794	Justizbetreuungsagentur	Keine „automatische“ Bereitstellung von Personal über die Justizbetreuungsagentur für Aufgaben des BMJ	EF, ES, Q	Justizbetreuungsagentur, Bund 2014/7, TZ 3
795	Anforderung Justizverwaltung	Einheitliches, nachvollziehbares Anforderungsprofil für Justizverwaltungspositionen (z.B. durch Kriterienkatalog); ev. zeitliche Befristung von Justizverwaltungspositionen	EF, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 9
796	Personalsenate	Personalsenatsmitglieder: Sicherstellung von Kenntnissen in Justizverwaltung und Personalauswahl	EF, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 10
797	Ressortweite Personalentwicklung	Prüfung einer ressortweit gültigen Personalentwicklung; ggf. Zusammenführung aller personalwirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb des Ressorts	EF, ES, Q	Wirkungen rechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf das Pensionsantrittsalter, Bund 2015/2, TZ 19
798	Bildungsdatenbank	Einrichtung einer Bildungsdatenbank für Richter	EF, Q	Steuerung und Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren, Bund 2015/2, TZ 11
19.4 Medizinische Versorgung im Strafvollzug				
799	Kostentragung im Krankheitsfall	Zuteilung von Häftlingen an einen Sozialversicherungsträger auch bei längeren Krankenhausaufenthalten; ggf. Anpassung der Pauschalvergütung der Länder	ES	Kosten der medizinischen Versorgung im Strafvollzug; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/15, TZ 8, 9
800	Justizklinik	Einrichtung einer „Justizklinik“ unter Beachtung von Kosten-Nutzen-Aspekten	EF, ES	Kosten der medizinischen Versorgung im Strafvollzug; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/15, TZ 6

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
801	Kosten- und Leistungsrechnung	Kosten- und Leistungsrechnung mit aussagekräftigem Kennzahlensystem zu den Kosten der medizinischen Versorgung	EF, ES, Q	Kosten der medizinischen Versorgung im Strafvollzug; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/15, TZ 10
19.5 Unterhaltsvorschüsse				
802	Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung	Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung für Unterhaltsvorschüsse beim BMJ	EF, ES, N, Q	Auszahlung und Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen, Bund 2016/7, TZ 12
803	Mindestsicherung statt Unterhaltsvorschuss	Bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Elternteils: Regelung zur Unterhaltssicherung ggf. durch bedarfsorientierte Mindestsicherung statt Unterhaltsvorschüssen	ES	Auszahlung und Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen, Bund 2016/7, TZ 8
804	Hereinbringung	Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen durch Kinder- und Jugendhilfeträger auch bei unbekanntem Aufenthalt des Unterhaltsschuldners bis zur Volljährigkeit	EF, ES	Auszahlung und Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen, Bund 2016/7, TZ 32
805	Datenaustausch	Automatischer Datenaustausch – unter Kosten-Nutzen-Aspekten – des Hauptverbands der österreichischen Sozialhilfeträger mit den Kinder- und Jugendhilfeträgern	EF, ES, Q	Auszahlung und Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen, Bund 2016/7, TZ 25
806	Werthaltigkeit von Forderungen	Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen: Prüfung ihrer Werthaltigkeit und realistische Darstellung in der Vermögensrechnung des Bundes	ES, N	Auszahlung und Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen, Bund 2016/7, TZ 10
20 Öffentliche Unternehmen einschließlich Kulturbetriebe und sonstige Einrichtungen				
20.1 Rahmenbedingungen für Aufgabenerfüllung				
807	Strategische Vorgaben	Vorgabe strategischer Ziele samt Leistungsindikatoren für ausgliederte Einrichtungen; längerfristige Zielverfolgung und Evaluierung	EF, Q, N	ASFINAG, Bund 2008/9, TZ 3 Hochwasserschutz an der March, Bund 2008/10, TZ 15 Stadt Hohenems, Vorarlberg 2011/3, TZ 12 f. Logistik- und Gründerzentrum Heiligenkreuz GmbH, Burgenland 2009/6, TZ 5
808	Beteiligungsstrategie	Schriftliche Klarstellung strategischer Fragen in einer Beteiligungsstrategie	EF	ÖBB-Unternehmensgruppe: Unternehmensstruktur und Beteiligungsmanagement, Bund 2013/11, TZ 15

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
809	Kein Missverhältnis finanzielles Engagement und Einfluss	Bei Beteiligungen Vermeidung von Konstellationen, in denen das finanzielle Engagement und die Einflussmöglichkeiten in einem klaren Missverhältnis zueinander stehen	ES, N	VERBUND International GmbH, Wien 2014/5, TZ 22
810	Mandatsbetreuung; Minderheitsbeteiligung	Besonderes Augenmerk auf Mandatsbetreuung bei Minderheitsbeteiligungen mit eingeschränktem Mitspracherecht	N	VERBUND International GmbH, Wien 2014/5, TZ 14
811	Beteiligungscontrolling	Verstärkte Interessenwahrnehmung des Eigentümers Bund im Rahmen eines systematischen Beteiligungscontrollings	EF	ÖBB-Unternehmensgruppe: Unternehmensstruktur und Beteiligungsmanagement, Bund 2013/11, TZ 23
812	Salzburger Festspiele; Rechtsgrundlage	Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Salzburger Festspiele, die geeignet ist, ein Kulturunternehmen mit einem Gebarungsumfang von rd. 50 Mio. EUR zu führen	EF, Q	Salzburger Festspielfonds, Salzburg 2012/1, TZ 5
813	Salzburger Festspiele; Ziele	Salzburger Festspiele: Definition konkreter und messbarer operativer Ziele	EF, Q	Salzburger Festspielfonds, Salzburg 2012/1, TZ 4
814	Dienstverträge; Interessenkollision	Vermeidung des Risikos von Interessenkollisionen bei Dienstverträgen	EF, Q	Salzburger Festspielfonds, Salzburg 2012/1, TZ 36
815	Salzburger Festspiele; Vertretung nach außen	Salzburger Festspiele: ausschließliche Vertretung durch das Direktorium und Vermeidung von Unvereinbarkeitsrisiken	EF, Q	Salzburger Festspielfonds, Salzburg 2012/1, TZ 5
816	Salzburger Festspiele; Sorgfaltspflichten	Regelung der Sorgfaltspflichten und der Organhaftungen im Salzburger Festspielfondsgesetz	EF, Q	Salzburger Festspielfonds, Salzburg 2012/1, TZ 6
817	Privatisierungen; Bieterverfahren	Durchführung eines Bieterverfahrens bei Privatisierungen von Unternehmen	ES	Erschließung der Seestadt Aspern, Wien 2015/2, TZ 9
818	Unternehmensbeteiligung; wirtschaftliche Zielsetzungen	Prüfung der wirtschaftlichen Zielsetzungen sowie des Erfordernisses der Unternehmensbeteiligung der öffentlichen Hand zur Erreichung dieser Zielsetzungen; nachvollziehbare Dokumentation des Ergebnisses	EF, Q	Media Quarter Marx, Wien 2015/4, TZ 5
819	PPP-Projekte; Sicherheiten	Einforderung von Sicherheiten (z.B. Bankgarantie) des privaten Partners und Bonitätsprüfungen bzw. Due-Diligence-Prüfungen bei Beteiligungen an Unternehmen bzw. bei PPP-Projekten	EF, ES, Q	Media Quarter Marx, Wien 2015/4, TZ 8
20.2 Strategie, Steuerung und Kontrolle durch die öffentliche Hand				
820	PPP-Projekte; Strategie	Entwicklung einer Strategie für PPP-Projekte und Schaffung eines Anforderungsprofils für private Partner	EF	Media Quarter Marx, Wien 2015/4, TZ 5
821	PPP-Projekte; Kontrolle	Vertragliche Klarstellung der Kontrollmöglichkeiten der öffentlichen Hand bei Beteiligungen an Unternehmen bzw. bei PPP-Projekten	EF	Media Quarter Marx, Wien 2015/4, TZ 11

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
822	PPP-Projekte; Ausstieg	Vereinbarung einer Ausstiegsmöglichkeit (Kündigungs- bzw. Rücktrittsrecht) der öffentlichen Hand für den Fall eines qualifizierten Zahlungsverzugs des privaten Partners oder eines Eigentümerwechsels bei Beteiligungen an Unternehmen bzw. bei PPP-Projekten	EF, ES	Media Quarter Marx, Wien 2015/4, TZ 8, 9
823	Beteiligungen; Ausstiegsparameter	Bei Eingehen von Beteiligungen: schon im Vorhinein Festlegung der wesentlichen und entscheidenden finanziellen Parameter für einen möglichen Ausstieg bereits im Vorhinein festgelegt werden.	N	VERBUND International GmbH, Wien 2014/5, TZ 30
824	Rechtsform bei Einstieg in neuen Markt	Bei Einstieg in neuen Markt Wahl der Rechtsform so, dass Informationsfluss und Aufsichtsfunktion nicht eingeschränkt sind	Q, N	VERBUND International GmbH, Wien 2014/5, TZ 24
825	Objektmanagement; Kooperation	Eingehen von Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften bzw. öffentlichen Stellen im Bereich Objektmanagement zur Nutzung von Synergien	EF, ES	BIG; Follow-up-Überprüfung, Bund 2015/4, TZ 19
826	Bankenhilfe; Auflagen	Staatliche Bankenhilfe: konkrete Definition der Auflagen in den Grundsatz- und Haftungsvereinbarungen zwischen BMF und begünstigtem Kreditinstitut	EF, ES	Bankenpaket, Bund 2012/9, TZ 29
827	Bankenhilfe; Partizipation des Bundes	Staatliche Bankenhilfe: Möglichkeit der Partizipation des Bundes auch an den Chancen einer allfälligen Erholung der von ihm unterstützten Kreditinstitute	EF, EP	Bankenpaket, Bund 2012/9, TZ 44
828	Bankenhilfe; Entwicklung der Kreditinstitute	Staatliche Bankenhilfe: strukturierte Vergleiche zwischen den Plan- und Istwerten der überwachten Kreditinstitute an das BMF	EF, Q	Bankenpaket, Bund 2012/9, TZ 28
829	Aufsicht; Veräußerung von Vermögen	Geeignete Kontrollhandlungen der Aufsicht, um eine Veräußerung von unbeweglichem Vermögen ohne Genehmigung zu verhindern	EF, Q	Österreichischer Integrationsfonds, Bund 2015/8, TZ 10, 14, 17, 19
830	Investitionen in Beteiligungen	Gesamthafte und vollständige Festlegung des finanziellen Rahmens von Investitionen in Beteiligungen im Vorhinein	ES, N	VERBUND International GmbH, Wien 2014/5, TZ 26
831	Privatisierungen; Dokumentation	Verbesserung der Dokumentationsstandards für Privatisierungsprojekte	EF, Q	Dorotheum, Bund 2012/8, TZ 11
832	ORF; Struktur Stiftungsrat	Überdenken der Struktur des Stiftungsrats des ORF, um ein arbeitsfähiges, mit Beschlusskompetenz ausgestattetes Aufsichtsratsgremium zu schaffen	EF, Q	Österreichischer Rundfunk; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/12, TZ 3
833	MAK; Rahmenzielvereinbarung	Abschluss einer operationalen und realistischen Rahmenzielvereinbarung mit dem MAK	EF, ES, Q	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/2, TZ 2

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
834	Maßnahmen bei negativen Ergebnissen	Bei negativen Ergebnissen der Beteiligung: Einfordern von entsprechenden Maßnahmen in den Strategie- und Finanzierungs Konzepten	EF, ES	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 9
835	Mehrjährige Finanzierungskonzepte	Verhandlung der Mehrjahrespläne im Aufsichtsrat, zur Sicherstellung realistischer mehrjähriger Finanzierungskonzepte	EF	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 9
20.3 Strategie, Steuerung und Kontrolle auf Unternehmensebene				
836	Unternehmensstrategie	Erstellung einer Unternehmensstrategie und eines auf ihr basierenden Unternehmenskonzepts	EP	Villacher Alpenstrassen-Fremdenverkehrsgesellschaft m.b.H., Kärnten 2016/3, TZ 11
837	Strategische Unternehmensziele	Festlegung und Quantifizierung strategischer Unternehmensziele und periodische Evaluierung der Zielerreichung	EF, N	Umsetzung des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003, Bund 2007/15, TZ 18 Österreichischer Rundfunk, Bund 2009/2, TZ 24 Wiener Hafен, GmbH & Co KG, Wien 2008/5, TZ 7
838	ORF Landesstudios; Ziele	Ableitung operativer Ziele für die Landesstudios aus der Strategie 2020 des ORF	EF	Landesstudios des Österreichischen Rundfunks, Bund 2015/4, TZ 6
839	MAK; Ziele	Festlegung von Zielvorgaben für Exposituren des MAK	EF	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/2, TZ 5
840	Marktanalysen vor Investitionen	Eingehende Marktanalysen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vor Investitionen (hier am Beispiel Auslandsengagement)	ES, N	VERBUND International GmbH, Wien 2014/5, TZ , 21
841	Interne Revision	Einrichtung der Internen Revision als unabhängige Stabstelle	EF, EP, Q	Salzburger Festspielfonds, Salzburg 2012/1, TZ 66
842	Museen; Interne Revision	Schaffung einer museenübergreifenden Internen Revision	EF, EP	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/2, TZ 13

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
843	Abschlussprüfer; Wechsel	Einführung der Rotation der externen Bankprüfer (Vermeidung eines routinemäßigen Vorgehens bei Prüfungen, Stärkung der Unabhängigkeit der Bankprüfer); turnusmäßiger Wechsel der Abschlussprüfer	EF, Q	Bundesanstalt Statistik Austria – Evaluierung der Ausgliederung, Bund 2007/10, TZ 36 Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft, Bund 2008/4 TZ 27, MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst, Bund 2013/2, TZ 62
844	ORF Landesstudios; einheitlicher Ablauf	Schaffung einheitlicher Abläufe in den Landesstudios des ORF	EF, Q	Landesstudios des Österreichischen Rundfunks, Bund 2015/4, TZ 12
845	Museen; Rückforderung von Objekten	Rückforderung von Objekten, die an nicht-museale Einrichtungen verliehen wurden	EF, N	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst, Bund 2013/2, TZ 23
846	Bundestheater-Holding GmbH; Liquiditätsplanung	Verlässliche Liquiditätsplanung bei der Bundestheater-Holding GmbH und deren Tochtergesellschaften	EF, Q	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 19
847	Bundestheater-Holding GmbH; gemeinsame Buchhaltung	Gemeinsame Buchhaltung aller Gesellschaften des Bundestheater-Konzerns im Sinne eines Shared Service Centers	EF, EP, Q	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 36
848	Marketingstrategie; Evaluierung	Externe Evaluierung der Marketingstrategie in angemessenen Abständen	EF, Q	Weinmarketing, Bund 2014/11, TZ 13
849	Marketingpläne; Soll-Ist-Vergleiche	Soll-Ist-Vergleiche bei Marketingplänen	EF, EP, Q	Weinmarketing, Bund 2014/11, TZ 13
20.4 Geschäftsführende Leitungsorgane, Personal, Pensionsleistungen				
850	Leitungsorgane; Transparenz	Transparente Besetzung der Geschäftsleitung öffentlicher Unternehmen und Offenlegung ihrer Vergütungen	EF, Q	Managerverträge, Bund 2011/7, TZ 19
851	Leitungsorgane; Bezüge	Vermeidung hoher Kosten für Leitungsorgane nach Ausgliederungen durch stärkere Bedachtnahme auf angemessene Relation zu den Bezügen der leitenden Bundesbeamten bzw. der Ressortleiter	ES	Bundesanstalt Statistik Austria – Evaluierung der Ausgliederung, Bund 2007/10, TZ 16 Immobiliengebarung, Bund 2008/6, TZ 9 Bundesbeschaffung GmbH, Bund 2008/8, TZ 10

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
852	Geschäftsführerbezüge; Erhöhung	Nachträgliche Erhöhungen von Geschäftsführerbezügen nur dann, wenn z.B. neue Aufgaben der Geschäftsführer oder die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens dies rechtfertigen	ES	Ausgliederung des Immobilienmanagements des Landes Kärnten und Landesimmobiliengesellschaft Kärnten GmbH, Kärnten 2013/1, TZ 36
853	Leistungsprämien	Zuerkennung leistungs- und erfolgsorientierter Prämien nur nach zuvor schriftlich festgelegten Kriterien; hohe Leistungsmaßstäbe für diese Kriterien	EF, ES	Bundestheater-Holding GmbH, Bund 2014/10, TZ 35
854	Variable Bezugsbestandteile	Auszahlung der variablen Bezugsbestandteile erst am Ende eines Geschäftsjahres nach Evaluierung	EF, ES	ASFINAG Verkehrstelematik; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/6, TZ 22
855	Geschäftführerverträge; Vertragsschablonenverordnung	Ausgestaltung sämtlicher Geschäftführerverträge nach der Vertragsschablonenverordnung des Bundes, um die Vergleichbarkeit und eine größere Transparenz zu gewährleisten	EF, Q	Österreichischer Integrationsfonds, Bund 2015/8, TZ 39 Managerverträge, Wien 2011/6, TZ 2
856	Vertragsschablonen auf Landesebene	Erlassung einer landesgesetzlichen Regelung betreffend Vertragsschablonen	EF, ES	Ausgliederung des Immobilienmanagements des Landes Kärnten und Landesimmobiliengesellschaft Kärnten GmbH, Kärnten 2013/1, TZ 33
857	Managerbestellungen; Ausschreibungen	Durchführung von Ausschreibungen gemäß dem Stellenbesetzungsgesetz bei Managerbestellungen	EF, ES	Systematik der Steuerung ausgliederter Einheiten und Beteiligungen, Tirol 2013/2, TZ 12 (auch V)
858	ORF; Kollektivvertrag	Kollektivvertrag des ORF: Beseitigung aller Besserstellungen im Vergleich zum allgemeinen Arbeitsrecht	EF, ES	Österreichischer Rundfunk; Follow-up-Überprüfung, Bund 2012/12, TZ 41
859	ORF Landesstudios; Landesdirektionen	Analyse der Personalstruktur und der Personalausstattung aller Dienststellen der ORF-Landesstudios und der Landesdirektionen; darauf aufbauend Ableitung von Zielen samt Zeithorizont	EF	Landesstudios des Österreichischen Rundfunks, Bund 2015/4, TZ 9, 11
21 Verkehr, Infrastruktur und Liegenschaftsmanagement				
21.1 Verkehr				
860	Infrastrukturvorhaben; Beteiligung des Bundes und Finanzierungsmodus	Überprüfung der weiteren Beteiligungen des Bundes am U-Bahn-Ausbau auch hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen bzw. 15a-Vereinbarungen; Änderung des Finanzierungsmodus; verstärkte Interessenwahrnehmung des Bundes; keine Mitfinanzierung von Fuhrparkkosten	EF, ES	Verkehrsanbindung und Stadtentwicklung Hauptbahnhof Wien, Bund 2010/6, TZ 41 f., 45 bis 47

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
861	Rahmenplan (Schiene); Projektaufnahme	Aufnahme von Projekten in den Rahmenplan aufgrund von vollständigen und zustimmungsreifen Unterlagen; transparenter Modus für Zustimmungsprozess zum Rahmenplan	Q, N	Umsetzung des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003, Bund 2007/15, TZ 23
862	Mitteleinsatz; Treffsicherheit	Übergreifende Analyse und Vergleich der verschiedenen Maßnahmen zum nachhaltigen Güterverkehr (Förderprogramme, Infrastrukturzuschüsse und ordnungspolitische Maßnahmen einschließlich Steuererleichterungen), dadurch Erhöhung der Treffsicherheit der eingesetzten Mittel	EF, ES, N	Nachhaltiger Güterverkehr – Intermodale Vernetzung, Bund 2012/5, TZ 37
863	Rahmenpläne; Finanzierungsvereinbarungen	Erfassung sämtlicher Kostenelemente in den Rahmenplänen für Verkehrsvorhaben; Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen nur auf Basis vollständiger Kostenermittlungen	EF, ES	ÖBB-Infrastruktur AG: Erste Teilprojekte der Koralmbahn, Bund 2014/7, TZ 12
864	Infrastrukturprojekte ÖBB; Einsparungspotenziale	Umsetzung der von der SCHIG aufgezeigten Verbesserungsvorschläge zu ÖBB-Infrastrukturprojekten	ES	Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) – Aufgabenübertragung durch das BMVIT, Bund 2015/15, TZ 5
865	Öffentlicher Personennahverkehr; Attraktivierung	Setzen von steuernden Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs	EF, N	Verkehrsverbünde: Vergleich der Leistungen und Finanzierungen in Kärnten und Salzburg, Bund 2014/11, TZ 28 (auch K, S)
866	Gemeinwirtschaftliche Leistungen; Abgeltung	Transparente und nachvollziehbare Bewertung und Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungsanteile durch streckenbezogene Kosten- und Einnahmuzuordnung und Berücksichtigung der Zahlungen anderer öffentlicher Stellen (Länder, FLAF)	EF	Gemeinwirtschaftliche Leistungen des Bundes im Personenverkehr, Bund 2010/9, TZ 16
867	Gemeinwirtschaftliche Leistungen; Umfang und Qualität	Vertragliche Festlegung von Umfang und Qualität der Leistungserbringung; Verknüpfung von Anreiz- und Sanktionsmechanismen	EF	Gemeinwirtschaftliche Leistungen des Bundes im Personenverkehr, Bund 2010/9, TZ 18 f.
868	Verteilungsprioritäten für Fördermittel	Festlegung von verkehrspolitisch übergeordneten Verteilungsprioritäten für die Bemessung und Verteilung der Fördermittel	EF, N	Infrastrukturbeiträge für die Privatbahnen, Bund 2006/12, TZ 3
869	Bahnstrecken; Vergabe im Wettbewerb	Überprüfung, welche Bahnstrecken für eine Vergabe im Wettbewerb in Frage kommen	EF	Gemeinwirtschaftliche Leistungen des Bundes im Personenverkehr, Bund 2010/9, TZ 7

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
870	Finanzierung Infrastruktur; Abgrenzung Erhaltungsaufwand	Definition der zu finanzierenden Verkehrsinfrastruktur im Vertrag über Schienenverbundprojekte und Abgrenzung gegenüber dem Betriebs- und Erhaltungsaufwand; inhaltliche Kontrolle der Geldmittelverwendung für die Infrastruktur	EF	Wiener Linien – 3. Ausbauphase U1 und U2, Bund 2009/12, TZ 4 (auch W) und Follow-up dazu, Bund 2012/1, TZ 2
871	Netzausbauprojekte; Verfahrensbeschleunigung	Gesetzliche Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung der in der genehmigten Langfristplanung enthaltenen Netzausbauprojekte	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 19
21.2 Infrastruktur				
872	Kostenbeteiligung Dritter	Abgeltung jener Kostenkomponenten und Projektanteile von Straßenbauvorhaben, die vorwiegend volkswirtschaftlichen und regionalpolitischen Zielen dienen, durch Kostenbeiträge interessierter Dritter; Vereinbarung von Kostenbeteiligungen mit der nutznießenden Gebietskörperschaft bei Straßenbauvorhaben	EF, ES	ASFINAG, Bund 2008/9, TZ 32 Verlängerung der S 31 Burgenland Schnellstraße, Bund 2011/8, TZ 31 (auch B)
873	Planungen; Information	Verpflichtung zur frühzeitigen Information von Ländern und Gemeinden über begonnene Planungen	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/9, TZ 6
874	U-Bahnen; Abstimmung Stadtentwicklung	Abstimmung der U-Bahn-Verlängerungen mit den Stadtentwicklungen	EF	Erschließung der Seestadt Aspern, Wien 2015/2, TZ 21
875	Umlenkung Pendlerverkehr auf Öffentlichen Verkehr	Umlenkung des Pendlerverkehrs auf den Öffentlichen Verkehr durch Parkraumbewirtschaftung im Bereich der U-Bahn-Stationen und ausreichende Park & Ride Parkplätze	EF, N	Erschließung der Seestadt Aspern, Wien 2015/2, TZ 28
876	Wirkungsziele Bauprogramme	Definition von mittel- und langfristigen Wirkungszielen für die Budget- und Bauprogrammerstellung	EF, N	Erhaltungsmaßnahmen bei Autobahnen und Schnellstraßen, Bund 2012/7, TZ 21
877	Wirkungsziele mit Kennzahlen, Erfolgskriterien	Erfassung von Wirkungszielen entsprechend der jeweiligen Größe von Projekten; Definition von Kennzahlen und Erfolgskriterien	EF	via donau – Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft mbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/3, TZ 6
878	PPP-Projekte; Finanzcontrolling und Vergleichbarkeit	Implementierung eines Finanzcontrollings zur Gewinnung von vergleichbaren Daten und Betriebskennzahlen	EF, ES	Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 10
879	PPP- und konventionelle Projekte	Bei PPP-Projekten: schon bei Vertragsgestaltung Augenmerk auf Vergleichbarkeit mit konventionell abgewickelten Projekten	EF, ES	Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 10

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
880	Qualitätsnormen	Laufende Kontrolle der Einhaltung aller Qualitätsnormen bis zur Baufertigstellung	EF	Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 10, 32
881	European Train Control System	Abstimmung der Umsetzung von European Train Control Systems (ETCS) in den Bereichen Infrastruktur und Rollmaterial	EF	Triebfahrzeugdisposition und Triebfahrzeugbeschaffungen der ÖBB-Unternehmensgruppe in Österreich, Bund 2015/17, TZ 42
882	European Train Control System; Definition der Korridore	Definition der Umsetzungskorridore und -regionen für European Train Control Systems (ETCS) und ausreichende Ausstattung von Rollmaterial mit ETCS	EF	Triebfahrzeugdisposition und Triebfahrzeugbeschaffungen der ÖBB-Unternehmensgruppe in Österreich, Bund 2015/17, TZ 42
883	Trennung Baukosten und Reserven	Strikte Trennung zwischen Baukosten und Reserven bzw. Risikobewertungen bei Darstellung der von öffentlichen Auftraggebern zu tragenden Kosten	EF, ES	Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion, Paket 1, Bund 2010/2, TZ 15
884	Raumordnungsrecht; Harmonisierung	Neuordnung und Harmonisierung des Raumordnungsrechts in Österreich; Festlegung von Planungsgrundsätzen und -instrumenten sowie Planungs- und Koordinationspflichten	EF, N	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/9, TZ 2
885	Raumplanung; Flächensicherung	Rechtzeitige Maßnahmen zur Flächensicherung in den Regional- und Sachprogrammen	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 35 f., 59, 70 (auch S, St)
886	Raumplanung; Information über Trassenplanungen	Verpflichtung des Bundes, der Länder und Gemeinden zur frühzeitigen Information über Trassenplanungen	EF, Q	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 32
887	Raumplanung; Flächensicherung	Rasche Aufnahme bzw. zeitnahe Kenntlichmachung rechtswirksamer Planungen in überörtlichen Raumordnungsprogrammen und Flächenwidmungsplänen; Aufnahme auch erst begonnener Planungen als Maßnahmen zur Flächensicherung	EF, Q	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 21 (auch alle Länder)
888	Raumplanung; Kenntlichmachung von Trassen	Entwicklung abgestimmter Vorgangsweisen zur Kenntlichmachung von Trassenkorridoren in Raumordnungsprogrammen der Länder bzw. in Flächenwidmungsplänen der Gemeinden	EF, Q	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 32
889	Raumplanung; Starkstromwege	Einsatz der Instrumente der Raumordnung zur Flächensicherung auch im Starkstromwegebereich	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 35 f., 59, 70 (auch S, St)

R H

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
890	Vorläufige Flächensicherung Straßen	Vorläufige Sicherstellung der erforderlichen Flächen für den Straßenverlauf bereits mit Einreichung des Antrags auf Planungsgebietsverordnung	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 26 f.
891	Verordnung Bundesstraßenplanungsgebiet	Erlassung der Verordnung zum Bundesstraßenplanungsgebiet jedenfalls vor dem Verfahren zur Bestimmung des Straßenverlaufs gemäß § 4 BStG	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte, Bund 2011/8, TZ 26 f.
892	Infrastrukturplanungsgebiete laut Strategie	Festlegung von Infrastrukturplanungsgebieten basierend auf verkehrsstrategischen Vorgaben	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/9, TZ 9
893	Infrastrukturplanungsgebiete zum Informationsaustausch	Festlegung von Infrastrukturplanungsgebieten zum Informationsaustausch und zur frühzeitigen Berücksichtigung in Planungsgrundlagen der Länder und Gemeinden	EF	Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte; Follow-up-Überprüfung, Bund 2014/9, TZ 9
894	Wasserstraßengesetz; Mittelverwendung	Neuregelung der Zuteilung der Finanzierungstöpfle für die via donau; zweck- und gesetzeskonforme Verwendung der Mittel der verschiedenen Leistungs- und Aufgabenbereiche nach Wasserstraßengesetz	EF	via donau – Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft mbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/3, TZ 4
895	Güterverkehr auf der Donau	Aufnahme des im Gesamtverkehrsplan für Österreich festgelegten Ziels, den Güterverkehr auf der Donau bis 2020 um 20 % zu erhöhen, in das „Aktionsprogramm Donau des bmvit bis 2022“	EF	via donau – Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft mbH; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/3, TZ 2
896	Einkaufszentren; Kooperation	Kooperation bei der Standortfestlegung, Erschließung und Entwicklung von Einkaufszentren zwischen den Gemeinden; gemeinsame Planung bzw. Realisierung der erforderlichen Verkehrsinfrastruktur	EF	Einkaufszentren, Bund 2007/2, TZ 10 (auch K, OÖ, S)
897	Einkaufszentren; Verkehrsanschlussabgabe	Einführung einer Verkehrsanschlussabgabe zur Deckung der Kosten für den Anschluss von Betriebsansiedlungen bzw. Einkaufszentren an den öffentlichen Verkehr	EF	Einkaufszentren, Bund 2007/2, TZ 8 (auch K, OÖ, S)
21.3 Liegenschaftsmanagement				
898	Immobilienstrategie	Ausarbeitung einer mehrjährigen Immobilienstrategie	EF, ES, N	Immobiliengebarung der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft sowie einzelner ÖBB-Gesellschaften, Bund 2008/6, TZ 12, 30

Lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
899	Immobilienmanagement; Gesamtkonzept	Erstellung eines Gesamtkonzepts für den Immobilienbereich unter Einbeziehung sämtlicher mit Liegenschaftsangelegenheiten befassten Rechtsträger	ES, Q	Ausgliederung des Immobilienmanagements des Landes Kärnten und Landesimmobiliengesellschaft Kärnten GmbH, Kärnten 2013/1, TZ 3
900	Nutzungsentgelte; nicht nur umsatzabhängig	Zurückhaltender Einsatz von Verträgen mit ausschließlich umsatzabhängigen Nutzungsentgelten	EF	GSE „Gasometer“ Shopping- und Entertainment Center GmbH; Follow-up-Überprüfung, Wien 2015/4, TZ 7
901	Nutzungsentgelte; Betriebskosten	Bedachtnahme auf die Deckung der Betriebskosten bei der Vereinbarung von Nutzungsentgelten	ES	GSE „Gasometer“ Shopping- und Entertainment Center GmbH; Follow-up-Überprüfung, Wien 2015/4, TZ 8
902	Bundesinterne Nutzer; fiktive Mieten	Darstellung fiktiver Mieten für die bundesinternen Nutzer, um eine kostenbewusste Überprüfung ihrer Raumnutzung und ihres Raumbedarfs zu bewirken	EF	Burghauptmannschaft Österreich, Bund 2011/11, TZ 15
903	SIVBEG; Zweckmäßigkeit	Überprüfung der Zweckmäßigkeit der SIVBEG (Strategische Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft m.b.H.) bzw. Sicherstellung von deren Kapazitätsauslastung	EF, ES	Kasernen- und Liegenschaftsverkäufe durch die SIVBEG, Bund 2010/6, TZ 12 f.
904	Gemeinnützige Bauvereinigungen; Leerstände	Verstärkte Evaluierung der Gründe für das Leerstehen von Wohnungen, um allenfalls mögliche Maßnahmen (bspw. alternative Nutzungskonzepte, besondere Mietanreize, nachfragespezifische Strukturanpassungen) setzen zu können	EF, ES	Anwendung der Entgeltrichtlinienverordnung durch gemeinnützige Bauvereinigungen, Kärnten 2011/5, TZ 12 (auch OÖ) Burghauptmannschaft Österreich, Bund 2011/11, TZ 17
905	Gemeinnützigkeit; Gewinne aus Pauschalierungen	Weitergabe der Gewinne aus Pauschalierungen an die Mieter im Sinne der Gemeinnützigkeit	EF, ES, N	GESIBA: Errichtung der Wohnhausanlage Bike&Swim, Wien 2015/2, TZ 26
906	Entgeltrichtlinienverordnung	Konkretisierung und Klarstellung der Entgeltrichtlinienverordnung für die Berechnung von angemessenen Entgelten für Vermietung und Verkauf von Wohnungen durch gemeinnützige Bauvereinigungen	EF	Entgeltrichtlinienverordnung, Bund 2009/7, TZ 7 ff.
907	Wohnungsgemeinnützigkeit; Kostenrechnung	Durchführung von Kostenrechnung und Kalkulationen, um Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ergreifen und um im Sinne der Wohnungsgemeinnützigkeit Wohnungen zu angemessenen, im Allgemeinen unter dem Marktniveau liegenden Preisen anbieten zu können	EF, ES, N	GESIBA: Errichtung der Wohnhausanlage Bike&Swim, Wien 2015/2, TZ 18, 20

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
908	Burghauptmannschaft; Standorte	Zusammenlegung und Reduzierung von Standorten der Burghauptmannschaft Österreich in Wien	EF, ES	Burghauptmannschaft Österreich, Bund 2011/11, TZ 10
909	Mieten; Kostenkalkulation	Verrechnung der tatsächlich angefallenen Kosten bei der Kalkulation der Mieten	EF, ES	GESIBA: Errichtung der Wohnhausanlage Bike&Swim, Wien 2015/2, TZ 26
910	Reorganisationsprojekte; Definition des Bedarfs	Definition des Mitarbeiter- und Arbeitsplatzbedarfs mit der Vorgabe von Raumgrößen bei umfassenden Reorganisationsprojekten	EF, ES	Standortentwicklung der Zentralleitung des BMF und Generalsanierung des Standorts Himmelpfortgasse 6-8, Bund 2011/12, TZ 8
911	Standortentwicklung; Personalbewirtschaftungskonzept	Erstellen eines Personalbewirtschaftungskonzepts bei Standortentwicklungsprojekten	EF, ES	Standortentwicklung der Zentralleitung des BMF und Generalsanierung des Standorts Himmelpfortgasse 6-8, Bund 2011/12, TZ 6
912	Shopping-Center; Bonitätsprüfungen	Umfassende Bonitätsprüfungen der möglichen Nutzer von Shopping-Centern; ggf. Abgabe von Bankgarantien zur Verringerung des Ausfallrisikos	EF	GSE „Gasometer“ Shopping- und Entertainment Center GmbH; Follow-up-Überprüfung, Wien 2015/4, TZ 6
21.4 Liegenschaftstransaktionen				
913	Verkehrswertgutachten; Sachverständige	Erstellung von Verkehrswertgutachten nur durch Sachverständige	EF, Q	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
914	Verkehrswertgutachten; Plausibilitätsprüfung	Durchführung von Validitäts- und Plausibilitätsprüfungen von externen Gutachten, insbesondere zu: - Validität und Plausibilität von Flächenangaben, Mietpreisen, Zinssätzen, Valorisierungsfaktoren etc. - Geeignetheit des Wertermittlungsverfahrens - Ausnutzung der rechtlich möglichen Bebaubarkeit	EF	Österreichischer Integrationsfonds, Bund 2015/8, TZ 18 Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
915	Verkehrswertgutachten; Aktualisierung	Aktualisierung der Verkehrswertgutachten bei längeren Verkaufsverfahren; dies im Hinblick auf Preissteigerungen und geänderte Rahmenbedingungen; ggf. Neubewertung	EF, ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
916	Verkehrswertgutachten; öffentliche Ausschreibung	Öffentliche Ausschreibung von Gutachten und nachvollziehbare Dokumentation der Vergabe	EF, ES, Q	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
917	Verkehrswertgutachten; Rotation	Vergabe von Gutachterleistungen nach dem Rotationsprinzip	EF, Q	Kasernen- und Liegenschaftsverkäufe durch die SIVBEG; Follow-up-Überprüfung, Bund 2013/12, TZ 13"
918	Liegenschaftsverkäufe; Bietverfahren	Durchführung eines hinreichend publizierten, allgemeinen und bedingungsfreien Bietverfahrens bei Liegenschaftsverkäufen; bei Liegenschaften mit hohem Erlöspotenzial Bekanntmachung auch in internationalen Medien	EF, ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 3 Wiener Stadterweiterungsfonds; Follow-up-Überprüfung, Bund 2016/1, TZ 4 Österreichischer Integrationsfonds, Bund 2015/8, TZ 14 bis 19 Erschließung der Seestadt Aspern, Wien 2015/2, TZ 34
919	Liegenschaftsverkäufe; Notifikation Europäische Kommission	Notifikation an die Europäische Kommission zur Klärung der Sachlage hinsichtlich des Vorliegens einer möglichen Beihilfe gemäß Art. 108 AEUV bei Verkäufen von Bauten oder Grundstücken durch die öffentliche Hand ohne Bietverfahren bzw. ohne aktuelle Wertermittlung	EF	Media Quarter Marx, Wien 2015/4, TZ 15, 21
920	Verbindlicher Mindestkaufpreis	Festlegung verbindlicher Mindestkaufpreise bei Liegenschaften mit hohem Erlöspotenzial	ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
921	Bieterverhalte in Prüfniederschrift	Festhalten aller Vorbehalte und Erklärungen von Bietern in Kaufpreisangeboten in einer Prüfniederschrift	EF	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
922	Angebotsauswertung nach umfassender Gesamtbewertung	Bei Angebotsauswertung: Berücksichtigung aller – über den Kaufpreis hinausgehenden – kostenrelevanten Kriterien in einer Gesamtbewertung	EF, Q	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
923	Prüfung Angebotsergebnisse	Prüfung der Angebotsergebnisse gegenüber den ursprünglichen Annahmen	EF, ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
924	Verkaufsverhandlung	Einbeziehung aller potenziellen Kaufinteressenten in die Verkaufsverhandlung	EF, ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
925	Verkaufspreis versus Wert aus Gutachten	Keine Genehmigung des Liegenschaftsverkaufs bei Unterschreiten des Werts aus dem Gutachten	EF, ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
926	Nichterfüllung durch Meistbieter	Festlegung von Folgen und Kostentragung bei Nichterfüllung durch den Meistbieter (z.B. Pönalregelung, Schadenersatz)	EF, ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
927	Nachbesserungsklauseln	Vereinbarung von Nachbesserungsklauseln oder (aufschiebenden) Bedingungen für den Fall, dass sich der Wert einer Liegenschaft nach Abschluss der Transaktion ändert"	EF, ES	Liegenschaftstransaktionen des BMLVS, der ASFINAG und des Stadtentwicklungsfonds Korneuburg, Bund 2014/5, TZ 10 Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32 Liegenschaftstransaktionen Bund – Stadt Wien, Bund 2015/3, TZ 14
928	Nachbesserungsklauseln	Sicherstellung der Übertragung der Nachbesserungsklausel auf Rechtsnachfolger	EF, ES	Liegenschaftsverkäufe ausgewählter Sozialversicherungsträger, Bund 2014/1, TZ 32
929	Liegenschaftsverkäufe; Datenbank	Einrichtung einer Datenbank mit Kenndaten der einzelnen Liegenschaftsverkäufe und weitergehenden Informationen über Veröffentlichung, Gutachtertätigkeit, Verkehrswert, Verkaufserlös usw.	EF	Immobiliengebarung der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft sowie einzelner ÖBB-Gesellschaften, Bund 2008/6, TZ 13
22 Wahrung natürlicher Ressourcen				
22.1 Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)				
930	Umsetzung WRRL	Einheitliche und strategische Vorgangsweise aller Gebietskörperschaften zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie	EF, N	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Bund 2012/2, TZ 5
931	Regionalprogramme; Kriterienkatalog	Verordnung von Regionalprogrammen und Abschluss des bundesweiten Kriterienkatalogs zur Zielerreichung der Wasserrahmenrichtlinie	EF, N	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Bund 2012/2, TZ 4, 21
932	Prioritärer Sanierungsraum	Konzepte inkl. Sanierungsumfang und Kosten für prioritären Sanierungsraum	ES	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Bund 2012/2, TZ 16

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
933	Prioritärer Sanierungsraum	Planung notwendiger Maßnahmen für die als erheblich veränderten Wasserkörper ausgewiesenen Gewässer im prioritären Sanierungsraum	Q, N	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Bund 2012/2, TZ 10
934	Kostenschätzung für Sanierung	Möglichst genaue Kostenschätzungen für Sanierungsmaßnahmen aller Planungsperioden	ES	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Bund 2012/2, TZ 22
935	Stand der Technik	Anpassung der Wasserkraftwerke an den Stand der Technik	EF	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Bund 2012/2, TZ 17
936	Grundwasser	Wegen langsamer Grundwassererneuerung rasche Setzung wirksamer Maßnahmen für guten chemischen Zustand	Q, N	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Grundwasser im Weinviertel, Bund 2015/12, TZ 11
937	Schadstoff im Grundwasser	Übernahme der Inhalte der EU-Richtlinie zur Bewertung des chemischen Zustandes eines Grundwasserkörpers in die Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser zur Aberkennung des guten Zustands eines Grundwasserkörpers, wenn bereits an einer Messstelle der Schwellenwert eines Schadstoffs überschritten wird	Q, N	Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und WLVB GmbH, Burgenland 2013/2, TZ 16
938	Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP)	Mehr spezifische Maßnahmen für belastete Gebiete im Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP); Aufnahme auch restriktiverer Maßnahmen (z.B. Begrenzung des Nitratreintrags)	Q, N	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Grundwasser im Weinviertel, Bund 2015/12, TZ 12, 17
939	Aktionsprogramm Nitrat	Leistungskatalog mit Mindeststandards der Gewässeraufsicht für Aktionsprogramm Nitrat	Q	Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Grundwasser im Weinviertel, Bund 2015/12, TZ 17
22.2 Hochwasserschutz				
940	Retentionsräume	Freihaltung von Hochwasserretentionsräumen durch wasserrechtliche Instrumente	Q, N	Anpassung an den Klimawandel auf Ebene der Länder Salzburg und Tirol, Bund 2012/8, S. 346
941	Gefahrenzonenpläne	Zügiger Abschluss der Gefahrenzonenpläne sowie Rückwidmung von in Gefahrenzonen liegendem, unbebautem Bauland	Q, N	Anpassung an den Klimawandel auf Ebene der Länder Salzburg und Tirol, Bund 2012/8, TZ 10, 22

R H

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
22.3 Abfall, Kanal, Abwasser				
942	Aufgabenübertragung an Verbände	Übertragung der Aufgaben der Abfallwirtschaft, der Abwasserentsorgung und der Instandhaltung und Sanierung der Anlagen von (kleinen) Gemeinden an einen Verband	EF, ES	Abfallentsorgungsverband Kufstein, Tirol 2012/2, TZ 2 Kanalsanierung in Gemeinden und Gemeindeverbänden, Bund 2013/8, TZ 2, 12 Wartungsverband Abwasserentsorgung Oberes Drautal-Weißensee, Kärnten 2013/2, TZ 17
943	Kosten je Mitgliedsgemeinde	Abfallverband: getrennte Erfassung und Weiterverrechnung der Kosten je Mitgliedsgemeinde	ES	Abwasserverband Söll-Scheffau-Ellmau, Tirol 2013/5, TZ 9
944	Entsorgungsbereiche; Festlegung	Orientierung der Entsorgungsbereiche der Abfallwirtschaft nicht primär an politischen Grenzen, sondern an regionalen und topografischen Gegebenheiten und Bedürfnissen	EF	Ausgewählte Themen der Abfallwirtschaft in Österreich, Bund 2007/6, TZ 21 (auch alle Länder) Elektronisches Datenmanagement in der Abfallwirtschaft, Bund 2008/8, TZ 4
945	Systementscheidung Restmüll	Entscheidungen zum System der Restmüllentsorgung nicht nur auf Basis technischer Alternativen und regionaler Interessen, sondern auf Basis gesamtwirtschaftlicher Grundlagen (notwendige Investitionen, Finanzierungsmöglichkeiten, Amortisationszeiten, Tarifsituation)	EF, ES, N	Restmüllentsorgung in Tirol, Tirol 2014/3, TZ 8
946	Bedarfsorientierte Kanalwartung	Aus Kostengründen bedarfsorientierte Wartung der Kanäle verbunden mit einer Alters- und Risikoanalyse der Kanäle	ES	Wartungsverband Abwasserentsorgung Oberes Drautal-Weißensee, Kärnten 2013/2, TZ 17
947	Kanalinformationssystem	Optimierung von Planung, Verwaltung und Betrieb von Kanalanlagen durch: – Kanalinformationssysteme – vollständige Erfassung des Kanalbestands – selektive Kanalinspektion für eine erste Abschätzung des Sanierungsbedarfs – umgehende Sanierung der bekannten Schäden	ES, Q, EF	Kanalsanierung in Gemeinden und Gemeindeverbänden, Bund 2013/8, TZ 5, 7 bis 9

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
948	Sanierungskonzept Kanal	Langfristiges Sanierungskonzept mit Zeithorizont für die Fertigstellung der Sanierungen	EF, N	Kanalsanierung in Gemeinden und Gemeindeverbänden, Bund 2013/8, TZ 8, 9
949	Abwasserentsorgungskonzept	Abwasserentsorgungskonzept für das gesamte Einzugsgebiet des Verbands	EF, N	Abwasserentsorgung im Raum Braunau am Inn, Oberösterreich 2013/4, TZ 9
950	Abwassergebühr	Zweckgebundene Verwendung der Überschüsse aus der Abwassergebühr	ES	Abwasserentsorgung im Raum Braunau am Inn, Oberösterreich 2013/4, TZ 22
22.4 Wald				
951	Sanierung Schutzwald	Fortführung der Sanierungsprojekte des Schutzwaldes in Abhängigkeit von ihrer Dringlichkeit	N, Q	Anpassung an den Klimawandel auf Ebene der Länder Salzburg und Tirol, Bund 2012/8, TZ 12
952	Waldentwicklungsplan Länder	Waldentwicklungspläne der Länder (Landesschutzwaldkonzepte) mit umfassender Planung – einschließlich Bewertung und zeitlicher Verteilung – der Verbesserungsmaßnahmen und laufender Erfassung verwirklichter Projekte	N, Q	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 11
953	Zeitpunkt der Berichtslegung	Zeitliche Abstimmung der jährlichen Berichtslegung im Forstgesetz mit der Österreichischen Waldinventur und dem Wildeinflussmonitoring	EF	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 15
954	Leistungskatalog Forstgesetz	Leistungskatalog zur Umsetzung des Forstgesetzes für bundesweit gleiche Mindeststandards	Q	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 20
955	Harmonisierung Förderung	Schutz- und Bannwälder: Harmonisierung der Förderungsanwendung	Q, N	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 23
956	Naturschutz und Forstwirtschaft	Abstimmung der Erfordernisse des Naturschutzes mit jenen der Forstwirtschaft z.B. in den Managementplänen von Schutzgebieten	Q, N	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 13
957	Abschussplanung	Schutz- und Bannwälder: Erfüllung der Mindestabschussverpflichtungen; Abschussplanung nach forstfachlichen und wildökologischen Erfordernissen	Q, N	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 16, 19

RH**6 Vorschläge des Rechnungshofes**

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
958	Walddtypisierung	Schutz- und Bannwälder: flächendeckende Walddtypisierung laut Waldstrategie	N	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 5
959	Monitoringkonzept	Schutz- und Bannwälder: flächendeckendes Monitoringkonzept mit Organisation, Zeitrahmen und Finanzierung	Q, N	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 6
960	Forst und Jagd	Verstärkte Berücksichtigung forstlicher Belange in der jagdlichen Planung	N	Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Bund 2015/17, TZ 17
22.5 Energieeffizienz				
961	Energiebuchhaltung	Möglichst IT-gestützte Energiebuchhaltung für alle Energieträger für jedes Gebäude	Q	Bundesimmobilien-gesellschaft m.b.H, Bund 2012/6, TZ 39
962	Gesamtenergieeffizienz	Prüfung der Planungsunterlagen von Bauvorhaben im Besonderen hinsichtlich Gesamtenergieeffizienz und Nachhaltigkeit	EF, N	Neubau des Institutsgebäudes für Technische Chemie der TU Wien, Bund 2013/5, TZ 37
963	Energieeffizienzprogramm	Entwicklung eines Energieeffizienzprogramms (hier AKH Wien)	EF	Technische Betriebsführung und bauliche Erhaltungsmaßnahmen des AKH Wien, Bund 2014/8, TZ 29
964	Lebenszykluskosten	Verbindliche energetische Planungsvorschriften sowie Lebenszykluskostenanalyse	Q, N	Bundesimmobilien-gesellschaft m.b.H, Bund 2012/6, TZ 39
22.6 Landwirtschaft, Umwelt				
965	Ländliche Entwicklung; Indikatoren	Geeignete spezifische Indikatoren für Programmmaßnahmen im Bereich der Ländlichen Entwicklung schon in der Strategiefindung	Q, EF	Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007, Bund 2013/5, TZ 9 LEADER 2007 bis 2013, Bund 2012/7, TZ 16

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
966	ÖPUL	ÖPUL: höherer Mehrwert für die Umwelt und Steigerung der Kosteneffektivität	Q	Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007, Bund 2013/5, TZ 14
967	EU-Förderungen; Anlastungen	EU-Förderungen: Vermeidung von Anlastungsrisiko durch systembezogene Abhilfemaßnahmen als Ergebnis von einzelfallbezogenen Prüffeststellungen	EF, Q	Finanzielle Berichtigungen im Agrarbereich, Bund 2014/12, TZ 7
968	EU-Förderungen; Anlastungen	EU-Förderungen: Entwicklung von Modellen zur Beteiligung der Länder an den Kosten von Anlastungen	EF, ES	Finanzielle Berichtigungen im Agrarbereich, Bund 2014/12, TZ 51
969	Zusammenwirken BMLFUW, AMA, LWK	EU-Förderungen: verbesserte Gesamtsteuerung unter Wahrung der jeweiligen Verantwortlichkeiten der Akteure BMLFUW, AMA und Landwirtschaftskammer	EF, Q	Finanzielle Berichtigungen im Agrarbereich, Bund 2014/12, TZ 12
23 Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle				
23.1 Kontrollkompetenz RH				
970	Gemeinden	Prüfzuständigkeit des RH auch für Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern	EF, Q, N	Tätigkeitsbericht, Bund 2006/12, S. 23 Tätigkeitsbericht, Bund 2011/13, S. 42
971	Unternehmen	Prüfzuständigkeit des RH im Bereich öffentlicher Unternehmen ab einer mindestens 25 %igen Beteiligung der öffentlichen Hand	EF, Q, N	Tätigkeitsbericht, Bund 2006/12, S. 23 Tätigkeitsbericht, Bund 2011/13, S. 42
972	EU-Direktförderungen	Prüfzuständigkeit des RH für Direktförderungen der EU	EF, Q, N	EU-Finanzbericht 2013, Bund 2015/14, TZ 32
973	Haftungen	Prüfzuständigkeit des RH für jene Rechtsträger, die öffentliches Vermögen zu verwalten haben oder für die die öffentliche Hand eine Ausfallhaftung trägt	EF, Q, N	Tätigkeitsbericht, Bund 2006/12, S. 23 Tätigkeitsbericht, Bund 2011/13, S. 42
974	Kammerunternehmen	Klarstellung der Kontrollkompetenz des RH bei Kammerunternehmen	EF, Q, N	Tätigkeitsbericht, Bund 2012/13, S. 80 Sonderaufgaben des RH nach den Medientransparenzgesetzen, Bund 2015/10, TZ 7

RH

6 Vorschläge des Rechnungshofes

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
975	Gemeinnützige Bauvereinigungen	Prüfzuständigkeit des RH für gemeinnützige Bauvereinigungen und Wohnbaufördermittel	EF, Q, N	Tätigkeitsbericht, Bund 2015/18, S. 35
976	Einschaurechte	Klarstellung der Verpflichtung der überprüften Stellen zur unverzüglichen, umfassenden, vollständigen und richtigen Auskunftserteilung	EF, Q, N	§ 6 OÖ. Landesrechnungshofgesetz 2013, § 9 Salzburger Landesrechnungshofgesetz 1993, § 5 Tiroler Landesrechnungshofgesetz
977	Mitwirkungspflichten überprüfte Stelle	Verankerung einer Verpflichtung der überprüften Stellen gegenüber dem RH zur initiativen Mitteilung von prüfungsrelevanten Umständen unabhängig von konkreten Nachfragen der Prüfungsorgane des RH	EF, Q, N	Sonderaufgaben des RH nach den Medientransparenzgesetzen, Bund 2015/10, TZ 5
23.2 Sonderaufgaben RH				
978	Vermeidung weiterer Sonderaufgaben	Vermeidung weiterer Sonderaufgaben des RH im Interesse der Unabhängigkeit und Wirksamkeit der externen Finanzkontrolle	EF, ES, Q, N	Peer Review des Österreichischen Rechnungshofes – Abschlussbericht, Bund 2010/14, S. 28
979	Parteiengesetz; Einschau- und Prüfrechte	Parteiengesetz: Bei Beibehaltung der Kontrollpflicht des RH zu Rechenschaftsberichten der Parteien: originäre Einschau- und Prüfungsrechte für den RH und Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen	EF, Q, N	Sonderaufgaben des RH nach dem Parteiengesetz 2012, Bund 2015/10, TZ 12
980	Verstöße gegen das Parteiengesetz	Parteiengesetz: Überarbeitung und Ausweitung der Sanktionen bei Verstößen gegen das Parteiengesetz; insbesondere Festlegung einer Sanktion bei Nicht-Übermittlung der Rechenschaftsberichte jener Parteien, die im Rechenschaftszeitraum öffentliche Fördermittel erhielten	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Parteiengesetz 2012, Bund 2015/10, TZ 27
981	Zweckwidmung der Parteienförderung	Parteiengesetz: Präzisierung der Zweckwidmung der Parteienförderung	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Parteiengesetz 2012, Bund 2015/10, TZ 15
982	Klarstellungen zum Parteiengesetz	Parteiengesetz: Klarstellung (z.B. in Richtlinien des BKA) von unbestimmten Regelungen, insbesondere zu: – Aufbau des Rechenschaftsberichts – Zuordnung zu konkreten Einnahmen- und Ausgabenpositionen – Nachweis über die Verwendung der Mittel der Parteienförderung – Nachweis über die Einhaltung der Obergrenze für Wahlwerbungsausgaben	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Parteiengesetz 2012, Bund 2015/10, TZ 5, TZ 13 bis 16, 29, 30

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
983	Klarstellungen zum Parteiengesetz	Parteiengesetz: Verbesserung der Transparenz, u.a. durch: – gleichlautende Unzulässigkeitsbestimmungen für Spenden, Sponsoring und Inserate – gesonderten Ausweis von Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten – Gliederung der Sponsoringeinnahmen in der Sponsoringliste nach Empfängern – getrennten Ausweis der Spenden an Partei von jenen an nahe-stehende Organisationen	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Parteiengesetz 2012, Bund 2015/10, TZ 21, 22
984	Dritter Wirtschaftsprüfer	Parteiengesetz: gesetzliche Klarstellung hinsichtlich der Rechtsform der Bestellung und der Kostentragung für den dritten Wirtschaftsprüfer durch den Überprüften	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Parteiengesetz 2012, Bund 2015/10, TZ 4, 5, 11
985	Medientransparenz; Bagatellgrenze	Medientransparenzgesetz: Absenkung der derzeitigen Bagatellgrenze von 5.000 EUR pro Quartal und Medium bzw. Medieninhaber	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach den Medientransparenzgesetzen, Bund 2015/10, TZ 2
986	Medientransparenz; Meldepflichten	Medientransparenzgesetz: Vereinfachung der Übermittlungs- und Meldepflichten der kontrollunterworfenen Rechtsträger gegenüber KommAustria und RH	EF, ES, Q	Sonderaufgaben des RH nach den Medientransparenzgesetzen, Bund 2015/10, TZ 4
987	Medientransparenz; Meldepflichten	Medientransparenzgesetz: initiative Mitteilungspflicht für die der RH-Kontrolle unterliegenden Rechtsträger hinsichtlich Gründungen, Auflösungen, Veränderungen in der Eigentums- und Beteiligungsstruktur; Entfall der halbjährlichen Mitteilung der vertretungsbefugten Organe der Rechtsträger durch den RH an die KommAustria	EF, ES, Q	Sonderaufgaben des RH nach den Medientransparenzgesetzen, Bund 2015/10, TZ 5
988	Unv-Transparenz-G; außergewöhnlicher Vermögenszuwachs	Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz: Regelung von Möglichkeiten zur Feststellung des „außergewöhnlichen Vermögenszuwachses“ in den Vermögensverhältnissen der meldepflichtigen Personen	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, Bund 2015/10, TZ 2
989	Unv-Transparenz-G; außergewöhnlicher Vermögenszuwachs	Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz: Klarstellung des Begriffs außergewöhnlicher Vermögenszuwachs	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, Bund 2015/10, TZ 5
990	Unv-Transparenz-G; vollständige Meldung	Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz: gesetzliche Verpflichtung zur vollständigen und richtigen Meldung der Vermögenswerte sowie von Sanktionen für den Fall der Nichtvorlage	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, Bund 2015/10, TZ 4, 5, 6

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
991	Unv-Transparenz-G; konkretere Angaben	Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz: weitergehende gesetzliche Konkretisierung und Determinierung der erforderlichen Angaben, u.a. zum – Wert der Liegenschaften – Wert der Unternehmensanteile – Stand des Vermögens und der Verbindlichkeiten	EF, Q	Sonderaufgaben des RH nach dem Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, Bund 2015/10, TZ 3
23.3 Kontrollämter				
992	Städtisches Kontrollamt	Einrichtung von städtischen Kontrollämtern als eine über den Prüfungsausschuss hinausgehende Kontrolle	EF, Q	Stadtgemeinde Mödling, Niederösterreich 2008/2, TZ 17 Stadtgemeinde Baden, Niederösterreich 2008/3, TZ 27
993	Regelmäßige Kontrollen	Dem finanziellen Umfang der zu überprüfenden Maßnahmen entsprechende, regelmäßige und angemessene Kontrollen durch das Kontrollamt	EF, Q	Leoben Asia Spa Wellness-Projekt, Steiermark 2012/1, TZ 23
994	Interessenkonflikt	Keine gleichzeitige Tätigkeit im Kontrollamt und als Gemeinderat oder Bürgeranwalt	EF, Q	Stadt Steyr, Oberösterreich 2009/11, TZ 16
23.4 Interne Revision				
995	Kontrollkompetenz	Kontrollkompetenz der Internen Revision in allen geburungsrelevanten Bereichen, insbesondere Rechnungswesen, interne Kontrollverfahren und Wirksamkeit des Risikomanagements	EF, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Bund 2013/9, TZ 29 (auch S)
996	Hohes finanzielles Risiko	Regelmäßige Überprüfung von Bereichen mit hohem finanziellem Risiko durch die Interne Revision	EF, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Bund 2013/9, TZ 29 (auch S)
997	Kenntnisnahme und Umsetzung	Nachweisliche Kenntnisnahme der Berichte der Internen Revision durch die Leiter zuständiger Organisationseinheiten; Dokumentation der Stellungnahme sowie allfälliger Verbesserungsmaßnahmen zu den Feststellung der Internen Revision; Kontrolle der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen	EF, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Bund 2013/9, TZ 29 (auch S)
998	Führungsnähe	Führungsnähe Einrichtung der Internen Revision als Managementinstrument	EF, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Bund 2013/9, TZ 29 (auch S)
999	Personal	Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Internen Revision durch entsprechende Qualifikation des Personals	EF, Q	Land Salzburg – Finanzielle Lage, Bund 2013/9, TZ 29 (auch S)
1.000	Prüfungs-Abstimmung	Zeitliche und thematische Abstimmung der Prüfungen der Internen Revision mit den Prüfungen des Abschlussprüfers	EF, Q	Bundestheater Holding-GmbH, Bund 2014/10, TZ 27

lfd. Nr.	Themenbereich	Sachverhalt/Maßnahme	EF, ES, Q, N	Quelle (RH-Bericht, Reihe)
23.5 Gemeindeaufsichtsbehörden				
1.001	Prüfungsplan	Katalog mit gewichteten Kriterien (z.B. Risiko- und Gebarungsrelevanz, Ergebnisse bisheriger Prüfungen) zur Erstellung eines jährlichen Prüfungsplans für die Gemeindeaufsicht	EF, Q	Gemeinde Fohnsdorf, Steiermark 2011/3, TZ 88
1.002	Stichprobenprüfungen	Durchführung von Stichprobenprüfungen durch die Gemeindeaufsicht zusätzlich zum risikoorientierten Prüfungsansatz	EF, Q	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Burgenland 2012/4, TZ 29 Planungsverband Innsbruck und Umgebung, Tirol 2016/1, TZ 14
1.003	Prüfung Verbände	Einbeziehung von (Schul)Gemeindeverbänden in die Gemeindeaufsicht	EF, Q	Schulgemeindeverbände als Erhalter allgemein bildender Pflichtschulen, Burgenland 2012/4, TZ 29
1.004	Aufgabentrennung	Organisatorische und personelle Trennung der Aufgaben der Gebarungsüberprüfung von den übrigen Aufgaben der Gemeindeaufsicht	EF, Q	Gemeinde Fohnsdorf, Steiermark 2011/3, TZ 82
1.005	Prüfungsintervalle	Einhaltung der selbst vorgegebenen Prüfungsintervalle durch organisatorische Maßnahmen (bspw. Personalplan)	EF, Q	Gemeinde Fohnsdorf, Steiermark 2011/3, TZ 83, 87
1.006	Haushaltsdaten	Einbeziehung relevanter Gemeindehaushaltsdaten in die Akten für aufsichtsbehördliche Genehmigungen	EF, Q	Gemeinde Fohnsdorf, Steiermark 2011/3, TZ 90, 91
1.007	Umsetzung	Überprüfung der Umsetzung von Empfehlungen der Gemeindeaufsicht	EF, Q	Gemeinde Fohnsdorf, Steiermark 2011/3, TZ 88

Vorschläge des Rechnungshofes 6

RH

